

15

Bildung und Wissenschaft

1286-1200

Bildungsfinanzen

Ausgabe 2012

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- 0 Statistische Grundlagen und Übersichten
- 1 Bevölkerung
- 2 Raum und Umwelt
- 3 Arbeit und Erwerb
- 4 Volkswirtschaft
- 5 Preise
- 6 Industrie und Dienstleistungen
- 7 Land- und Forstwirtschaft
- 8 Energie
- 9 Bau- und Wohnungswesen
- 10 Tourismus
- 11 Mobilität und Verkehr
- 12 Geld, Banken, Versicherungen
- 13 Soziale Sicherheit
- 14 Gesundheit
- 15 Bildung und Wissenschaft
- 16 Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
- 17 Politik
- 18 Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19 Kriminalität und Strafrecht
- 20 Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21 Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten auf regionaler und internationaler Ebene

Bildungsfinanzen

Ausgabe 2012

Bearbeitung Gabor Bende, Vera Herrmann, Ricardo Mancilla,
Adrian Mischler, Katrin Mühlemann, Nicole Schöbi

Herausgeber Bundesamt für Statistik (BFS)

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)
Auskunft: persfinHS@bfs.admin.ch oder
Nicole Schöbi, Tel. 032 713 6773 (zu den öffentliche Bildungsausgaben)
Gabor Bende, Tel. 032 713 6963 (zu der Kostenrechnung der Hochschule) und
Adrian Mischler, Tel. 032 713 6228 (zu den internationalen Vergleichen)
Autorinnen/Autoren: Gabor Bende, Vera Herrmann, Ricardo Mancilla, Adrian Mischler, Katrin Mühlemann,
Nicole Schöbi
Realisierung: Sektion Bildungsprozesse, Abteilung Bevölkerung und Bildung
Vertrieb: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch
Bestellnummer: 1286-1200
Preis: Fr. 15.– (exkl. MWST)
Reihe: Statistik der Schweiz
Fachbereich: 15 Bildung und Wissenschaft
Originaltext: deutsch/französisch
Übersetzung: Sprachdienste BFS
Titelgrafik: BFS; Konzept: Netthoevel & Gaberthüel, Biel; Foto: © gradt – Fotolia.com
Grafik/Layout: Sektion DIAM, Prepress / Print
Copyright: BFS, Neuchâtel 2012
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –
unter Angabe der Quelle gestattet
ISBN: 978-3-303-15553-0

[Korrigierte Version vom 5.11.2012](#)
[Berichtigungen siehe Erratum im Anhang](#)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5	4 Die Kostenrechnung der Hochschulen im Jahr 2010	26
1 Generelle Bemerkung zur Datenlage	7	4.1 Universitäre Hochschulen (UH)	26
2 Bildungsfinanzen im Überblick	9	4.2 Fachhochschulen (ohne die drei integrierten PH)	29
3 Öffentliche Bildungsausgaben 2009	11	4.3 Pädagogische Hochschulen (einschliesslich der drei integrierten PH)	33
3.1 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsstufe	11	5 Internationaler Vergleich	35
3.2 Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabenart	13	5.1 Öffentliche Bildungsausgaben	35
3.3 Öffentliche Bildungsausgaben als Anteil des Bruttoinlandprodukts	14	5.2 Bildungsausgaben pro Schüler und Schülerin respektive pro Student und Studentin	37
3.4 Öffentliche Bildungsausgaben als Anteil der Gesamtausgaben	15	6 Definitionen und Quellen	39
3.5 Öffentliche Pro-Kopf-Bildungs- ausgaben	16	6.1 Definitionen und Methoden	39
3.6 Öffentliche Bildungsausgaben nach Verwaltungsebene	17	6.2 Quellen	44
3.7 Öffentliche Bildungsausgaben und Anzahl Lernende	20	7 Abkürzungsverzeichnis	45
3.8 Stipendien	23	8 Literatur	46

Einleitung

Der Bildung kommt in der heutigen Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Der Bildungsstand ist ein Hauptfaktor zum Erfolg auf dem Arbeitsmarkt und bedeutend bei der Beurteilung der Lebensqualität. Investitionen in das sogenannte Humankapital gelten allgemein als wirtschaftspolitischer Schlüssel für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend wissensbasierten Volkswirtschaft.

Investitionen in die Bildung bestimmen daher auch die bildungspolitische Debatte. Die Entscheidung über den Anteil finanzieller Ressourcen, der in Aus- und Weiterbildung investiert werden soll, ist bedeutend, sei es für die öffentliche Hand, die Unternehmensführungen oder für Schülerinnen, Schüler, Studierende und ihre Familien.

Im Jahr 2009 wendeten Bund, Kantone und Gemeinden 29,7 Milliarden Franken¹ für Bildungszwecke auf, das sind 6% mehr als im Vorjahr. Dieser Betrag entspricht 5,4% des Bruttoinlandsprodukts (554 Milliarden Franken) und 16% der Gesamtausgaben (186 Milliarden Franken). Damit gehört die Bildung zum zweitwichtigsten Posten im Budget der öffentlichen Hand; die soziale Sicherheit mit 39,2% der Gesamtausgaben, ist der wichtigste Posten.

Da das Bildungswesen zu grossen Teilen mit öffentlichen Mitteln finanziert wird, die auch anderweitig eingesetzt werden könnten, ist es der Gesellschaft als Ganzes gegenüber gewissermassen zu Rechenschaft verpflichtet. Dies bedingt Evaluationsinstrumente, die einer breiten Öffentlichkeit Einblick in den Betrieb, die getätigten Investitionen und deren Nutzen gewähren. Im Rahmen eines ständigen Dialogs mit den interessierten Kreisen entwickelt das BFS die statistischen Informationen über das Bildungssystem weiter. Finanzbezogene Indikatoren sind jedoch nur Puzzleteile, die alleine noch keine ausreichende bildungspolitische Entscheidungsgrundlage

darstellen. Sie leisten lediglich, neben anderen Quellen, einen Beitrag zu einem grösseren Ganzen. Sie liefern hingegen keine Antwort auf pädagogische Fragen wie zum Beispiel die Frage nach der idealen Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse oder auf die Frage nach der Effizienz und der Qualität des Bildungswesens.

Das Schweizer Bildungssystem umfasst die Stufen der formalen Bildung, von der Vorschule bis zu den Hochschulen. Die Stufenbezeichnungen orientieren sich an den international verbindlichen ISCED-Levels, die zwischen Vorschule, Primarstufe, Sekundarstufe I und II sowie der Tertiärstufe unterscheiden². In der Schweiz umfasst die Tertiärstufe zwei Bereiche, die höhere Berufsbildung und die Hochschulen. Das Hochschulsystem besteht aus den universitären Hochschulen (UH), den Fachhochschulen (FH) sowie den pädagogischen Hochschulen (PH). Alle drei Hochschultypen haben während der letzten Jahren nach und nach auf das Bologna-System umgestellt³.

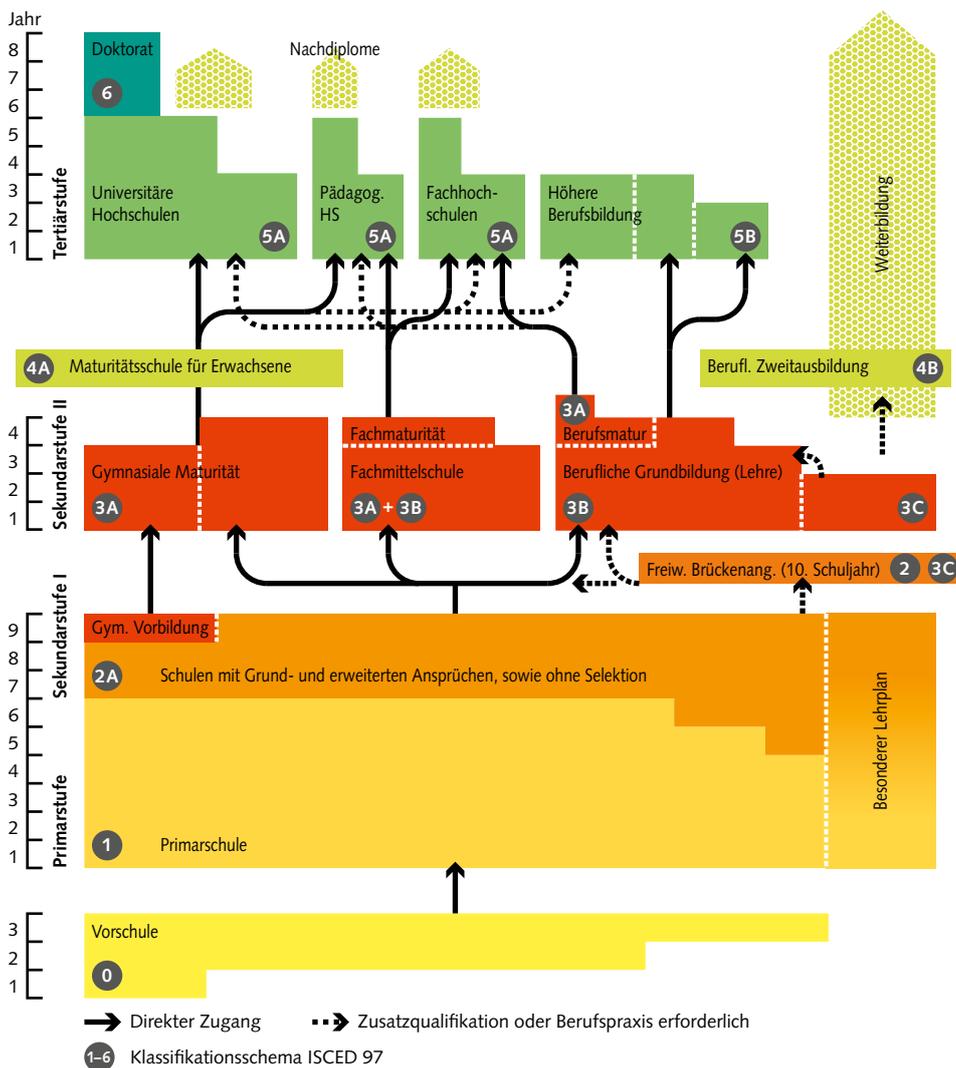
Die Finanzierung des gesamten Bildungssystems ist ähnlich komplex wie dessen Struktur. Die öffentlichen Finanzierungsquellen können den drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden zugeordnet werden. Neben öffentlichen spielen private Finanzierungsquellen (Unternehmen, Stiftungen, private Haushalte) eine Rolle. Die Kosten pro Person in Ausbildung sind von Bildungsstufe zu Bildungsstufe unterschiedlich. An den Hochschulen variieren sie zudem sehr stark nach Fachbereichen. Finanzierungs- und Freizügigkeitsvereinbarungen ermöglichen Lernenden und Studierenden den gleichberechtigten Zugang zu Bildungsinstitutionen in der ganzen Schweiz und regeln den Lastenausgleich zwischen den Kantonen (nachfolgend eine grafische Übersicht).

¹ Mit Ausnahme der Ausgaben für die Forschung & Entwicklung im Bildungsbereich, sind die Ausgaben für die Forschung darin nicht enthalten.

² Die Abkürzung ISCED steht für International Standard Classification of Education.

³ Im Jahre 1999 haben die Bildungsministerinnen und -minister von 29 europäischen Ländern, darunter die Schweiz, in Bologna beschlossen, einen europäischen Hochschulraum zu schaffen.

Das Bildungssystem in der Schweiz (vereinfacht)



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Das BFS hat bisher regelmässig statistische Informationen zu einzelnen Aspekten der Bildungsfinanzen veröffentlicht. Mit dieser Studie legen wir erstmals einen Gesamtüberblick zu den Bildungsfinanzen vor, unter Berücksichtigung der verschiedenen Datenquellen, die im ersten Kapitel beschrieben sind. Kapitel 2 gibt dem schnellen Leser einen Gesamtüberblick. Kapitel 3 stellt die wichtigsten Ergebnisse auf der Basis der öffentlichen Bildungsausgaben 2009 vor, während Kapitel 4 eine Detailanalyse für den Tertiärbereich auf der Basis der Kostenrechnung der Hochschulen des Jahres 2010 bereithält. Dabei beschreiben Zeitreihen den Verlauf der Bildungsausgaben in der Schweiz. In Kapitel 5 werden die Bildungsausgaben der Schweiz mit einigen ausgewählten

Ländern verglichen, im Anhang finden Sie das entsprechende Zahlenmaterial. Diese statistischen Informationen bieten eine gute Einsicht in die Situation rund um die Bildungsfinanzen.

Für weitere statistische Informationen und Daten zum Schweizer Bildungssystem verweisen wir auf unser Statistikportal: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15.html

1 Generelle Bemerkung zur Datenlage

Für das Bildungssystem auf nationalem Niveau ist die Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) die Datenquelle, die eine einheitliche Analyse der Bildungsausgaben von der Vorschule bis zur Universität erlaubt. Das Modell der Finanzstatistik (FS-Modell) basiert auf dem «Harmonisierten Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden (HRM2)» und dient der Datenerhebung und Datenbearbeitung sowie der Berichterstattung über die öffentlichen Bildungsausgaben der Schweiz⁴. Die Erhebungseinheiten der Finanzstatistik sind öffentliche Haushalte oder der Staatssektor im engeren Sinne (Bund, Kantone, Gemeinden und öffentliche Sozialversicherungen). Die Daten der öffentlichen Bildungsausgaben werden von der Eidgenössischen Finanzverwaltung als Teil der öffentlichen Finanzstatistik extrahiert und jährlich dem Bundesamt für Statistik (BFS) für weitere Analysen zugestellt.

Im Hochschulbereich werden zusätzlich zu den Daten der Eidgenössischen Finanzverwaltung an jeder Bildungsinstitution die Kosten erhoben. Diese, seit einigen Jahren bestehenden, harmonisierten Kosten- und Leistungsrechnungen für die drei Hochschultypen (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen) geben detailliert Auskunft über die Kosten und Leistungen der Hochschulen. Sie dienen hauptsächlich der hochschulinternen Verwendung als Führungs- und Kontrollinstrument sowie als Grundlage für die Abrechnungen zwischen den Hochschulträgern bzw. für die Ermittlung der Grundbeiträge des Bundes an die Hochschulen gemäss dem Eidgenössischen Universitätsförderungsgesetz (UFG). Für die universitären Hochschulen werden Aufwand und Kosten durch das BFS erhoben, die Kosten der Fachhochschulen werden durch das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) ermittelt, die Kosten der pädagogischen Hochschulen, welche nicht Teil einer Fachhochschule sind, werden hingegen

wiederum durch das BFS erhoben. Diese beiden Datensammlungen (des BFS und BBT) unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich der Einheiten, die erhoben werden, sondern auch hinsichtlich des Umfangs der Erhebung⁵.

Was den Umfang der Erhebung der Eidgenössischen Finanzverwaltung betrifft, so beruht die Statistik der öffentlichen Finanzen auf den Rechnungskonten des Bundes, der Kantone und Konkordate und der Gemeinden eines Kalenderjahres (1. Januar bis 31. Dezember). Die Staatsrechnungen des Bundes, sämtlicher Kantone sowie die Jahresrechnungen aller Städte und Kantonshauptorte werden vollständig erfasst. Ebenfalls vollständig erfasst werden alle Gemeinden von Kantonen mit weniger als 30 Gemeinden. Von den anderen Kantonen werden die Jahresrechnungen der Gemeinden auf Stichprobenbasis erhoben und hochgerechnet. Die Konkordate⁶ werden ausserhalb der Staatsrechnungen der einzelnen Kantone erfasst. Sie bilden zusammen mit den Kantonen die konsolidierte Summe der Finanzrechnung auf kantonaler Staatsebene. In den öffentlichen Bildungsausgaben des BFS werden buchhalterisch bedingte einmalige ausserordentliche Beträge aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht berücksichtigt.

Die Daten zu den Kosten der Hochschulen⁷ werden vom BFS direkt bei den Hochschulen oder vom BBT erhoben. Die Daten basieren auf den Kostenrechnungen der Hochschulen. Dort werden nur diejenigen Kosten und Erlöse ausgewiesen, die während eines Kalenderjahres in direktem Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehen. Perioden- und betriebsfremde sowie aussergewöhnliche Aufwände und Erträge werden in der Kostenrechnung nicht ausgewiesen. Hingegen werden extern erbrachte Leistungen, die im direkten Zusammenhang mit hochschulspezifischen Leistungen stehen, hinzugefügt (z. B. Kosten externer Rechenzentren). Ausserdem

⁴ Mit dem Ziel einer möglichst harmonisierten Rechnungslegung in allen Kantonen und Gemeinden hat die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (FDK), aufbauend auf früheren Fachempfehlungen, im Januar 2008 das Handbuch «Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2» verabschiedet. Details siehe Kapitel 6.

⁵ Weitere Details zur Datenerhebung und -qualität der Hochschulfinanzstatistik siehe Kapitel 4.

⁶ Konkordate sind interkantonale Vereinbarungen. Sie sind eigenständige Einheiten, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen. Sie werden von verschiedenen Kantonen gleichzeitig finanziert.

⁷ Schweizerisches Hochschulinformationssystem SHIS

wird wegen unterschiedlicher Nutzungsbedingungen der Infrastruktur sämtlicher Gebäudeaufwand wie z.B. Abschreibungen, Hypothekarzinsen und interne Mieten aus dem Aufwand eliminiert und durch kalkulatorische Infrastrukturkosten ersetzt.

Im Unterschied zu den öffentlichen Bildungsausgaben werden in der Kostenrechnung der Hochschulen nicht nur die öffentlichen, sondern auch private Finanzierungsquellen berücksichtigt (z.B. Studiengebühren, Forschungs- und Entwicklungsaufträge von Firmen sowie Beiträge von Stiftungen).

Ein weiterer Unterschied betrifft die Ausgaben für die Forschung. In der Kostenrechnung der Hochschulen wird der gesamte Bereich Forschung und Entwicklung (Forschungsmandate der öffentlichen Hand und des privaten Sektors sowie internationale Forschungsprojekte) sowie Dienstleistungen erfasst. Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben des BFS umfasst demgegenüber nur die Ausgaben für Bildung und Bildungsforschung. Die übrige angewandte Forschung (z.B. Gesundheitsforschung, Verkehrsforschung) und die Grundlagenforschung werden nicht berücksichtigt, da der Fokus bei dieser Statistik auf der Bildung liegt⁸.

Die Finanzdaten der Kostenrechnung der Hochschulen und die Finanzstatistik der EFV lassen sich aus den aufgeführten Gründen nicht direkt vergleichen. Demzufolge wurde in dieser Publikation vorgezogen, jeweils das aktuellste Rechnungsjahr zu präsentieren, 2009 für die öffentlichen Bildungsausgaben und 2010 für die Kostenrechnung der Hochschulen. Aufgrund des grossen Erhebungs- und Harmonisierungsaufwands der öffentlichen Bildungsausgaben liegen die definitiven Resultate eines Rechnungsjahres jeweils erst mit einer Verzögerung von rund eineinhalb Jahren vor.

Zusätzlich zu den Daten der Finanzstatistik der EFV und der Kostenrechnung der Hochschulen stehen zwei weitere Datensätze zu den Bildungsfinanzen zur Verfügung.

Die Forschungsstelle für Bildungsökonomie der Universität Bern hat drei repräsentative Erhebungen zu den Kosten und dem Nutzen der Lehrlingsbildung aus der Sicht der Betriebe 2003, 2007 und 2009 durchgeführt⁹. Die Schätzung der privaten Bildungsausgaben der Betriebe für die berufliche Grundbildung auf Sekundarstufe II beruht auf dieser Datengrundlage. Im Bereich der höheren Berufsbildung fehlen auf nationaler Ebene Daten zu den privaten Bildungsausgaben, was einen beachtlichen Anteil der Bildungsfinanzierung dieser Stufe betrifft.

Die Informationen zu den kantonalen Ausbildungsbeihilfen basieren auf einer weiteren Datenquelle des BFS. Seit 2004 liefern die kantonalen Stipendienstellen dem BFS jährlich die Daten zu den erteilten Stipendien- und Darlehensbeträgen.

Die jährlich durchgeführte Haushaltsbudgeterhebung, die regelmässige Informationen zu den Konsumgewohnheiten und der Einkommenssituation der privaten Haushalte in der Schweiz erfasst, enthält auch Daten zu den privaten Bildungsausgaben der Haushalte. Deren Zuordnung auf die Ausgabenkategorien und die Bildungsstufen der Finanzstatistik wird überprüft, mit dem Ziel, diese Daten in die Bildungsfinanzstatistik des BFS zu integrieren.

Auf internationaler Ebene werden von verschiedenen Organisationen statistische Daten erhoben, mit denen Ländervergleiche vorgenommen werden. Verlangt werden Auskünfte über die Bildungsausgaben bzw. Kosten, Ausgaben für Bildung und verwandte Gebiete, d.h. auch über Forschung und Entwicklung sowie für andere Dienstleistungen. Zudem interessieren sich die internationalen Organisationen für die Herkunft der Mittel. Die Schweiz liefert hierzu ebenfalls entsprechende Daten, verzeichnet dabei aber noch Datenlücken bei den privaten Bildungsausgaben.

⁸ Im Harmonisierten Rechnungsmodell der EFV wird die Grundlagenforschung im Bereich Bildung verbucht.

⁹ Schweri, J. et al (2003). Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus Sicht Schweizer Betriebe.
Mühlemann, S. et al (2007). Lehrlingsausbildung – ökonomisch betrachtet. Ergebnisse der zweiten Kosten-Nutzen-Studie.
Strupler, M.; Wolter, S.C. (2009). Die duale Lehre: eine Erfolgsgeschichte auch für die Betriebe.

2 Bildungsfinanzen im Überblick

Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben dokumentiert die Finanzierung der öffentlichen Hand für die öffentlichen und subventionierten privaten Bildungsangebote. Details sind in Kapitel 3 nachzulesen; nachfolgend das Wesentliche in Kürze.

Im Jahr 2009 wendeten Bund, Kantone und Gemeinden 29,7 Milliarden Franken¹⁰ für Bildungszwecke auf, das sind 6% mehr als im Vorjahr. Dieser Betrag entspricht 5,4% des Bruttoinlandsprodukts (554 Milliarden Franken) und 16% der Gesamtausgaben (186 Milliarden Franken). Die Bildung ist der zweitwichtigste Posten im Budget der öffentlichen Hand; die soziale Sicherheit mit 39,2% der Gesamtausgaben, ist der wichtigste Posten.

Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) verweist auf das Gewicht, das eine Gesellschaft durch seine Ausgabenpolitik dem Aufgabenbereich «Bildung» gibt: Während des Betrachtungszeitraums von 1990 bis 2009 nahmen die Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden um real 40% zu, während die öffentlichen Gesamtausgaben (inklusive Sozialversicherungen) um 35% anstiegen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im selben Zeitraum um 25%, d.h. die Bildungsausgaben erfuhren einen Zuwachs gemessen an den Gesamtausgaben und dem BIP.

In der Schweiz fielen im Jahr 2009 circa 92% der Bildungsausgaben als laufende Ausgaben an, die restlichen 8% wurden als Investitionen getätigt. Zu den laufenden Ausgaben gehören unter anderem die Besoldung der Lehrkräfte und des übrigen Personals, der Sachaufwand der Bildungsinstitutionen sowie Subventionen und Stipendien an private Institutionen und Haushalte. Die Investitionen betragen 2,3 Milliarden Franken.

Etwa die Hälfte der Bildungsausgaben wurden in der Schweiz 2009 für die obligatorische¹¹ Schule eingesetzt (d.h. für die Primarstufe, Sekundarstufe I, für die Tagesbetreuung und für die Sonderschulen), wobei der Anteil,

der für die obligatorische Schule aufgewendet wird, zwischen den Kantonen erheblich variiert. Ein Viertel der gesamtschweizerischen Bildungsausgaben wurde für die Tertiärstufe und ein Fünftel der Ausgaben für die Sekundarstufe II verwendet.

Betrachtet man die Ausgaben, die die öffentliche Hand pro Schüler bzw. Schülerin oder pro Student und Studentin pro Jahr ausgibt, so zeigt sich, dass die Bildungsausgaben in der Regel mit steigender Bildungsstufe zunehmen: Für die Tertiärstufe war dieser Betrag mit 35'000 CHF pro Student/-in am höchsten, für die obligatorische Schule waren es ca. 20'000 CHF pro Schüler/-in, für die Sekundarstufe II 17'500 und für die Vorschule 7'500 CHF. Je höher die Bildungsstufe, desto höher sind die Anforderungen an die Infrastruktur und die Lohnkosten und auch der Bedarf an administrativem und technischem Personal nimmt zu.

Betrachtet man den Tertiärbereich auf der Basis der Kostenrechnung der Hochschulen etwas detaillierter (wie in Kapitel 4), so zeigt sich bei allen Hochschultypen eine kontinuierliche Zunahme der Vollkosten. Aufgeschlüsselt nach Leistungsträgern ist die Kostenentwicklung weniger einheitlich: Bei den universitären Hochschulen stellt die Forschung mit ca. der Hälfte der Gesamtkosten den grössten Budgetposten dar. Bei den Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen ist hingegen – ihrem Mandat einer praxisbezogenen Ausbildung folgend – die Grundausbildung der bedeutendste Posten; sie umfasst im Zeitablauf durchschnittlich ca. $\frac{2}{3}$ der Gesamtkosten.

In der Schweiz finanziert der Bund 10,1% der Bildung, die Kantone und Konkordate 57,4% und die Gemeinden und Zweckverbände 32,5%. Die Finanzierung der Bildung erfolgt allerdings nicht immer in direkter Weise, sondern auch in Form von Beiträgen an die Ausgaben anderer Verwaltungsebenen (siehe Grafik zu den Finanzflüssen in Kapitel 3). Bei den ausgebenden Verwaltungsebenen bestreiten die Kantone zwei Drittel (65,4%) der öffentlichen Bildungsausgaben, die Gemeinden ein knappes Drittel (29,9%) und der Bund den Rest (4,7%).

¹⁰ Mit Ausnahme der Ausgaben für die Forschung & Entwicklung im Bildungsbereich, sind die Ausgaben für die Forschung darin nicht enthalten.

¹¹ Definition vor Harnos, wonach die Vorschule noch nicht zur obligatorischen Schule gehört.

Die Transferzahlungen vom Bund zu den Kantonen sind während des Beobachtungszeitraums von 1990 bis 2009 leicht angestiegen, die der Kantone an die Gemeinden haben leicht abgenommen, wohingegen die Transferzahlungen der Kantone an andere Kantone und Konkordate während der gleichen Periode stark angestiegen sind, dies insbesondere aufgrund der Zahlungen im Rahmen der interkantonalen Universitätsvereinbarung und der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung.

Gemäss einer vergleichenden Studie der OECD liegt die Schweiz mit den Bildungsausgaben gemessen am BIP etwas unterhalb des Durchschnitts aller OECD-Länder. Von allen OECD-Staaten investiert Norwegen mit 9 % des BIP am meisten, Japan mit 3.4 % am wenigsten in die Bildung. Von Interesse ist der Vergleich der Schweiz mit den Nachbarländern Österreich und Deutschland, welche über ein ähnlich dezentrales Bildungssystem verfügen: Österreich investierte 0,5 Prozentpunkte mehr als die Schweiz, Deutschland 0,4 Prozentpunkte weniger.

Dessen ungeachtet, befindet sich die Schweiz im internationalen Vergleich über die Schulstufen von der Primarstufe bis zur Tertiärstufe betrachtet, in der Gruppe von Ländern mit den höchsten Bildungsausgaben pro Schüler/-in resp. Student/-in; sie gibt circa 1,7-mal mehr aus als der OECD-Durchschnitt. Für weitere internationale Vergleiche inklusive Erläuterungen sei auf Kapitel 5 verwiesen.

Die in dieser Publikation präsentierten statistischen Informationen basieren, wie bereits erwähnt, auf den Daten der Eidgenössischen Finanzverwaltung des Jahres 2009 (Stand Januar 2012) sowie auf der Kostenrechnung der Hochschulen 2010. Aktuelle Informationen und detaillierte Daten, welche themen- und stufenspezifisch aufbereitet werden, finden Sie auf dem Statistikportal unter: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15.html

3 Öffentliche Bildungsausgaben 2009

Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben dokumentiert die Finanzierung der öffentlichen Hand für die öffentlichen und subventionierten Bildungsangebote. Sie beinhaltet die Ausgaben für die Vorschulen, die obligatorischen¹² Schulen, die Sonderschulen, die Tagesbetreuung¹³, die berufliche Grundbildung, die allgemeinbildenden Schulen, die gymnasialen Maturitätsschulen, die höhere Berufsbildung und die Hochschulen.

Nur formale Bildungsaktivitäten sind relevant. Ausgaben für «On-the-Job Ausbildungen», autodidaktische Ausbildung oder Ausgaben für Privatunterricht werden in dieser Statistik nicht berücksichtigt. Die Bildungsaktivitäten beziehen sich auf institutionalisierte Bildungsangebote, welche eine Immatrikulation oder Einschreibung der Schüler/-innen und Studierenden an einer Bildungsinstitution voraussetzen.

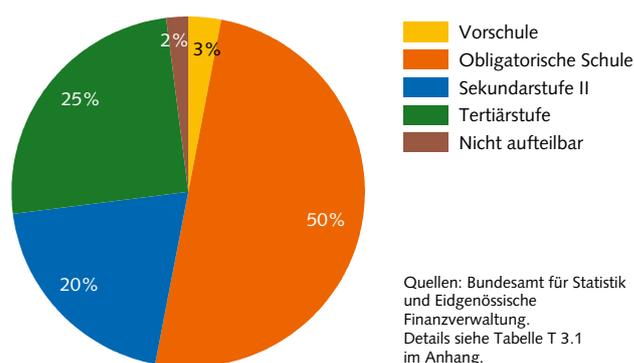
Die Daten zu den öffentlichen Bildungsausgaben, die in diesem Kapitel präsentiert werden, basieren ausschliesslich auf der Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung (Stand Januar 2012). Die Finanzstatistik weist Ergebnisse für den gesamten Staatssektor aus (d.h. für Bund, Kantone und Konkordate, Gemeinden und Sozialversicherungen). Für die berufliche Grundbildung stehen zusätzlich die geschätzten Ausbildungskosten der Betriebe zur Verfügung¹⁴.

Mit Ausnahme der Ausgaben für die Bildungsforschung (0,3 Milliarden Franken) erscheinen die Ausgaben für die Forschung und Entwicklung (F+E) nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben. Ausgeschlossen sind 2,6 Milliarden Franken für die Grundlagenforschung und 1,1 Milliarden Franken für F+E in anderen Bereichen (z. B. F+E in Kultur, Sport, Freizeit und Kirche, F+E in Gesundheit, F+E in Verkehr; Finanzierung Bund: 0,8 Milliarden Franken, Kantone und Konkordate: 0,3 Milliarden Franken).

3.1 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsstufe

Im Jahr 2009 wendeten Bund, Kantone und Gemeinden 29,7 Milliarden Franken für Bildungszwecke auf. Die Aufteilung der Ausgaben auf die verschiedenen Bildungsstufen (siehe Grafik G 3.1) zeigt, dass der grösste Teil der Ausgaben (49,7%) für die obligatorische Schule, d.h. für die Primarstufe, die Sekundarstufe I, die Tagesbetreuung und die Sonderschulen eingesetzt wird. Ein Viertel der Ausgaben wird für die Tertiärstufe (höhere Berufsbildung und Hochschulen) und ein Fünftel für die Sekundarstufe II (berufliche Grundbildung, allgemeinbildende Schulen und Maturitätsschulen) verwendet. Wie die Grafik G 3.2 zeigt, ist diese Aufteilung von 1990 bis 2009 praktisch konstant geblieben.

Prozentuale Aufteilung der öffentlichen Bildungsausgaben nach Bildungsstufe, 2009 G 3.1



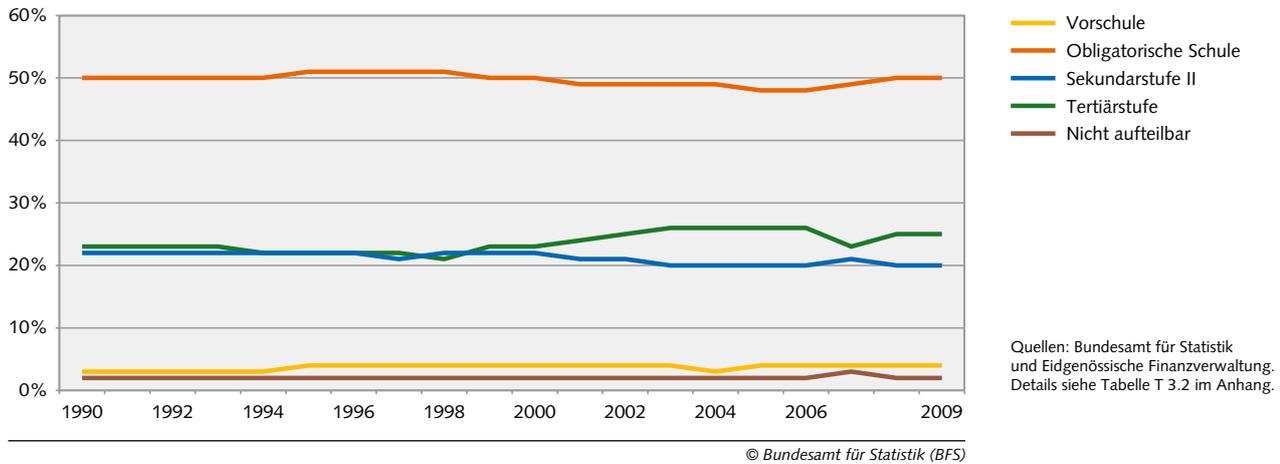
© Bundesamt für Statistik (BFS)

¹² Definition vor Harnos, wonach die Vorschule noch nicht zur obligatorischen Schule gehört. Details zu Harnos siehe Kapitel 6.1.

¹³ Tagesschulen bieten Tagesbetreuungsstrukturen, die den Schulunterricht ergänzen, kombiniert mit Blockzeiten.

¹⁴ Mühlemann, S. et al (2007). Lehrlingsausbildung – ökonomisch betrachtet. Ergebnisse der zweiten Kosten-Nutzen-Studie.

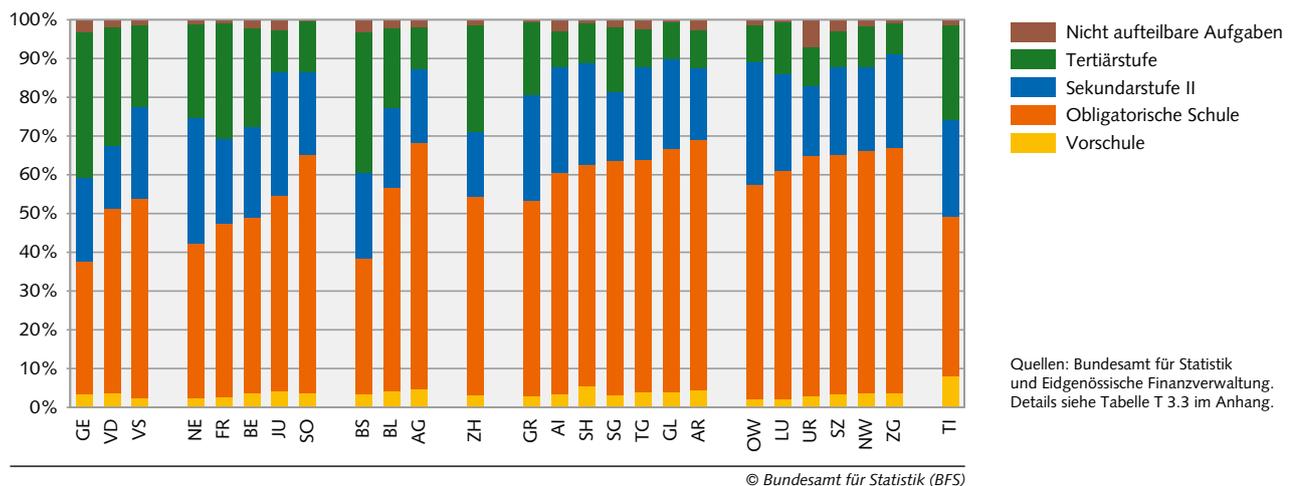
Prozentuale Aufteilung der öffentlichen Bildungsausgaben nach Bildungsstufe, 1990 bis 2009 G 3.2



Die Aufteilung der öffentlichen Bildungsausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden auf die verschiedenen Bildungsstufen ist in Grafik G 3.3 dargestellt. Bis auf zwei Ausnahmen, wird in allen Kantonen der grösste Teil der Ausgaben für die obligatorische Schule aufgewendet. Nur in Genf und in Basel-Stadt wird etwas mehr für die Tertiärstufe (37,5% resp. 36,3%) als für die obligatorische Schule (34,3% resp. 35,1%) ausgegeben.

Der Anteil der gesamten Bildungsausgaben der für die obligatorische Schule aufgewendet wird, variiert entsprechend der kantonalen Bildungsangebote und -politik zwischen 34,3% in Genf und 64,7% in Appenzell-Ausser rhoden.

Prozentuale Aufteilung der öffentlichen Bildungsausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden nach Bildungsstufe, 2009 G 3.3



3.2 Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabenart

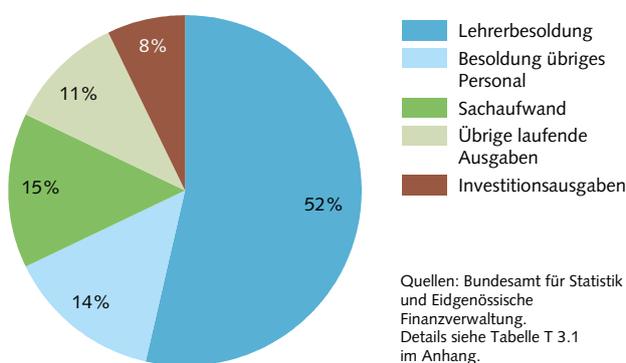
In der Schweiz fallen 92% der Bildungsausgaben als laufende Ausgaben an, die restlichen 8% werden als Investitionen getätigt (siehe Grafik G 3.4). Zu den laufenden Ausgaben gehört unter anderem die Besoldung der Lehrkräfte und des übrigen Personals. Der Anteil der Besoldung an den gesamten öffentlichen Bildungs-

ausgaben beträgt rund zwei Drittel. Mit 15,3 Milliarden Franken werden 52% der gesamten Bildungsausgaben für die Besoldung der Lehrkräfte aufgewendet. Die restlichen laufenden Ausgaben verteilen sich auf die Besoldung des übrigen Personals, den Sachaufwand und die übrigen laufenden Ausgaben (Subventionen und Stipendien an private Institutionen und Haushalte). Im Jahr 2009 betragen die Investitionen 2,3 Milliarden Franken.

Die prozentuale Aufteilung der Bildungsausgaben nach Ausgabenart ist wie die prozentuale Aufteilung der Ausgaben nach Bildungsstufen seit 1990, nahezu unverändert geblieben.

Die Löhne der Lehrpersonen und des übrigen Personals machen in jedem Kanton den grössten Teil des Aufwands für die gesamte öffentliche Bildung aus. Dieser Anteil bewegt sich zwischen 48,1% in Graubünden und 72,1% im Tessin. Der Ausgabenanteil der Kategorie Sachaufwand liegt in den meisten Kantonen zwischen 10% und 15% (Grafik G 3.5).

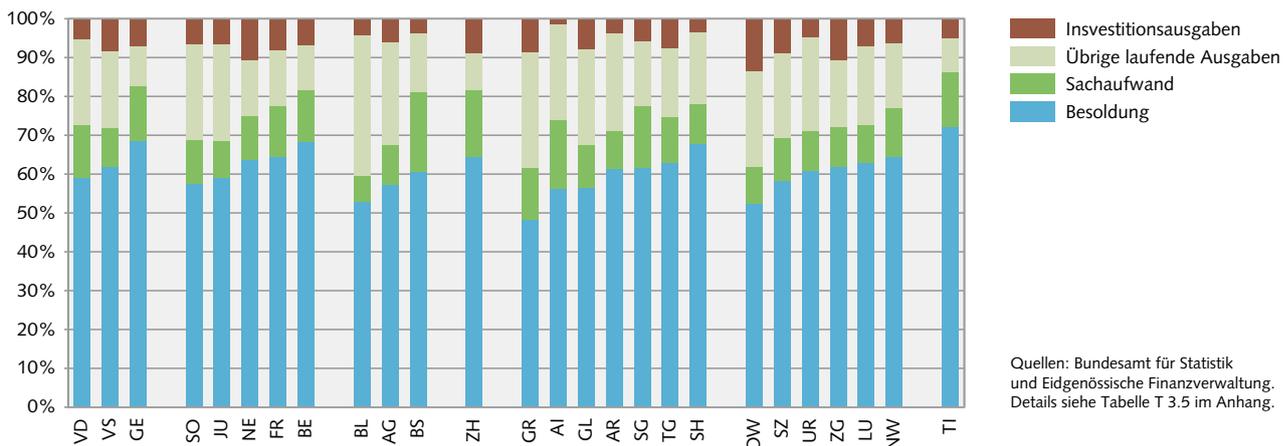
Prozentuale Aufteilung der öffentlichen Bildungsausgaben nach Ausgabenart, 2009 G 3.4



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Prozentuale Aufteilung der öffentlichen Bildungsausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden nach Ausgabenart, 2009

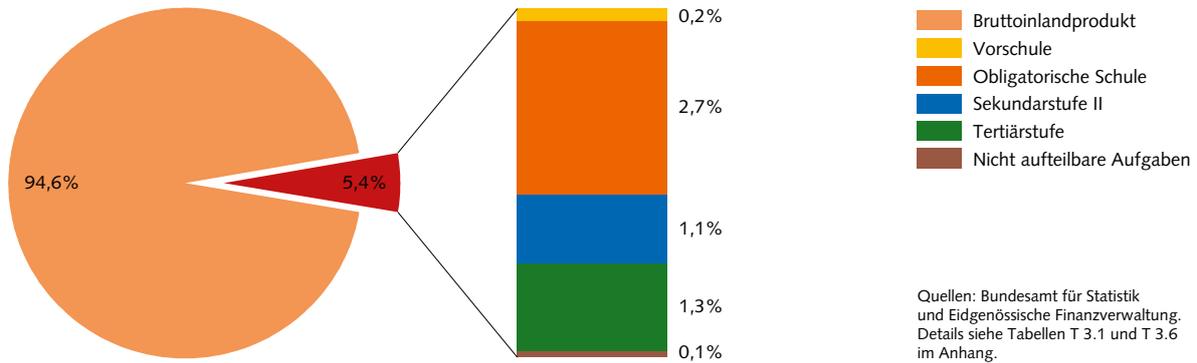
G 3.5



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben des Staates am Bruttoinlandprodukt, 2009

G 3.6



Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabellen T 3.1 und T 3.6 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

3.3 Öffentliche Bildungsausgaben als Anteil des Bruttoinlandprodukts

Das Gewicht, das eine Gesellschaft durch ihre Ausgabenpolitik dem Aufgabenbereich Bildung gibt, wird oft mit der Berechnung des Anteils der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgedrückt. Das heisst, dem Anteil, den die Bildungsausgaben an der Summe aller in einer Volkswirtschaft produzierten und zu Marktpreisen bewerteten Waren und Dienstleistungen haben. Im Jahr 2009 betrug der Anteil für die öffentliche Bildung in der Schweiz 5.4% am Bruttoinlandprodukt (siehe Grafik G 3.6).

Verglichen mit dem Vorjahr 2008, hat der Anteil des BIP, der in die öffentlichen Bildungseinrichtungen investiert wird, um 0,3 Prozentpunkte zugenommen. Wie

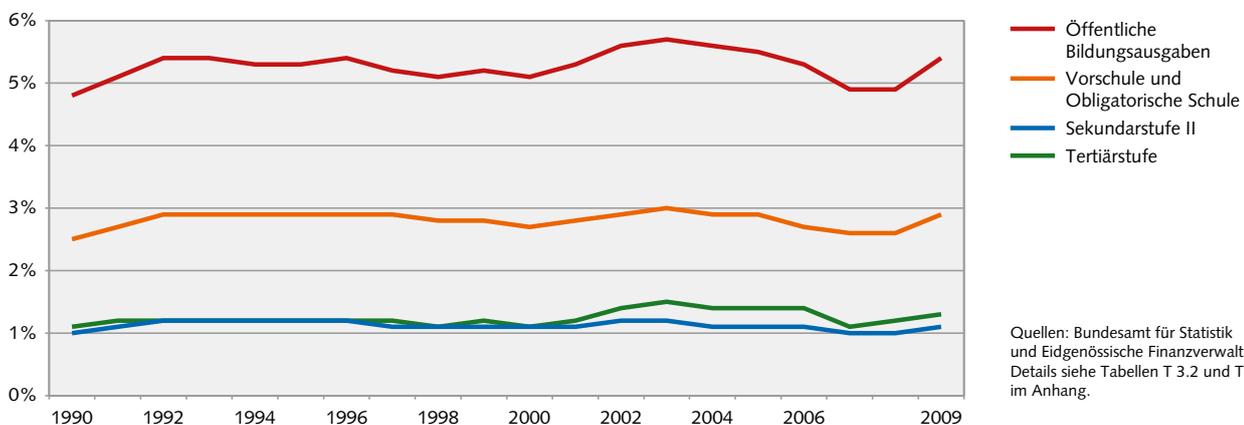
Grafik G 3.7 zeigt, bewegte sich der Anteil der Bildungsausgaben gemessen am BIP vom Jahr 1990 bis zum Jahr 2009 in einer Bandbreite von circa +/- 0.4%-Punkten um den Mittelwert von 5.3%. Der Höhepunkt wurde 2003 mit 5,7% erreicht.

Während sich der Anteil der Ausgaben im Verhältnis zum BIP in der obligatorischen Schule und in der Tertiärstufe parallel zum Anteil der gesamten Bildungsausgaben am BIP entwickelte, ist der entsprechende Anteil auf der Sekundarstufe II zwischen den Jahren 1990 und 2009 praktisch konstant geblieben. Im Kapitel 5 werden die Bildungsausgaben der Schweiz als Prozentsatz des Bruttoinlandproduktes mit anderen Ländern verglichen.

Bei diesen Vergleichen muss der Bevölkerungsstruktur Beachtung geschenkt werden, Länder mit vielen jungen Menschen müssen entsprechend viel in die allgemeine

Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben des Staates als Prozentsatz des Bruttoinlandproduktes

G 3.7

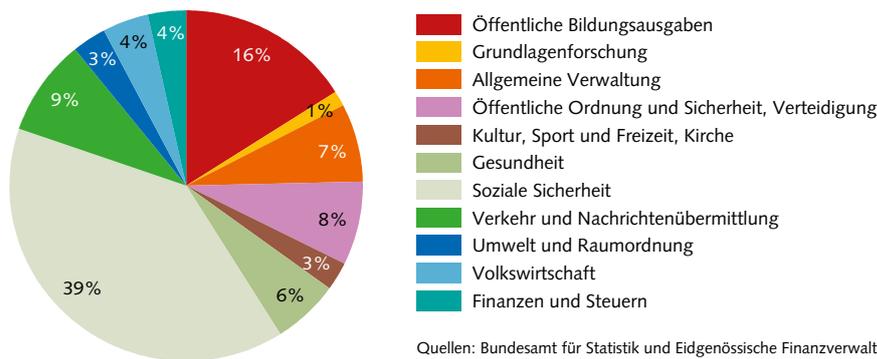


Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabellen T 3.2 und T 3.6 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Prozentuale Aufteilung der öffentlichen Ausgaben des Staates, 2009

G 3.8



Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabelle T 3.6 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Bildung investieren, während Gesellschaften mit einem grossen Anteil älterer Menschen weniger Mittel für diesen Bereich benötigen.

3.4 Öffentliche Bildungsausgaben als Anteil der Gesamtausgaben

Im Jahr 2009 wendete der Staat 16% seiner Gesamtausgaben von 186 Milliarden Franken für die Bildung auf. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben, der für Bildungszwecke eingesetzt wird, widerspiegelt das finanzielle Engagement der Behörden in diesem Bereich. Die «soziale Sicherheit» ist mit 39% mit Abstand der grösste Budgetposten der öffentlichen Hand (Grafik G 3.8). Danach folgt die «Bildung» mit 16% vor «Verkehr und Nachrichtenübermittlung» mit 9%.

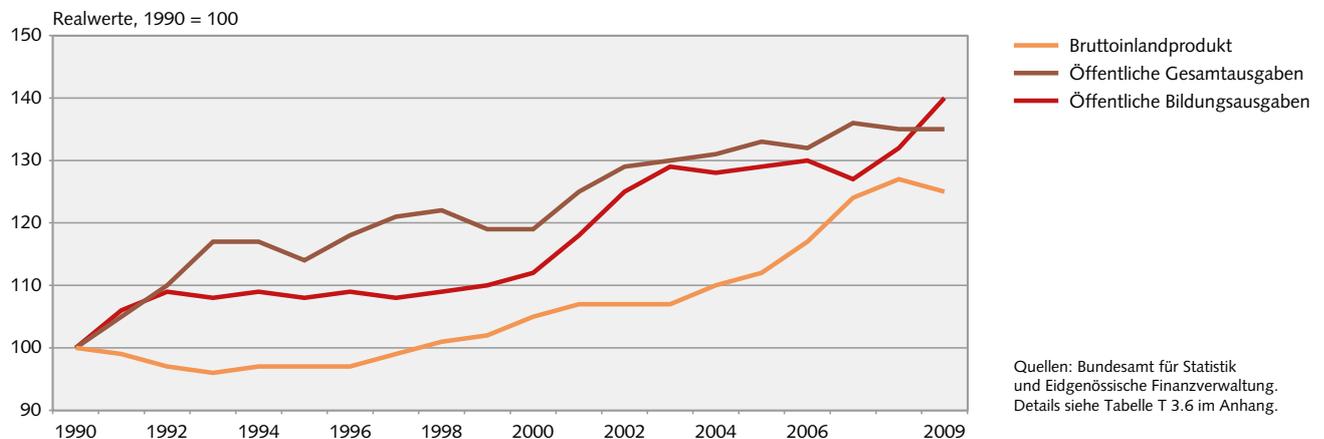
Von 1990 bis 2009 stieg der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben von 15,4% auf 16%.

Die realen Bildungsausgaben im Jahr 2009 nahmen verglichen mit dem Vorjahr um 6% zu. Nach einer Phase der Stagnation zwischen 1992 und 1998 nahmen die öffentlichen Bildungsausgaben ab 1999 kontinuierlich zu. Das Bruttoinlandprodukt ist von 1990 bis 2009 real um 25% gewachsen. Parallel dazu wuchsen die öffentlichen Gesamtausgaben real um 35%. Die Bildungsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden nahmen im selben Zeitraum sogar real um 40% zu.

In der Grafik G 3.9 ist die Wachstumsschwäche der Schweizer Wirtschaft in den 1990er Jahren ersichtlich. Ab 1990 schrumpfte das BIP real und erreichte erst 1998 wieder den Wert von 1990. Die öffentlichen Ausgaben

Indexierte Entwicklung von Bruttoinlandprodukt, öffentlichen Gesamt- und Bildungsausgaben des Staates

G 3.9

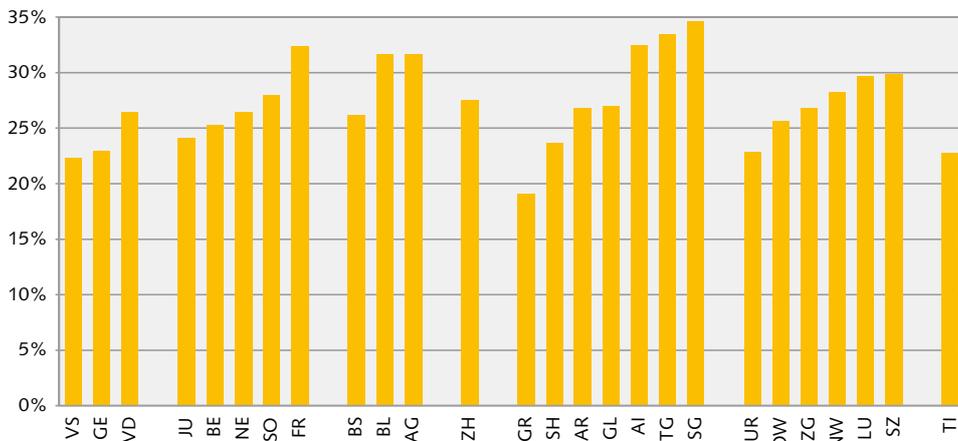


Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabelle T 3.6 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden, 2009

G 3.10



Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabellen T 3.3 und T 3.7 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

hingegen stiegen bis 1993, stagnierten 1994 und 1995, um danach kontinuierlich zuzunehmen. Die öffentlichen Bildungsausgaben wiesen von 1998 bis 2003 ein starkes Wachstum auf. Ab 2003 bis 2008 stiegen die Bildungsausgaben nur noch schwach an, obwohl das Bruttoinlandprodukt in dieser Phase ein starkes Wachstum verzeichnete. Der Rückgang der Bildungsausgaben im Jahr 2007, den Grafik G 3.9 ausweist, ist hingegen buchhalterisch begründet. Ab dem Rechnungsjahr 2007 wird ein grösserer Anteil der Ausgaben der ETH beim Bund im Bereich F+E und nicht mehr im Bereich Bildung verbucht. Da F+E nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben erscheint, sinken die Bildungsausgaben des Bundes im Jahr 2007. Im Jahr 2009 erfahren die Bildungsausgaben wieder einen starken Zuwachs, trotz Stagnation der gesamten öffentlichen Ausgaben und Abnahme des BIP.

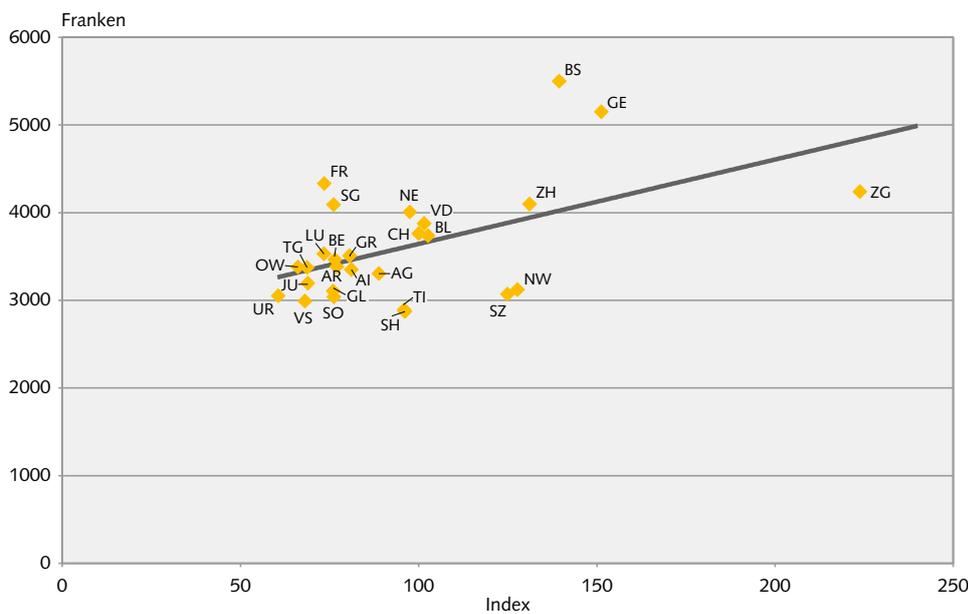
Der Bildungsanteil an den Gesamtausgaben der einzelnen Kantone variiert deutlich (siehe Grafik G 3.10). Am meisten investieren die sechs Kantone Freiburg, Baselland, Aargau, St. Gallen, Thurgau und Appenzell Innerrhoden in die Bildung. Fast ein Drittel ihrer Ausgaben gehen in den Bildungsbereich, während der Kanton Graubünden rund 19% der Gesamtausgaben für die Bildung aufwendet.

3.5 Öffentliche Pro-Kopf-Bildungsausgaben

Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Einwohner/-in erlauben einen direkten Kostenvergleich zwischen den Kantonen. Bezogen auf die öffentlichen Gesamtausgaben betragen die Pro-Kopf-Bildungsausgaben in der Schweiz pro Jahr 3815 Franken, wobei signifikante Unterschiede zwischen den Kantonen feststellbar sind. Am meisten gibt der Kanton Basel-Stadt mit 5500 Franken pro Einwohner/-in für die Bildung aus, am wenigsten die Kantone Schaffhausen und Tessin mit einem Pro-Kopf-Wert von weniger als 2900 Franken.

Zwischen der Finanzkraft eines Kantons und dessen Pro-Kopf-Bildungsausgaben kann in Grafik G 3.11 ein positiver Zusammenhang beobachtet werden. Die Finanzkraft eines Kantons wird über den Ressourcenindex, eines der zentralen Elemente des Finanzausgleichsregimes zwischen Bund und Kantonen abgebildet. Der Ressourcenindex widerspiegelt die steuerlich ausschöpfbaren Ressourcen eines Kantons. Die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage (ASG) dient als Grundlage für die Berechnung des Ressourcenindex. Die ASG eines Kantons besteht aus der Summe der steuerbaren Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen sowie der Gewinne der juristischen Personen. Die städtischen Universitätskantone Basel-Stadt, Genf und Zürich weisen eine hohe Finanzkraft und überdurchschnittliche Bildungsausgaben auf. Die vorwiegend ländlich geprägten Kantone

Öffentliche Bildungsausgaben pro Einwohner/-in und Ressourcenindex, 2009 G 3.11



Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabellen T 3.3 und T 3.7 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

weisen demgegenüber eine tiefe Finanzkraft und unterdurchschnittliche Bildungsausgaben auf. Kantone, die deutlich oberhalb der Regressionsgeraden liegen, geben bezogen auf ihre Finanzkraft viel Geld für die Bildung aus. Zug hat hohe Bildungsausgaben und die höchste Finanzkraft.

3.6 Öffentliche Bildungsausgaben nach Verwaltungsebene

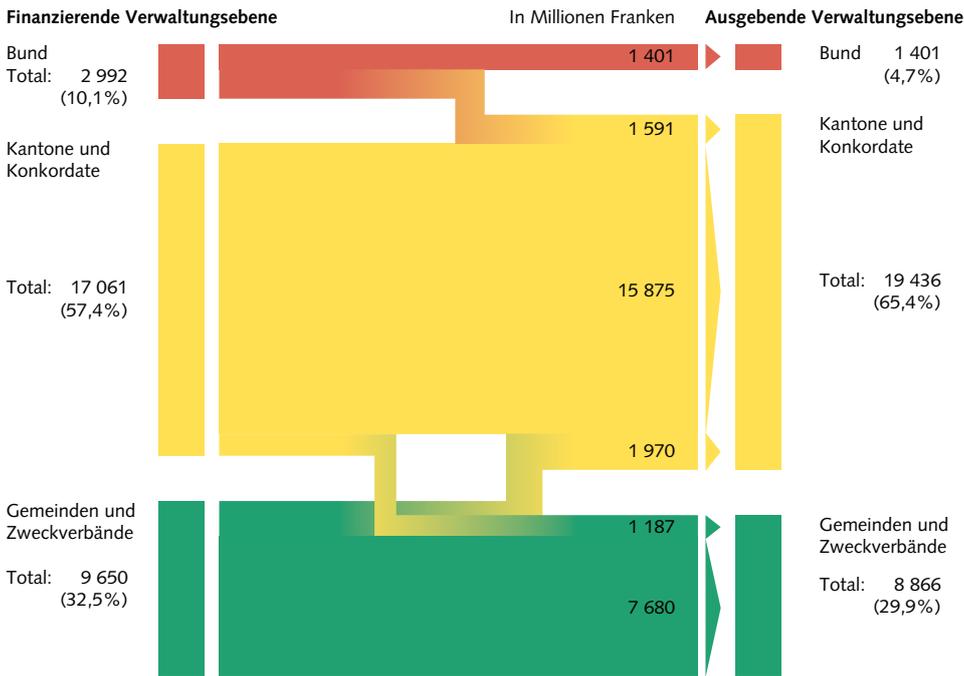
In der Schweiz finanziert der Bund 10,1% der Bildung, die Kantone und Konkordate 57,4% und die Gemeinden und Zweckverbände 32,5%. Die Finanzierung der Bildung erfolgt allerdings nicht immer in direkter Weise, sondern auch in Form von Beiträgen an die Ausgaben anderer Verwaltungsebenen (siehe Finanzflüsse Seite 18). Bei den ausgebenden Verwaltungsebenen bestreiten die Kantone zwei Drittel (65,4%) der öffentlichen Bildungsausgaben, die Gemeinden ein knappes Drittel (29,9%) und der Bund den Rest (4,7%).

Beim Bund machen die direkten Bildungsausgaben lediglich 47% der für die Bildung aufgewendeten Mittel aus. Mehr als die Hälfte (53%) der vom Bund für das Bildungswesen aufgewendeten Mittel wird an die Kantone und Konkordate gezahlt. Die Kantone dagegen investieren 93% und die Gemeinden 80% der Bildungsausgaben direkt.

Die Transferzahlungen zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen haben sich unterschiedlich entwickelt (siehe Grafik G 3.12). Der Transfer vom Bund zu den Kantonen blieb bis zum Jahr 2000 konstant, um danach bis zum Jahr 2009 leicht anzusteigen. Die Transferzahlungen der Kantone an die Gemeinden blieben ebenfalls bis zum Jahr 2000 konstant. Danach haben sie hingegen leicht abgenommen. Im Gegensatz dazu haben sich die Transferzahlungen der Kantone an andere Kantone und Konkordate im Zeitraum von 1990 bis 2009 mehr als versechsfacht. Dies geschah insbesondere aufgrund der Zahlungen im Rahmen der interkantonalen Universitätsvereinbarung und der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung.

Nach einer Stagnation von 1992 bis 1998 ist das finanzielle Engagement der öffentlichen Hand für die Bildung seit 1999 wieder stetig gewachsen (Grafik G 3.13). Der reale Anstieg der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben von 1990 bis 2009 beträgt 40%. Werden die Ausgaben der verschiedenen Verwaltungsebenen separat betrachtet, wird ersichtlich, dass der grösste Zuwachs bei den Kantonen und Konkordaten erfolgte (+ 44% seit 1990). Die Bildungsausgaben der Gemeinden sind im selben Zeitraum real um 24% gewachsen. Die Bildungsausgaben des Bundes weisen von 1997 bis 2003 einen starken Anstieg auf, gefolgt von einer Stagnation bis 2006.

Finanzflüsse im Bildungswesen 2009



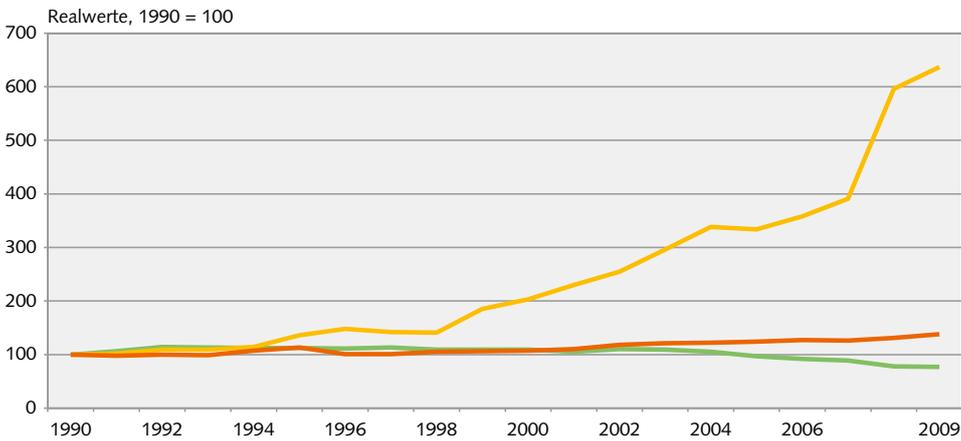
Details siehe Tabelle T 3.8 im Anhang.

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

© BFS

Indexierte Entwicklung der Transferzahlungen des Bundes und der Kantone und Konkordate

G 3.12

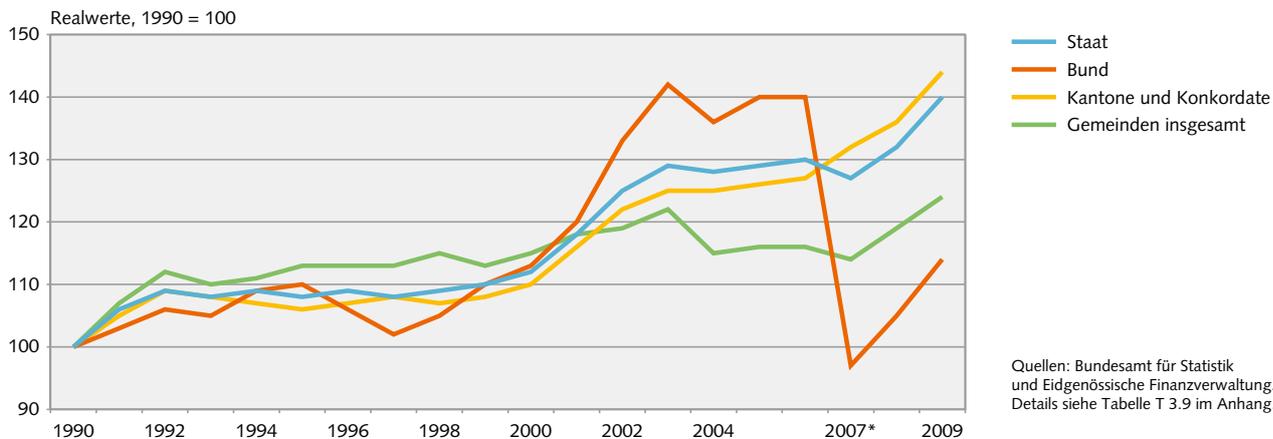


- Transferzahlungen des Bundes an die Kantone und Konkordate
- Transferzahlungen der Kantone und Konkordate an andere Kantone und Konkordate
- Transferzahlungen der Kantone und Konkordate an die Gemeinden

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabelle T 3.8 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Indexierte Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben der Teilsektoren «Bund», «Kantone und Konkordate» und «Gemeinden insgesamt» **G 3.13**



* Die Abnahme der Bildungsausgaben des Bundes in 2007 sind buchhalterisch bedingt, siehe Erklärung im Text.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

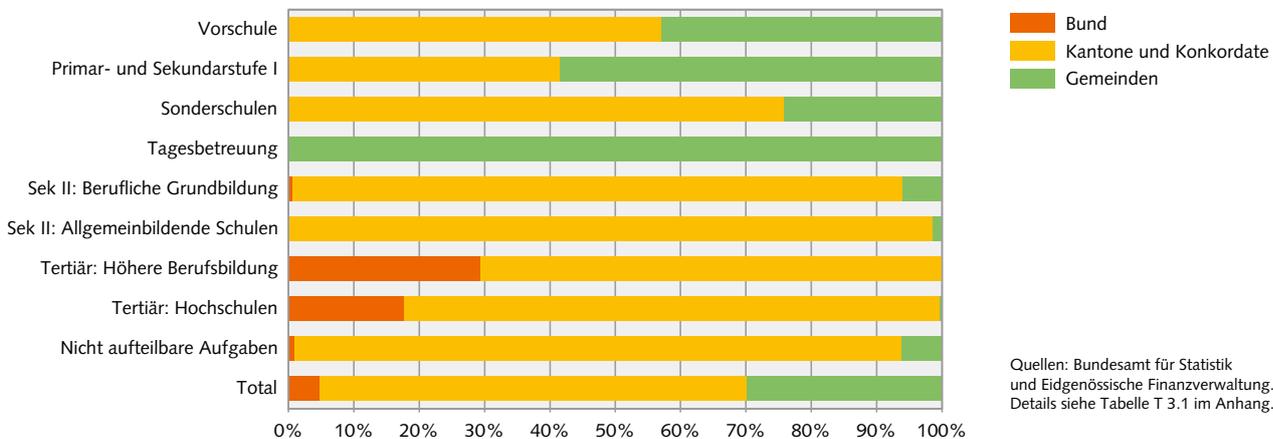
Von 2006 auf 2007 nehmen die Bildungsausgaben des Bundes real um 40% ab. Diese Abnahme ist buchhalterisch begründet. Wie bereits erwähnt, wird ab dem Rechnungsjahr 2007 ein grösserer Anteil der Ausgaben der ETH beim Bund im Bereich F+E und nicht mehr im Bereich Bildung verbucht. Da F+E nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben erscheint, sinken die Bildungsausgaben des Bundes im Jahr 2007. Von 2007 bis 2009 sind sie jedoch wieder um 17% gewachsen.

Die Analyse der Finanzierung im Bildungssektor zeigt, wie gross das Engagement der einzelnen Verwaltungsebenen ist, namentlich in Bezug auf die verschiedenen

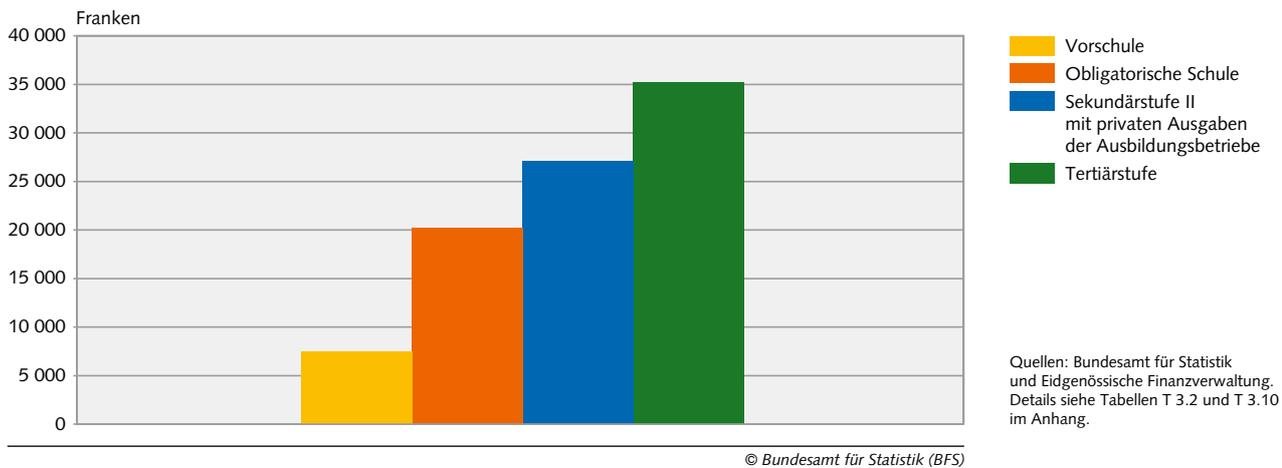
Bildungsbereiche. Die Zuständigkeiten sind in der Bildungsfinanzierung je nach Schulstufe zwischen den einzelnen behördlichen Ebenen unterschiedlich aufgeteilt.

Die Gemeinden bestreiten in der Schweiz den grössten Teil der Ausgaben der Primarstufe, die kompletten Ausgaben für die Tagesbetreuung sowie jene der Schulen der Sekundarstufe I (siehe Grafik G 3.14). Die Kantone decken den Grossteil der Ausgaben der Vorschule, der Sekundarstufe II (Berufsbildung, allgemein bildende Schulen, Maturitätsschulen) sowie der Tertiärstufe (höhere Berufsbildung, Hochschulen). Der Bund ist vor allem an der Finanzierung der tertiären Stufe engagiert.

Prozentuale Aufteilung der öffentlichen Bildungsausgaben nach Verwaltungsebene und Bildungsstufe, 2009 **G 3.14**



© Bundesamt für Statistik (BFS)

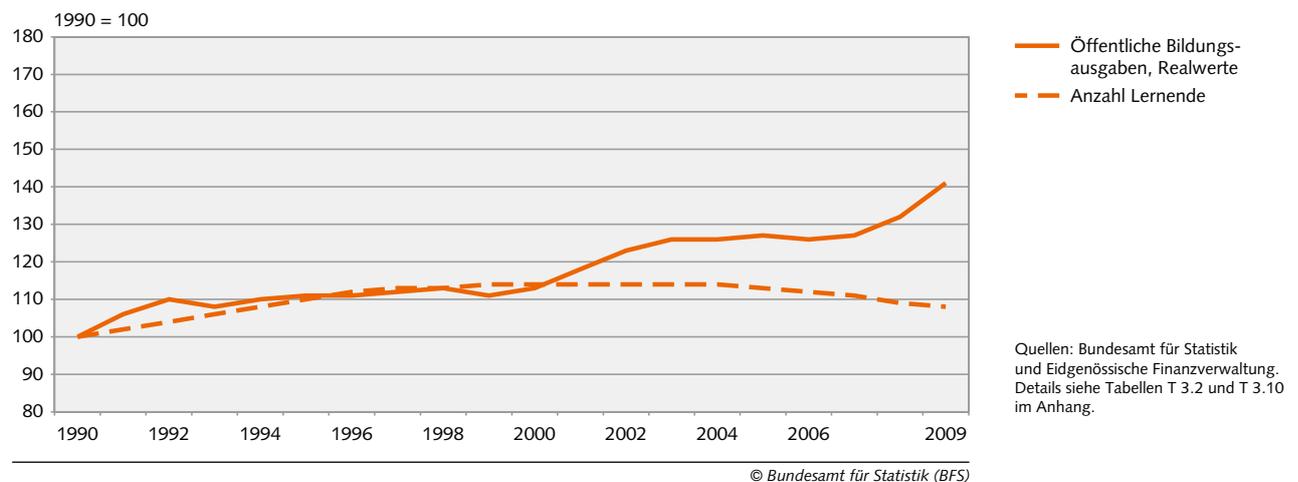
Bildungsausgaben pro Schüler/-in bzw. Student/-in nach Bildungsstufe, 2009 G 3.15**3.7 Öffentliche Bildungsausgaben und Anzahl Lernende**

2009 wurden im Durchschnitt 20'900 Franken pro Schüler/-in oder Student/-in ausgegeben. Auf der Tertiärstufe war dieser Betrag mit 35'000 Franken am höchsten. Für die obligatorische Schule wird 20'000 Franken pro Schüler/-in, für die Sekundarstufe II 17'500 Franken und für die Vorschule 7500 Franken ausgegeben. Diese Zahlen stellen nur den Betrag dar, den die öffentliche Hand pro Schüler/-in und pro Bildungsstufe ausgibt. Für die Bestimmung der gesamten Kosten pro Schüler/-in auf allen Bildungsstufen müssen zusätzlich die privaten Beiträge hinzugefügt werden. Diese privaten Beiträge sind insbesondere für die höhere Berufsbildung der Tertiärstufe und für jene der beruflichen Grundbildung der Sekundarstufe II relevant. Im Bereich der höheren Berufsbildung auf Tertiärstufe existiert auf nationaler Ebene keine Datenquelle um die privaten Bildungsausgaben erfassen oder schätzen zu

können. Für die duale Berufsbildung der Sekundarstufe II existieren indessen Schätzungen für die Bildungsausgaben der Betriebe¹⁵. Im Jahre 2009 wendeten private Unternehmen 3,2 Milliarden Franken für ihre Lehrlinge auf. Berücksichtigt man diesen Betrag, so betragen die Ausgaben pro Schüler/-in der Sekundarstufe II 27'000 Franken. Insgesamt nehmen die Bildungsausgaben mit steigender Bildungsstufe zu (siehe G 3.15). Je höher die Bildungsstufe, desto höher die Lohnkosten und desto mehr nehmen der Bedarf an administrativem und technischem Personal und die Anforderungen an die Infrastruktur zu. Dies gilt sowohl auf schweizerischer Ebene wie auch in den Kantonen.

¹⁵ Schwenk, J. et al (2003). Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus Sicht Schweizer Betriebe. Mühlemann, S. et al (2007). Lehrlingsausbildung – ökonomisch betrachtet. Ergebnisse der zweiten Kosten-Nutzen-Studie. Strupler, M.; Wolter, S.C. (2009). Die duale Lehre: eine Erfolgsgeschichte auch für die Betriebe.

Indexierte Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben und der Lernendenzahlen für die obligatorische Bildungsstufe (inkl. Vorschule) G 3.16



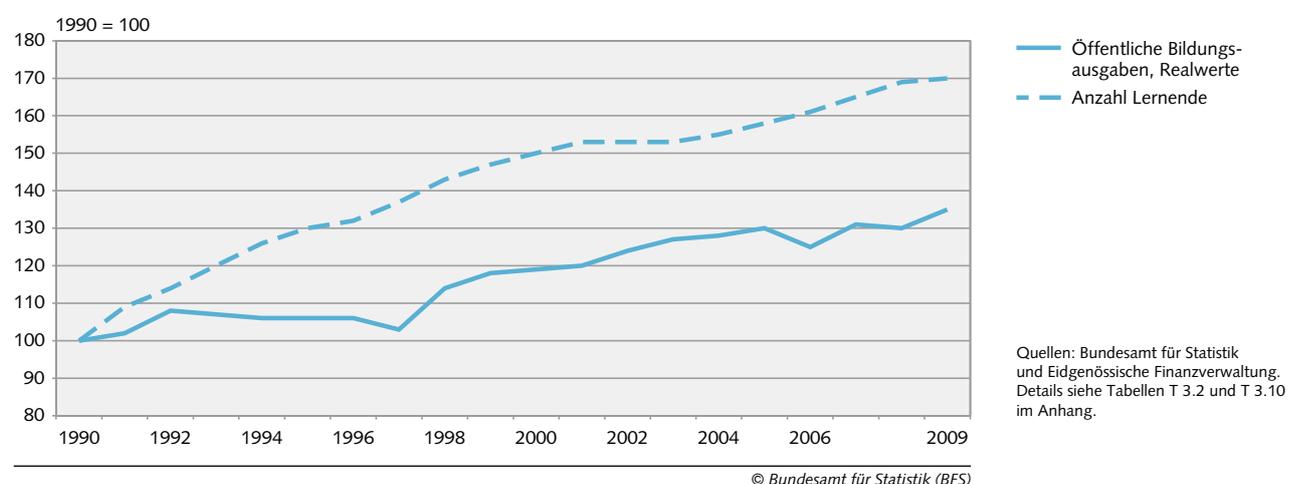
Auf der Stufe der obligatorischen Schule, inklusive Vorschule, folgt die Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben ziemlich genau jener der demographischen Entwicklung, d.h. der Anzahl der Lernenden bis zum Jahr 2000. Danach steigen die öffentlichen Bildungsausgaben in den Jahren von 2001 bis 2009 in realen Werten um fast 20%, während die Anzahl Kinder um 5% abnimmt (vergleiche Grafik G 3.16).

Bei den allgemeinbildenden Ausbildungen auf der Sekundarstufe II (siehe Grafik G 3.17) nehmen die Ausgaben nicht im selben Umfang zu wie die Anzahl der Lernenden. Von 1990 bis 2009 verzeichnet diese Bil-

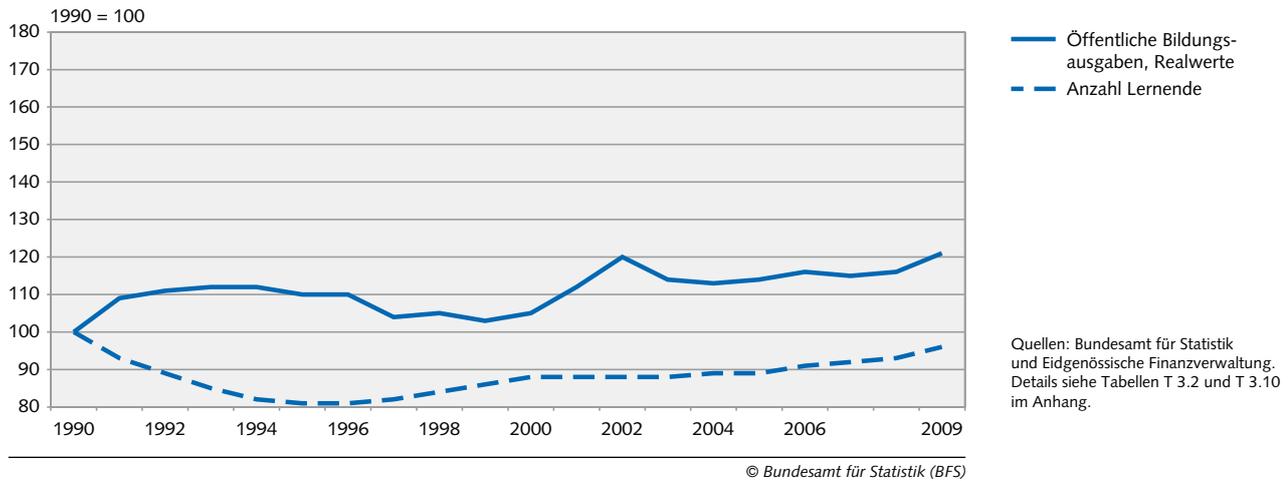
dungsstufe eine Zunahme an Lernenden von 70%. Die Ausgaben steigen ebenfalls, allerdings nur um 35% und betragen 2,3 Milliarden Franken im Jahr 2009.

Bei der beruflichen Grundbildung (Graphik G 3.18) auf der Sekundarstufe II nimmt die Anzahl Schüler/-in zwischen 1990 und 1996 ab, bevor sie dann bis 2009 wieder langsam ansteigt, aber unter dem Bestand von 1990 bleibt. Die realen Werte der öffentlichen Bildungsausgaben variieren zwischen 3 und 3,5 Milliarden Franken und verzeichnen einen Zuwachs von 21% von 1990 bis 2009.

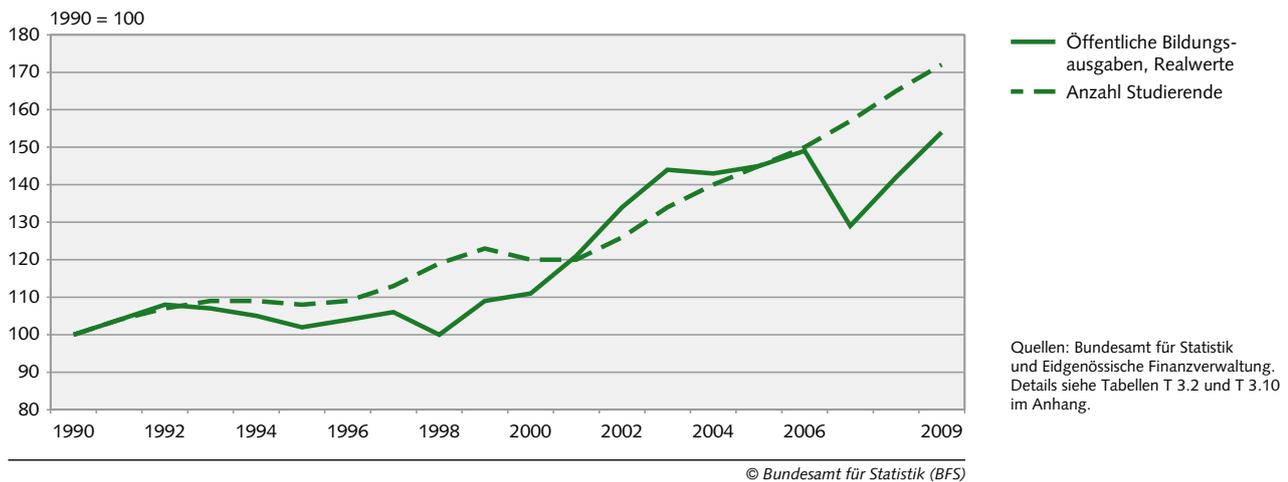
Indexierte Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben und der Lernendenzahlen für die allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II G 3.17



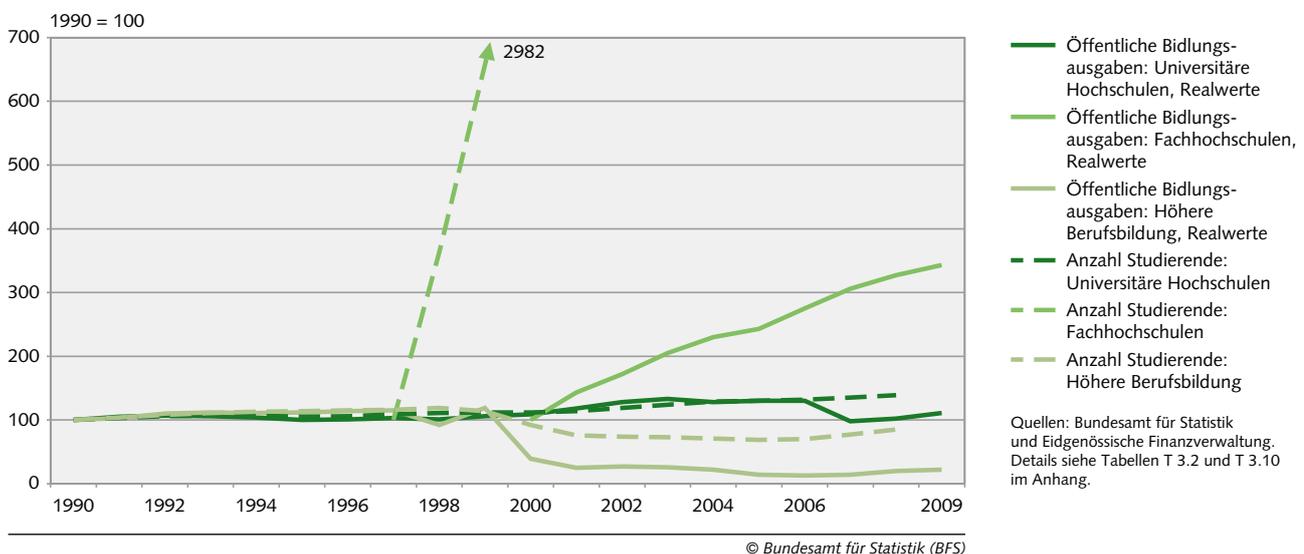
Indexierte Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben und der Lernendenzahlen für die berufliche Grundbildung der Sekundarstufe II **G 3.18**



Indexierte Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben und der Studierendenzahlen für die Tertiärstufe insgesamt **G 3.19**



Indexierte Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben und der Studierendenzahlen für die Tertiärstufe **G 3.20**



Wie es die Grafik G 3.19 zeigt, verzeichnet der Hochschulbereich insgesamt einen Zuwachs der Studierendenzahlen und eine Zunahme des finanziellen Engagements in etwa denselben Proportionen.

Betrachtet man die tertiäre Bildungsstufe im Detail (vergleiche Grafik G 3.20), so gibt es mit der Einführung der Fachhochschulen ab 1997 einen Anstieg der Studierenden. Entsprechend dazu steigen die, ab Rechnungsjahr 2000 separat verbuchten, Finanzen für diese Studiengänge deutlich an. Mit der Einführung der Fachhochschulen nehmen die Anzahl der Studierenden, wie auch die Ausgaben für die höhere Berufsbildung merklich ab. Die Entwicklung der Studierendenzahlen und der Ausgaben für die universitären Hochschulen verlaufen parallel.

Von 1990 bis 2009 ist die prozentuale Zunahme der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben mit 40% höher als jene der Anzahl der Studierenden mit 17% (siehe Grafik G 3.21). Deshalb steigen auch die Ausgaben pro Student/-in in diesem Zeitraum real um 20%.

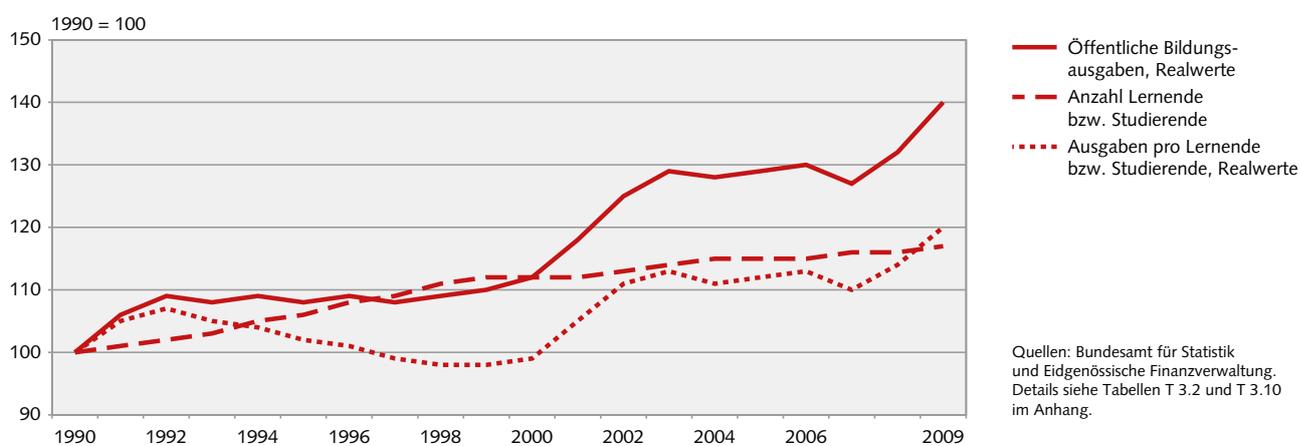
3.8 Stipendien

Bildung genießt in der Schweiz einen hohen Stellenwert und der gleichberechtigte Zugang zu Bildung ist eine wichtige bildungspolitische Forderung. Um diesen Zugang auch Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus einkommensschwachen Familien zu ermöglichen, können die Kantone Stipendien oder Darlehen an Lernende und Studierende vergeben.

Die kantonalen Stipendien und Darlehen, sowie die Ausbildungsbeiträge des Bundes an die Kantone, sind Teil der öffentlichen Bildungsausgaben. Seit 2005 realisiert das BFS die Statistik¹⁶ der kantonalen Stipendien und Darlehen und veröffentlicht jährlich eine Indikatorenreihe¹⁷ zu diesen Daten. Diese Statistik ist die Datengrundlage der hier präsentierten Zahlen.

Öffentliche Bildungsausgaben, Anzahl Lernende bzw. Studierende und Ausgaben pro Lernende bzw. Studierende

G 3.21



Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung. Details siehe Tabellen T 3.2 und T 3.10 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

¹⁶ Details siehe Kapitel 6.2

¹⁷ BFS: Kantonale Stipendien und Darlehen

Obwohl auch die Darlehen ein wichtiges Instrument der finanziellen Bildungsunterstützung darstellen, nehmen sie einen marginaleren Wert im finanziellen Engagement der Kantone ein. Von den 300 bis 350 Millionen Franken, welche die Kantone in den letzten 15 Jahren jährlich aufgewendet haben, wurden rund 90% des gesamten Betrags in Form von Stipendien ausgezahlt. Die Auswahl der Grafiken beschränkt sich in dieser Überblickspublikation daher auf die Stipendien.

2009 haben die Kantone insgesamt 279 Millionen Franken Stipendien und 25 Millionen Franken in Form von Darlehen an Schüler/-innen bzw. Studenten/-innen ausbezahlt. Dies entspricht knapp 1% der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben. Wie Grafik G 3.22 zeigt,

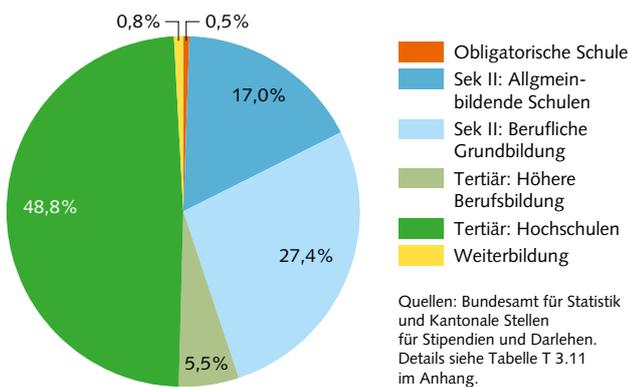
wird der grösste Anteil der Stipendien (49%) an Studierende der Hochschulen ausbezahlt. Lehrlinge in einer beruflichen Grundbildung erhalten über einen Viertel des gesamten ausbezahlten Betrags während die Lernenden einer höheren Berufsbildung weniger als 6% erhalten. Der Betrag der für die obligatorische Schule ausbezahlt wird, entspricht mit 1,3 Millionen 0,5% des gesamten Stipendienbetrages.

Pro Kopf der Bevölkerung wurden in der Schweiz im Jahr 2009 durchschnittlich 36 Franken für Stipendien ausgegeben. Weniger als 1% der Bevölkerung bezog ein Stipendium.

Obwohl der Bund die Stipendienaufwendungen der Kantone mit Beiträgen subventioniert, bestimmen die Kantone souverän über die Bedingungen der Stipendienvergabe. Dies hat Unterschiede zwischen den Kantonen zur Folge. Der durchschnittliche Stipendienbetrag pro Einwohner/-in beträgt je nach Kanton zwischen 17 und 93 Franken (siehe Grafik G 3.23). Den höchsten Betrag richtet der Kanton Jura aus; die tiefsten Pro-Kopf-Ausgaben für Stipendien verzeichnet der Kanton Schaffhausen. Im Kanton Jura haben 2009 16 von 1000 Einwohnern/-innen ein Stipendium erhalten; der Kanton Zürich hingegen hat 3 von 1000 Einwohnern/-innen mit einem Stipendium unterstützt.

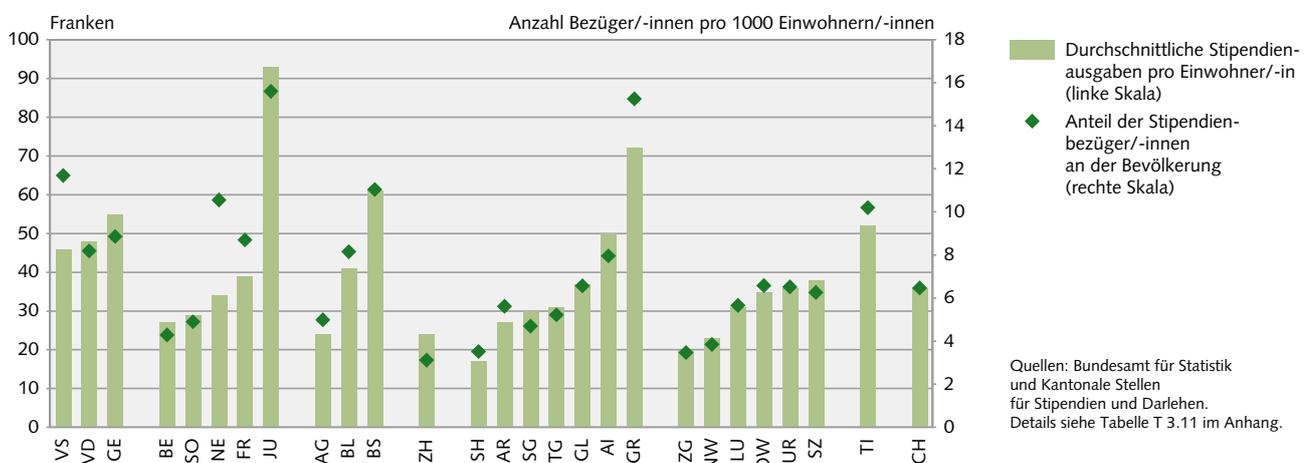
Von 1990 bis 1994 nehmen sowohl die Stipendien wie auch die öffentlichen Bildungsausgaben real zu (vergleiche Grafik G 3.24). Danach erhalten die Lernenden und Studierenden insgesamt weniger Stipendien, während die Bildungsausgaben stagnieren. Ab 2000 nehmen die Bildungsausgaben wieder zu, die Stipendienbeträge

Prozentuale Aufteilung der ausbezahlten Stipendien nach Bildungsstufe, 2009 G 3.22



© Bundesamt für Statistik (BFS)

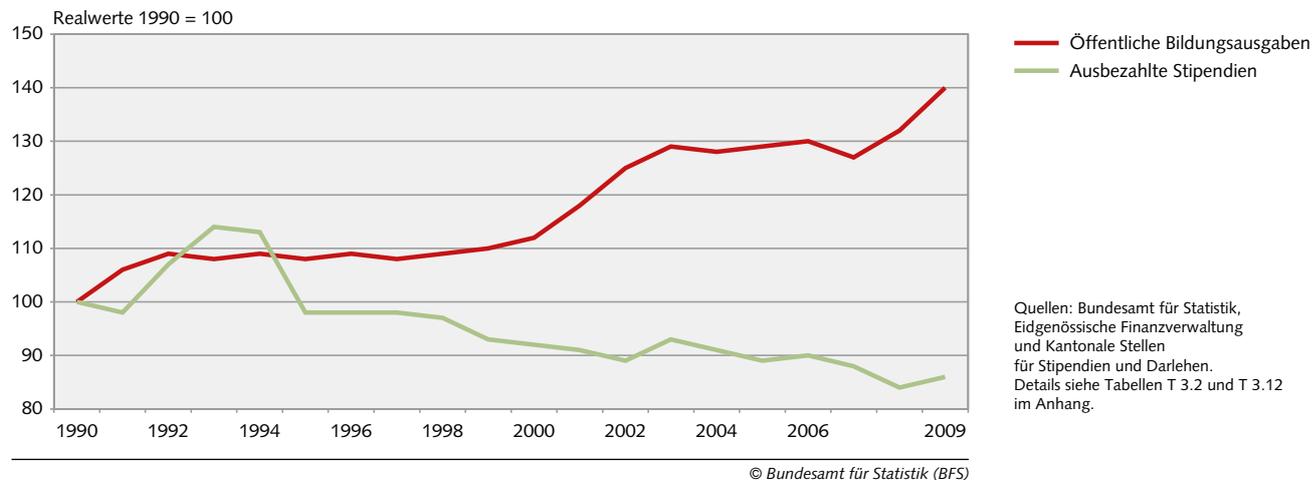
Durchschnittliche Stipendenausgaben pro Einwohner/-in und Anzahl Stipendienbezüger/-innen pro 1000 Einwohnern/-innen pro Kanton, 2009 G 3.23



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Indexierte Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben und der ausbezahlten Stipendien

G 3.24



nehmen weiterhin ab. Von 1990 bis 2009 sind die öffentlichen Bildungsausgaben real um 40% gestiegen, während die Stipendienbeiträge in derselben Zeit um 14% abgenommen haben.

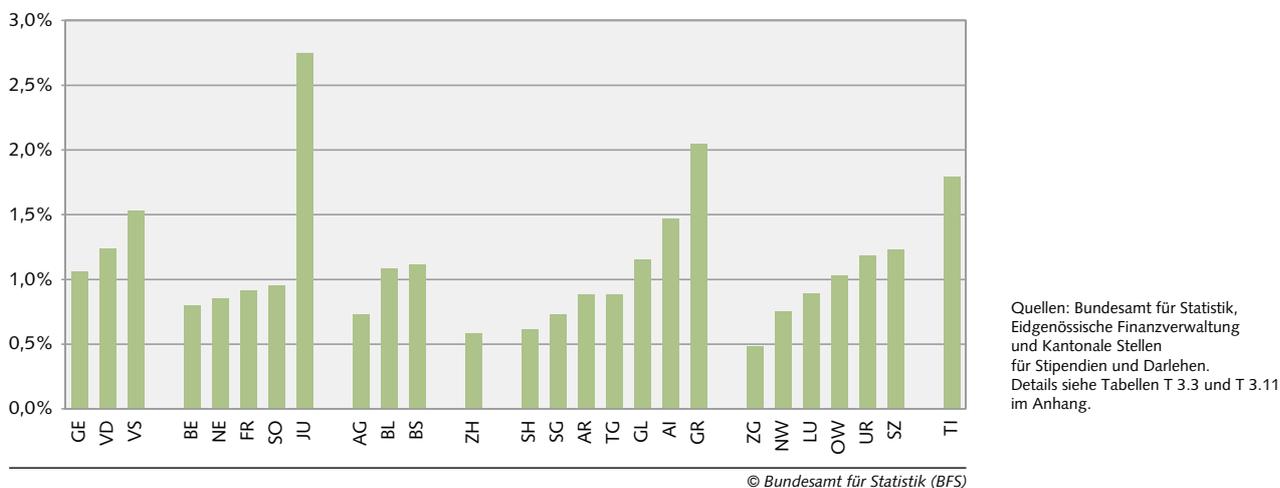
Mit dem Konkordat von 2009 haben sich die kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren erstmals auf umfassende gesamtschweizerische Vorgaben für die Vergabe von Ausbildungsbeiträgen geeinigt. Sie haben damit ihren Willen für eine Harmonisierung im Stipendienwesen bekundet.

Der Prozentsatz an den öffentlichen Bildungsausgaben, den ein Kanton als Stipendien auszahlt, variiert zwischen den Kantonen (vergleiche Grafik G 3.25). In 13 Kantonen liegt dieser Prozentsatz unter 1%, in 11 Kantonen beträgt er zwischen 1% und gut 2% und im Jura wird 2,8% der gesamten Bildungsausgaben als Stipendien gezahlt.

Für alle Kantone gilt, dass sie den grössten Teil an Stipendien an Studierende der Hochschulen ausgeben. Damit wird auch anhand der Stipendienvergabe die Sonderstellung der Hochschule deutlich. Das nachfolgende Kapitel präsentiert daher eine Detailanalyse zur Hochschulfinanzstatistik.

Prozentsatz der ausbezahlten Stipendien an den öffentlichen Bildungsausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden, 2009

G 3.25



4 Die Kostenrechnung der Hochschulen im Jahr 2010

Die drei Hochschultypen der Schweiz haben trotz unterschiedlicher Finanzstruktur und Leitung eine Gemeinsamkeit, die ihren Betrieb kennzeichnet und die in diesem Kapitel erläuterten Feststellungen ermöglicht: Es ist dies die Kostenrechnung als Führungs- und Kontrollinstrument betriebsinterner Prozesse. Die Kostenrechnung bezieht sich auf die Vollkosten eines Kalenderjahres der Hochschulen (1. Januar bis 31. Dezember). Sie weist für die einzelnen Schulen die Betriebskosten, unterteilt in Personal- und Sachkosten, wie auch die Infrastrukturkosten aus. Ebenfalls gibt sie Auskunft über die Erträge respektive die Finanzierung der Grundausbildung und aller anderer Leistungen¹⁸. Allerdings verwenden die universitären Hochschulen (UH), die Fachhochschulen (FH) und die pädagogischen Hochschulen (PH) alle ihr eigenes Kostenrechnungsmodell, wobei sich dasjenige der PH stark an das der FH anlehnt.

Obwohl in Bezug auf Aufbau und Darstellung der Kostenrechnung erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Hochschultypen bestehen, dient sie doch allen Institutionen zur Erfassung, Zuteilung, Berechnung und Kontrolle der Kosten für die Erbringung und die Umsetzung ihres Leistungsauftrags. Darüber hinaus soll das Instrument den Regulierungs-, Steuerungs- und Finanzierungsparteien, d.h. den Hochschulträgern und politischen Entscheidungsträgern, Informationen liefern, indem die Kosten der Studiengänge und anderer angebotener Leistungen sowie ihre Übernahme durch verschiedene Finanzierungsquellen transparent gemacht werden. Anhand dieser Kostenrechnung können die Kosten und die finanzielle Deckung der Hochschulen des gleichen Typs verglichen werden.

Die Analysen, die in den nachfolgenden Teilkapiteln dargestellt werden, stellen die Finanzdaten der zehn kantonalen Universitäten und der beiden eidgenössischen technischen Hochschulen (ETH), zusammen als UH bezeichnet, der sieben Fachhochschulen (FH) und der vierzehn pädagogischen Hochschulen (PH) dar¹⁹.

Zu beachten ist der Spezialfall von drei pädagogischen Hochschulen, der PH Zürich, der PH FHNW sowie der SUPSI-DFA, die in eine Fachhochschule, konkret in die ZFH, die FHNW und die SUPSI integriert sind. Dies bedeutet, dass diese drei Schulen physisch ihren FH angegliedert sind und somit strukturell dazugehören. Sie werden jedoch wie die anderen pädagogischen Hochschulen von den verantwortlichen Institutionen der PH betreut und kontrolliert. Aus diesem Grund werden die Daten dieser drei Schulen nur in dem den PH gewidmeten Kapitel betrachtet.

4.1 Universitäre Hochschulen (UH)

Gemäss ihrem Auftrag erbringen die Universitären Hochschulen (UH) fünf Arten von Leistungen (gleich Kostenträger): Lehre für die Grundausbildung, Lehre für die vertiefte Ausbildung, Forschung und Entwicklung, Weiterbildung und Dienstleistungen²⁰. Im Vergleich zum Jahr 2005 sind die Gesamtkosten der Universitäten und technischen Hochschulen um rund ein Viertel gestiegen und beliefen sich 2010 auf 6,9 Milliarden Franken. Während der gleichen Periode, ist die Zahl der Studierenden um etwa 17% gestiegen um sich bei mehr als 130'000 (Personen) einzufinden. 3,7 Milliarden Franken der Kosten entfielen auf den Kostenträger Forschung und Entwicklung, was die Haupttätigkeit der UH darstellt. Die Lehre für die Grundausbildung stellte mit Kosten von 1,8 Milliarden Franken die zweitgrösste Position dar.

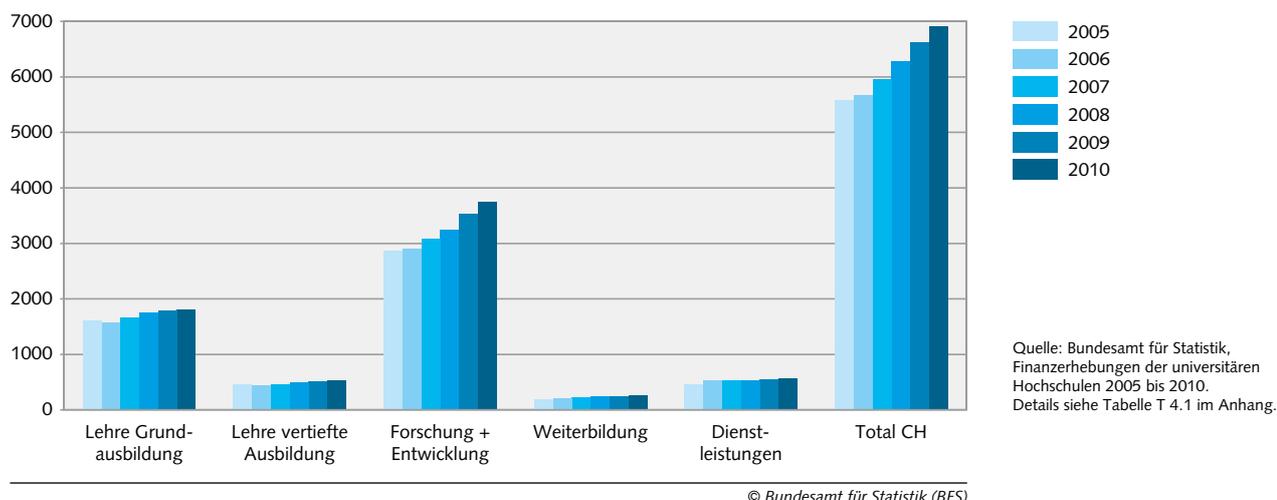
Bei Betrachtung der Kostenentwicklung der letzten Jahre wird deutlich, dass die Forschung viel stärker ausgebaut wurde als die Lehre für die Grundausbildung, nicht zuletzt aufgrund einer Erhöhung der zugeflossenen Mittel im Bereich des Nationalfonds und anderer Drittmittel. Während die Forschung 2005 noch 51% der Gesamtkosten der UH-Tätigkeiten ausmachte, belief sich ihr Anteil 2010 auf 54%. Durch diese relative Zunahme

¹⁸ Details zu den Finanzquellen, siehe Kapitel 6

¹⁹ Liste aller Hochschulen, siehe Kapitel 6

²⁰ Definitionen der Leistungen, siehe Kapitel 6

Vollkosten der UH nach Kostenträger, 2005 bis 2010 (in Millionen Franken) G 4.1

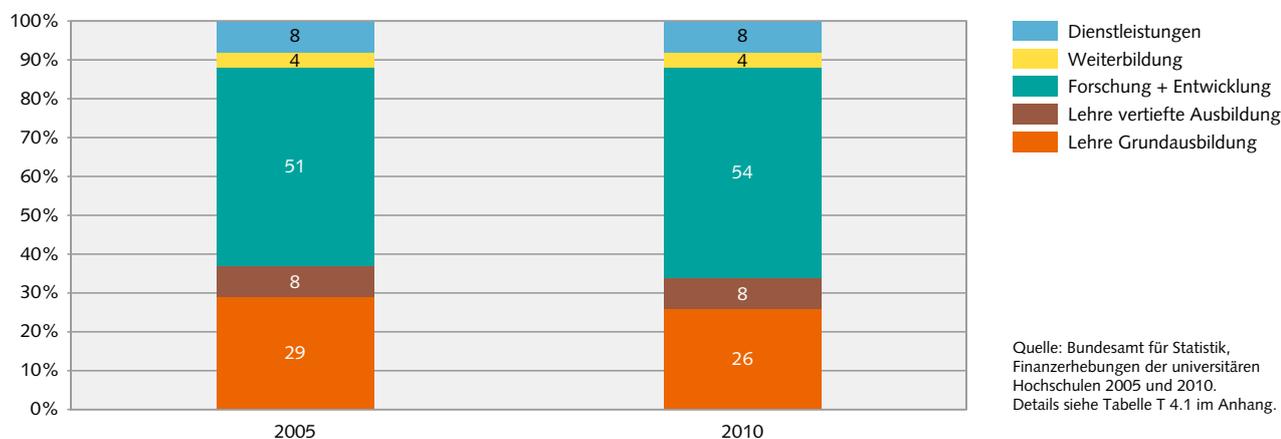


wurde folglich der Anteil der Lehre für die Grundausbildung verringert, der von 29% im Jahr 2005 auf 26% im Jahr 2010 zurückgegangen ist.

Die Kosten der anderen Leistungsbereiche sind nicht so hoch, doch auch sie sind in den letzten Jahren angestiegen. Die Kostenverteilung bleibt jedoch unverändert. Bei einer effektiven Kostensteigerung um mehr als 20% innerhalb von fünf Jahren, machen die Dienstleistungen nach wie vor einen Anteil von rund 8% der Kosten aus. Auch bei der Lehre für die vertiefte Ausbildung und bei der Weiterbildung haben sich die jeweiligen Anteile an den Gesamtkosten seit 2005 bisher nicht verändert.

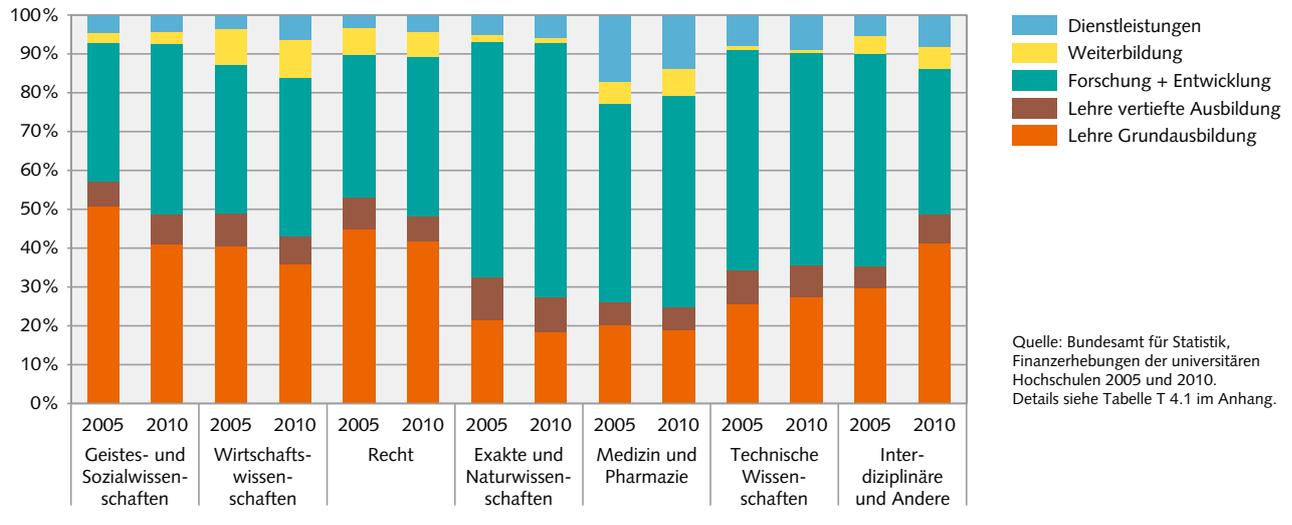
Bei der Aufschlüsselung der Kosten nach Fachbereichsgruppe wird der zunehmende Anteil des Leistungsbeereichs Forschung und Entwicklung ebenfalls deutlich. Tatsächlich sind die relativen Kosten für die Forschung in allen Bereichen ausser in den technischen Wissenschaften und im interdisziplinären Bereich gestiegen. Aktuell macht diese Leistung sogar in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie in den Wirtschaftswissenschaften den Hauptanteil aus. Beim Recht haben alle Leistungen zugenommen, insbesondere die Forschung. Deshalb ergaben sich 2010 für die beiden wichtigsten Leistungen nahezu dieselben Werte. Ein starker Rückgang der effektiven Forschungskosten sowie des entsprechenden relativen Anteils wurden einzig im interdisziplinären Bereich verzeichnet.

Vollkosten der UH nach Kostenträger, 2005 und 2010 (in %) G 4.2



Vollkosten der UH nach Kostenträger und Fachbereichsgruppe, 2005 und 2010 (in %)

G 4.3



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Werden alle Leistungen zusammengenommen, macht die Verteilung der (absoluten) Kosten auf die Fachbereichsgruppen deutlich, dass die exakten und Naturwissenschaften sowie die Medizin und Pharmazie die höchsten Kosten aufweisen. Dies, obwohl jene Kosten der Humanmedizin, die durch Lehre und Forschung an den Universitätsspitalern entstehen, unterschätzt werden, da sie bisher nur begrenzt in die Kostenrechnung einbezogen werden können. Mit 29% bzw. 26% des Gesamtaufwands der UH stellen sie – trotz der wesentlich geringeren Zahl an Studierenden im Vergleich zu den Geistes- und Sozialwissenschaften – die kostspieligsten Fachbereichsgruppen dar. Am anderen Ende der Skala liegen der interdisziplinäre Bereich und vor allem die Wirtschaftswissenschaften sowie die Rechtswissenschaften, die trotz hoher Studierendenzahlen in 2010 die geringsten Kosten verursacht haben.

Diese Verteilung lässt sich grösstenteils durch die spezifischen Einrichtungen und teure Infrastruktur erklären, ohne die die Bereiche exakte und Naturwissenschaften sowie Medizin und Pharmazie nicht funktionieren könnten. Daraus entstehen, insbesondere für die Forschungstätigkeiten, entsprechende Ausgaben. Folglich liegen ihre Gesamtkosten deutlich über jenen von anderen Bereichen wie den Rechtswissenschaften, den Wirtschaftswissenschaften oder den Geistes- und Sozialwissenschaften, die in der Regel nur geringe Investitionen für spezielle Infrastrukturprojekte benötigen.

T 4.1* Verteilung der Vollkosten und der Anzahl Studierende der UH nach Fachbereichsgruppe (in %)

	% der Kosten	% der Studierende
Exakte und Naturwissenschaften	29	17
Medizin und Pharmazie	26	10
Geistes- und Sozialwissenschaften	17	33
Technische Wissenschaften	15	11
Wirtschaftswissenschaften	6	14
Recht	4	11
Interdisziplinäre und Andere	2	3

Quelle: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der universitären Hochschulen 2010, Studierende an den universitären Hochschulen, 2010

* Details siehe Tabelle T 4.2 im Anhang.

Die Finanzierungsstruktur der UH erklärt sich einerseits durch ihre Geschichte und Entwicklung, andererseits durch ihr Spezialisierungsprofil, und insbesondere durch ihr Ausbildungsangebot. Es gibt auf der Kostenseite keine genauen Angaben darüber, wie viel die verschiedenen Finanzierungsquellen zu den einzelnen Leistungs- und Fachbereichen beisteuern. Deshalb werden die eidgenössisch-technischen Hochschulen und die kantonalen Universitäten getrennt analysiert.

Die Gründung der beiden eidgenössisch-technischen Hochschulen (ETH), deren Ursprünge auf das 19. Jahrhundert zurückreichen, ging aus dem Bestreben des Bundes hervor, das Wissen zu vermitteln und die Ingenieure auszubilden, die für die Industrialisierung und die Entwicklung der Schweiz notwendig waren. Die ETH fallen in den Zuständigkeitsbereich des Bundes, der die Ziele für Lehre, Forschung und Dienstleistungen festlegt, was ebenfalls historisch begründet ist. Deshalb wird im Bereich der staatlichen Träger die Kosten dieser beiden eidgenössisch-technischen Hochschulen allein durch den Bund gedeckt, dessen Finanzierungsbeiträge sich, insbesondere durch das ETH-Globalbudget, auf über 90% beläuft.

Die Ausgaben der kantonalen Universitäten hingegen werden in erster Linie von den Kantonen übernommen, der Bundesbeitrag ist geringer. Bei ihrer Gründung wurden die kantonalen Universitäten nur von ihrem Trägerkanton finanziert und geleitet. Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Förderung der Universitäten und über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (UFG) tragen Bund und Kantone jedoch gemeinsam zur Finanzierung der kantonalen Universitäten bei. Im Jahr 2010 betrug der Finanzierungsanteil der Kantone 55%, dies hauptsächlich dank der Deckungsbeiträge der Trägerkantone und der interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV); der Anteil des Bundes belief sich, im Wesentlichen aufgrund der Grundbeiträge UFG, auf 26%.

Nebst der üblichen Finanzierung erhalten universitäre Hochschulen auch Drittmittel für Forschungsprogramme oder -projekte. Diese Beiträge können vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF), der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), der europäischen Union oder anderen Drittmittelgebern stammen. Demzufolge spielen bei der Finanzierungsstruktur der UH auch ihr jeweiliges Spezialisierungsprofil und die Gewichtung ihrer Leistungsbereiche eine Rolle. Da bei den technischen Disziplinen sowie den exakten und Naturwissenschaften die Forschung und Entwicklung einen grossen Teil ihrer Kosten ausmachen, erhalten sie im Allgemeinen mehr Drittmittel als beispielsweise die Geistes- und Sozialwissenschaften oder Rechtswissenschaften.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Finanzierung des Aufwands der kantonalen universitären Hochschulen und der ETH nach Geldgeber. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Mittel des Bundes an die kantonalen Hochschulen zu einem beträchtlichen Teil rein forschungsgebundene Mittel aus dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) sind.

T 4.2* Finanzierung des Aufwands der UH und ETH nach Geldgeber, 2005 und 2010 (in %)

		Bund	Kantone	Private
Universitäten	2005	25	57	18
	2010	26	55	19
ETH	2005	92	0	8
	2010	91	0	9
Total	2005	46	39	15
	2010	47	37	16

Quelle: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der universitären Hochschulen 2005 und 2010

* Details siehe Tabelle T 4.3 im Anhang.

Es zeigt sich, dass im Laufe der letzten Jahre die Finanzierungsstruktur relativ stabil geblieben ist, da sich die Anteile der verschiedenen gesamtschweizerisch Geldgeber kaum verändert haben, während es in den einzelnen Universitäten durchaus Verschiebungen gegeben hat.

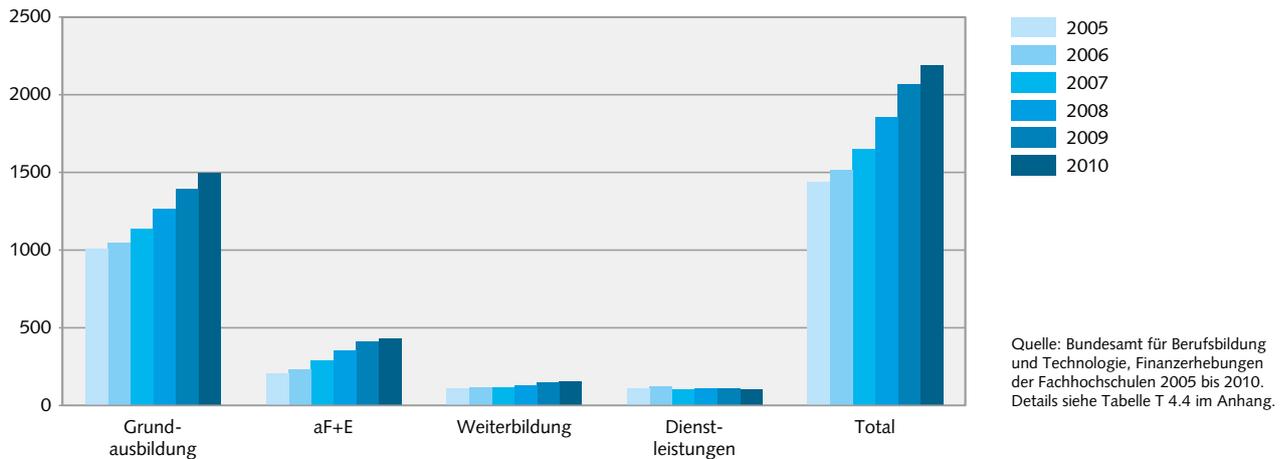
4.2 Fachhochschulen (ohne die drei integrierten PH)

Die Fachhochschulen (FH) wurden in den Neunzigerjahren auf der Basis der früheren höheren Fachschulen gegründet. Seither entwickeln sie sich stetig weiter und ziehen immer mehr Studierende an, insbesondere aufgrund des wachsenden Angebots an Studiengängen und der Einführung des Bachelor- und Master-Systems. Mit der Masterstufe wurde im Fachhochschulbereich eine neue Ausbildungsstufe eingeführt. Auch die Gesamtkosten für diesen Hochschultyp erhöhen sich regelmässig. Im Jahr 2010 beliefen sie sich auf fast 2,1 Milliarden Franken für rund 60'000 Studierende. Dies ist über 800 Millionen mehr als im Jahr 2005.

Die FH bieten Studiengänge an, die auf die Aneignung von Kompetenzen ausgerichtet sind, die mit einer bestimmten beruflichen Tätigkeit in Zusammenhang stehen. Die Grundausbildung hat einen klaren Bezug zur Praxis und befriedigt die Bedürfnisse der Studierenden sowie des Arbeitsmarktes. Dadurch ist sie bei den FH in sämtlichen Fachbereichen mit Abstand die wichtigste Leistung, was die Kosten anbelangt; durchschnittlich macht sie 68% der Gesamtkosten aus.

Die angewandte Forschung und Entwicklung, worunter unter anderem auch Kooperationen zwischen den Forschungszentren der FH und jenen der Privatwirtschaft subsummiert werden, stellt die zweitgrösste Leistung dar.

Vollkosten der FH nach Leistungsart, 2005 bis 2010 (in Millionen Franken) G 4.4



© Bundesamt für Statistik (BFS)

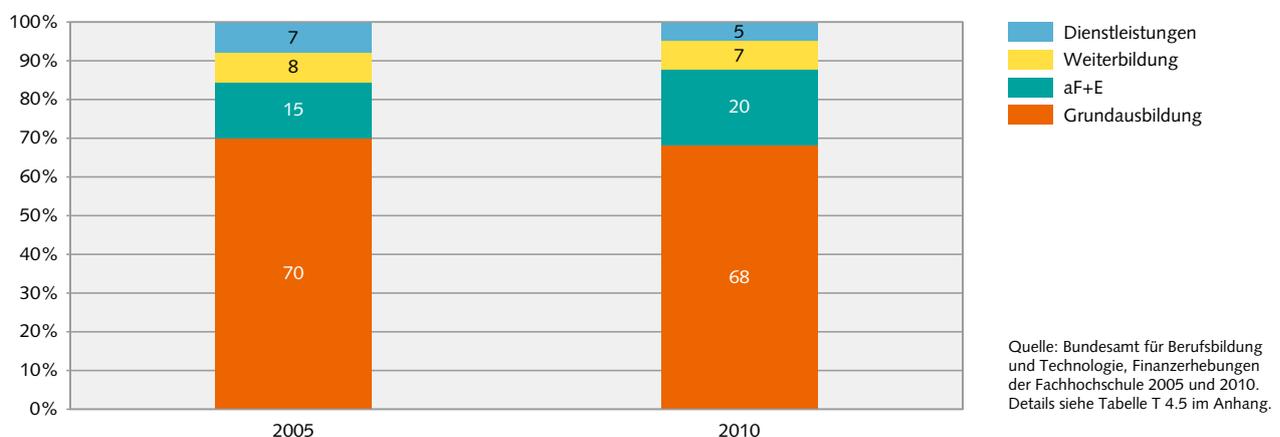
Die konstante Zunahme der Tätigkeiten der angewandten Forschung und Entwicklung in fast allen Bereichen bewirkte 2010 Kosten von ungefähr 430 Millionen Franken. Es ist die Leistung, die am stärksten gestiegen ist, ihre Bedeutung hat beträchtlich zugenommen. In den letzten fünf Jahren haben sich ihre effektiven Kosten mehr als verdoppelt und ihr relativer Anteil ist von 15% auf beinahe 20% der Gesamtkosten der FH angestiegen.

Auch in der Weiterbildung sind die Kosten in den letzten fünf Jahren gestiegen. Das Angebot der Weiterbildung, das sich je nach Bildungsinstitution unterscheidet, entwickelte sich weiter; die Kosten beliefen sich in 2010 auf rund 160 Millionen Franken und der relative Anteil an den Gesamtkosten auf mehr als 7%.

Die Dienstleistungen, die sich primär an ein Publikum ausserhalb der Fachhochschule richten, belaufen sich auf etwas weniger als 5 % des Gesamtbetrags und verursachen somit die geringsten aller Kosten.

Praktisch dieselbe Verteilung der Leistungen findet sich auf der Ebene der Fachbereiche. Mit Ausnahme der angewandten Psychologie, die einen Spezialfall darstellt, weisen alle an den FH angebotenen Fachbereiche in der Grundausbildung einen Anteil von 59% bis 87% der Gesamtkosten auf. Diese Anteile, insbesondere der für die Forschung investierte, variieren nach Fachbereich. Da die Möglichkeiten der angewandten Forschung und Entwicklung in den sogenannten «nicht technischen» Fachbereichen (wie beispielsweise in den künstlerischen Fachbereichen), noch gering sind, weisen diese Fachbereiche folglich Anteile für

Vollkosten der FH nach Leistungsart, 2005 und 2010 (in %) G 4.5



© Bundesamt für Statistik (BFS)

Forschungskosten auf, die unter dem Durchschnitt liegen. Somit verbuchen die Bereiche Musik, Theater und andere Künste (7%) oder Design (11%) geringe Forschungskosten. Demgegenüber verzeichnen die Bereiche Technik und IT (34%), Chemie und Life Sciences (26%) oder Architektur, Bauwesen und Planung (23%), die über eine hohe Forschungstradition verfügen und teurere Infrastrukturen benötigen, viel höhere Raten.

Das Finanzvolumen jedes Fachbereichs sowie der jeweilige Anteil an den Gesamtkosten des Systems sind folglich von der Art der Tätigkeit und vom Angebot sowie von der Anzahl Studierender abhängig.

Der Bereich Technik und IT, der an allen FH angeboten wird und für einen Teil seiner Tätigkeiten, insbesondere für die Forschung, kostspielige Bedürfnisse hat, generierte mit 18% der Anzahl Studierender und mit 27% der Gesamtkosten das grösste Aufwandsvolumen.

Der Bereich Wirtschaft und Dienstleistungen, der mit über einem Drittel der Studierenden am besten besucht und ebenfalls an allen FH vertreten ist, stellte mit 19% der Kosten das zweitgrösste Finanzvolumen dar.

Am Ende der Skala stehen die Fachbereiche, die nur an einzelnen FH angeboten werden und dementsprechend durch tiefere Studierendenzahlen kleinere Finanzvolumen generieren. Dazu zählt beispielsweise die Land- und Forstwirtschaft, die nur an zwei FH angeboten wird,

weniger als 1% der Studierenden umfasst und lediglich etwas mehr als 1% der Kosten des Systems verursacht.

Seit der Schaffung des FH-Systems ab Mitte der 1990er Jahre haben sich die Regelungskompetenzen und die finanziellen Beteiligungen der verschiedenen Akteure verändert. Während die Verantwortung für die Fachbereiche

T 4.3* Verteilung der Vollkosten und der Anzahl Studierender der FH nach Fachbereich, 2010 (in %)

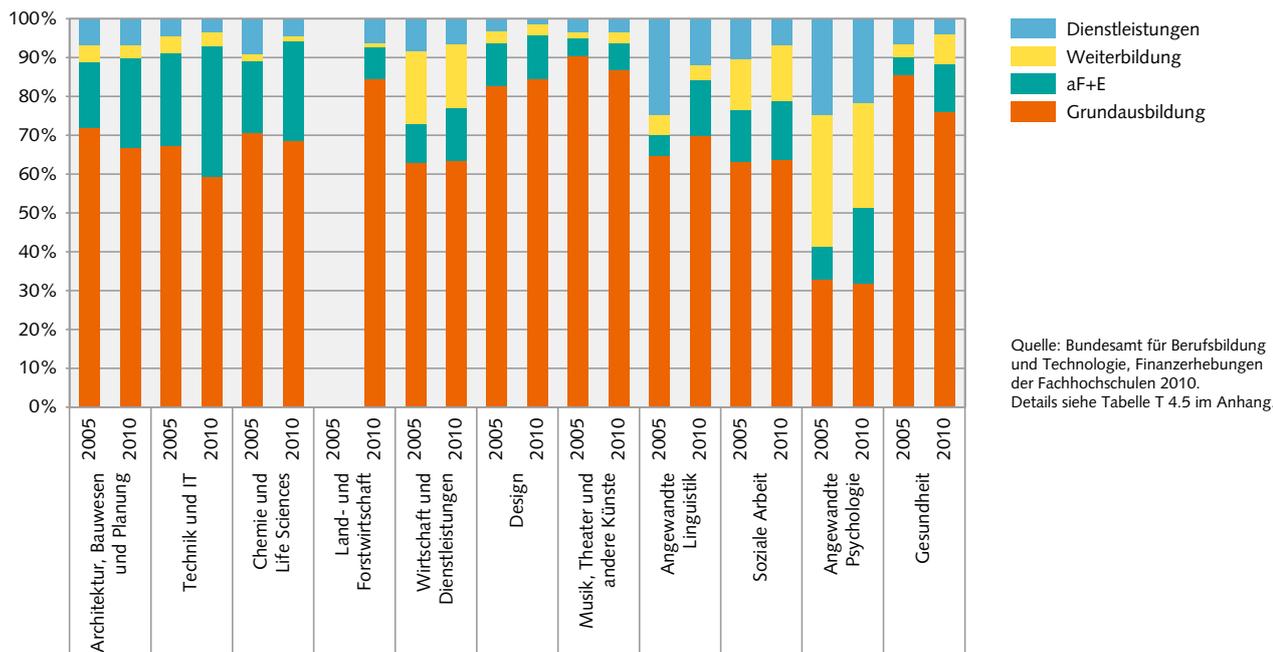
	% der Kosten	% der Studierende
Technik und IT	27	18
Wirtsch. und Dienstleistungen	19	34
Musik, Theater und andere Künste	13	10
Architektur, Bauwesen und Planung	8	6
Soziale Arbeit	8	12
Gesundheit	8	9
Chemie und Life Sciences	7	4
Design	6	5
Land- und Forstwirtschaft	1	1
Angewandte Psychologie	1	2
Angewandte Linguistik	1	1
Lehrkräfteausbildung (HES-SO) ¹	1	1

¹ Lehrkräfteausbildungsbereich, siehe Kapitel 6

Quelle: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2010; Bundesamt für Statistik, Studierende an den Fachhochschulen 2010

* Details siehe Tabelle T 4.6.

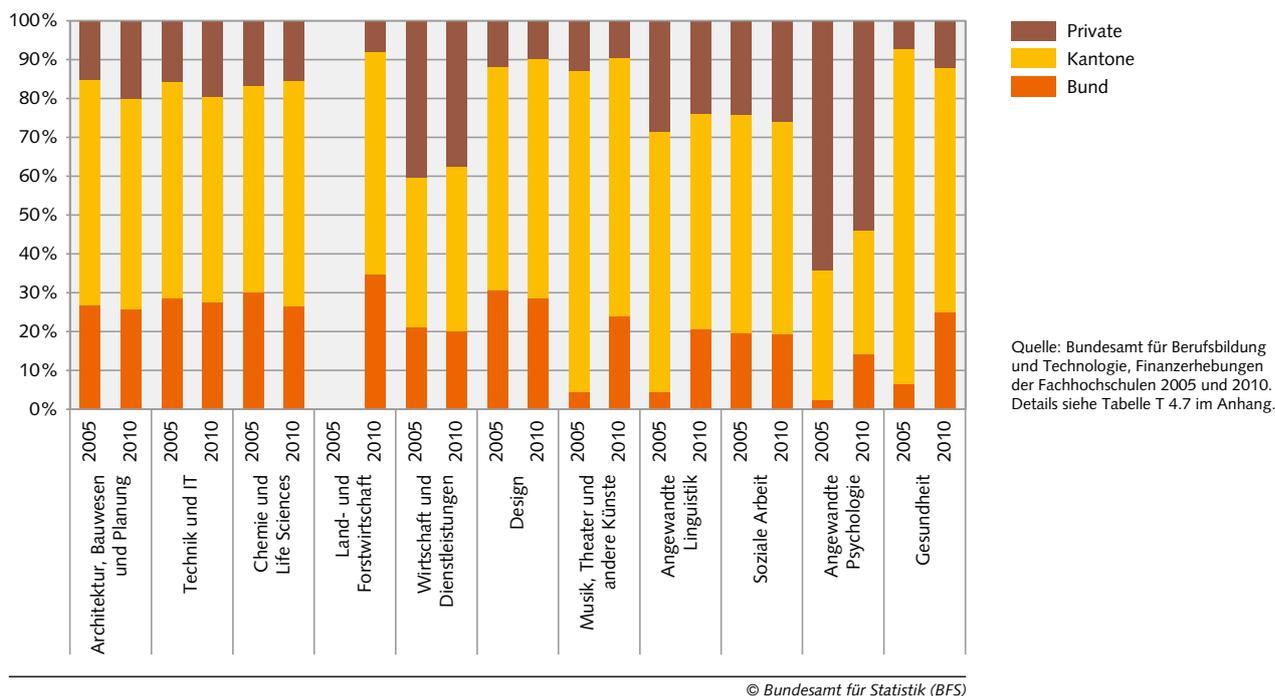
Vollkosten der FH nach Leistungsart und Fachbereich, 2005 und 2010 (in %) G 4.6



Quelle: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2010. Details siehe Tabelle T 4.5 im Anhang.

Erlöse der FH nach Fachbereich und Geldgeber, 2005 und 2010 (in %)

G 4.7



einst zwischen dem Bund und den Kantonen aufgeteilt war, werden mit der Totalrevision und Inkraftsetzung der Bundesverfassung in 2000 und infolge der Teilrevision des Fachhochschulgesetzes (FHS) in 2005 alle FH-Fachbereiche von Bund und Kantonen gemeinsam geregelt.

Aus diesem Grund hat sich auch die finanzielle Beteiligung verändert; bei den Geldgebern hat eine Verlagerung stattgefunden: Die finanzielle Beteiligung der Kantone hat in Bereichen zugenommen, die bis dahin ausschliesslich mit Bundesgeldern finanziert wurden, während bei den anderen Bereichen, die ursprünglich von den Kantonen geregelt und finanziert wurden, der Anteil der Bundesbeiträge gestiegen ist.

Wie aus oben stehender Grafik ersichtlich, sind die Kantone die wichtigsten Geldgeber der Fachhochschulen. Sie beteiligen sich durch zwei verschiedene Beitragsformen. Einerseits durch jährliche Pauschalbeiträge gemäss der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV), die für jede Studentin bzw. jeden Studenten vom Wohnsitzkanton für die Ausbildung entrichtet werden. Andererseits durch das Prinzip der Aufwanddeckung, das bei der Finanzierung aller FH-Ausbildungen zum Tragen kommt und gemäss dem der jährliche Restbetrag durch die kantonalen Ertragsquellen gedeckt wird, d.h. im Rahmen der Bildungsbudgets. Im Jahr 2010 stellten diese finanziellen Beiträge der Kantone 54% der Gesamterlöse dar.

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der FH in Form von Beiträgen an die Lehre und die angewandte Forschung und Entwicklung und so sind die jeweiligen Pauschalbeiträge des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) deren Haupteinnahmequelle. Die anderen Bundesbeiträge wie beispielsweise jene der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) oder jene des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) sind für Forschungsprogramme und -mandate vorgesehen. Der Bund ist zu einem Anteil von 24% an der Finanzierung der FH beteiligt.

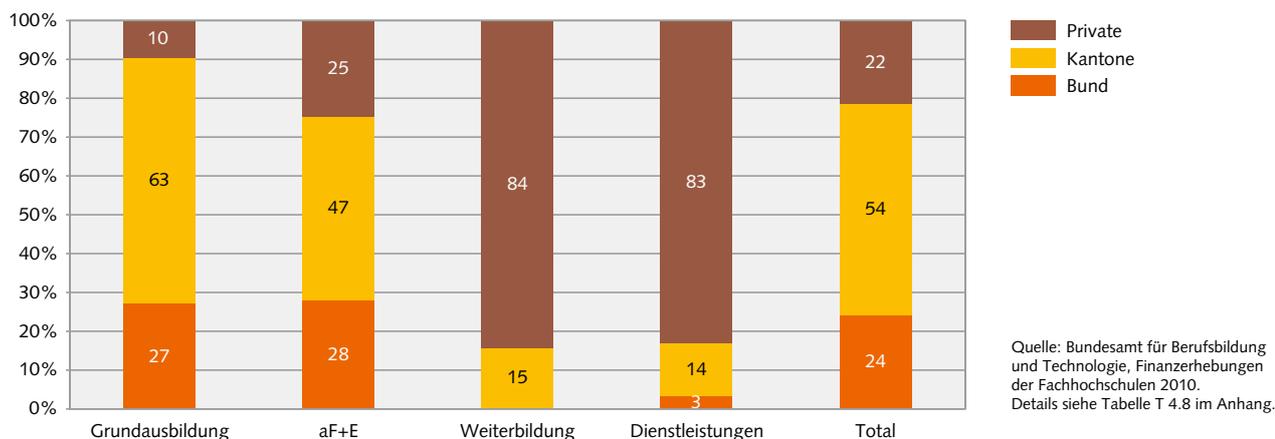
Der Anteil der privaten Mittel an der Finanzierung der FH ist nahezu gleich hoch wie derjenige des Bundes (22%); rund die Hälfte der privaten Beiträge stammt aus Studien- und Prüfungsgebühren.

Anhand der von den jeweiligen Geldgebern zur Verfügung gestellten Mittel lässt sich die Struktur der Finanzierung der verschiedenen Leistungen erfassen.

Die beiden Hauptleistungsbereiche Grundausbildung sowie Forschung und Entwicklung, die zusammen nahezu 88% der Kosten verursachen, werden zu 63% beziehungsweise 47% von den Kantonen gedeckt. Wie weiter oben erwähnt, finanzieren die Kantone somit den grössten Teil der FH-Tätigkeiten. Die Kosten der Bereiche Weiterbildung und Dienstleistungen werden hauptsächlich durch private Mittel gedeckt.

Erlöse der FH nach Leistungsart und Geldgeber, 2010 (in %)

G 4.8



Quelle: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2010. Details siehe Tabelle T 4.8 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

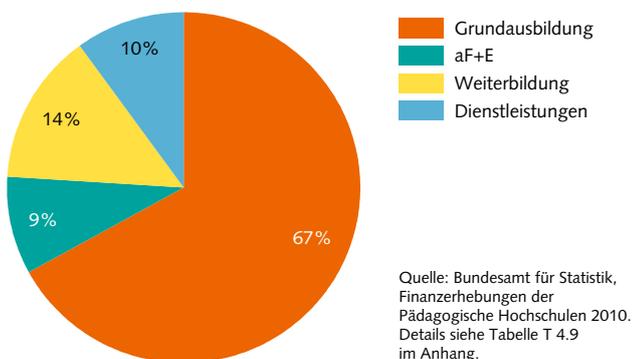
4.3 Pädagogische Hochschulen (einschliesslich der drei integrierten PH)

Die pädagogischen Hochschulen als Institutionen der Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern und von Fachkräften im Bildungsbereich im Allgemeinen verzeichneten im Jahr 2010 Kosten in Höhe von etwas mehr als 530 Millionen Franken (ohne Infrastrukturkosten).

Bei der Kostenaufteilung nach Leistung zeigt sich die Bedeutung der Grundausbildung, auf die ein Grossteil der Kosten der PH entfiel (67%). Diese Leistung umfasst alle Studiengänge der PH, insbesondere die mit den meisten Studierenden, wie die Lehrkräfteausbildung auf der Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I.

Betriebskosten der PH nach Leistungsart, 2010 (in %)

G 4.9



Quelle: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der Pädagogische Hochschulen 2010. Details siehe Tabelle T 4.9 im Anhang.

© Bundesamt für Statistik (BFS)

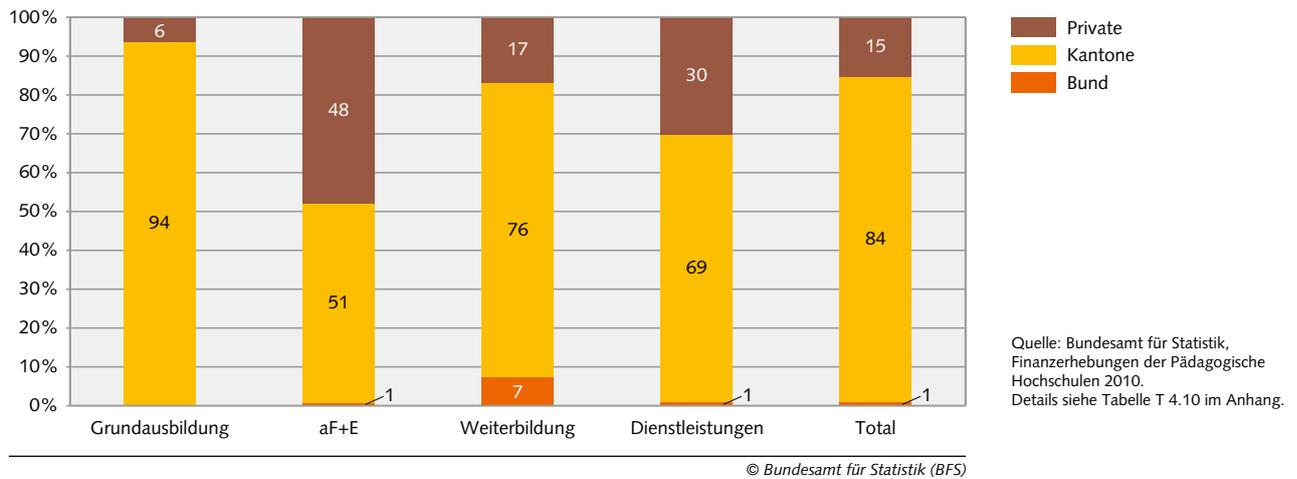
Weiterbildungsstudiengänge für Lehrkräfte, die zu Abschlüssen (MAS, DAS, CAS) führen, sowie die kurssortische Weiterbildung (Zusatzausbildungen, die es den Lehrpersonen ermöglichen, Führungsaufgaben in der Schule zu übernehmen oder einen Beitrag zur Schulentwicklung zu leisten), bilden zusammen die Leistungsgruppe mit dem zweitgrössten Kostenaufwand. Sie generierte 14% der Kosten.

Die angewandte Forschung und Entwicklung, die sich hauptsächlich mit der Erarbeitung von berufsfeldbezogenen Analysen befasst, sowie die Dienstleistungen verursachten mit je rund 10% einen ähnlich hohen Anteil an den Gesamtkosten. Sie beliefen sich im Jahr 2010 auf rund 50 Millionen Franken.

Für die pädagogischen Hochschulen sind die Kantone (oder Konkordate²¹) zuständig. Sie stellen die Finanzierung über pauschale Ausbildungsbeiträge oder Beiträge aus der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung und anderen Konkordaten sicher. Wie für die Fachhochschulen sind die Kantone auch für die pädagogischen Hochschulen die wichtigsten Geldgeber; sie decken 84% ihres Finanzierungsbedarfs.

Für alle Leistungen der PH gilt: Die Lehre für die Grundausbildung, die angewandte Forschung und Entwicklung sowie die Dienstleistungen werden grösstenteils durch kantonale Beiträge finanziert, und zwar im Jahr 2010 zu 94%, 76% bzw. 69%.

²¹ Weitere Informationen zu den Konkordaten finden Sie in Kapitel 6.

Betriebserlöse der PH nach Leistungsart und Geldgeber, 2010 (in %)**G 4.10**

Bei der Weiterbildung sind private und kantonale Finanzierungsquellen etwa gleich stark vertreten; auf sie entfällt jeweils rund die Hälfte der Kosten.

Diese Privatgelder, die sich vor allem aus Gebühren und Beteiligungen in Zusammenhang mit den Leistungen der PH, den von den Studierenden entrichteten Studienbeiträgen und Einnahmen aus Verträgen mit externen Einrichtungen zusammensetzen, sind mit 15% der Gesamterlöse die zweitwichtigste Quelle. Sie decken 6% der Kosten für die Grundausbildung, 17% für die Forschung und 30% für die Dienstleistungen.

Der Bund finanziert rund 7% der angewandten Forschung und trägt nur wenig zur Kostenübernahme der anderen Leistungsarten bei. Insgesamt beträgt der Finanzierungsanteil des Bundes weniger als 1% der Gesamterlöse der pädagogischen Hochschulen.

5 Internationaler Vergleich

In diesem Kapitel werden die Bildungsausgaben der Schweiz mit einigen ausgewählten Ländern verglichen. Die Länder, die bei einem internationalen Vergleich mit dem schweizerischen Bildungssystem heran gezogen werden, sind die Mitgliedsstaaten der OECD – der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zu diesem Zweck werden die folgenden Indikatoren im internationalen Kontext diskutiert:

- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben
- Bildungsausgaben pro Schüler und Schülerin respektive Student und Studentin für alle Bildungsstufen
- Bildungsausgaben pro Student und Studentin der Tertiärstufe ohne Forschungsausgaben

Die Daten für diese internationalen Vergleiche stammen aus der OECD-Publikation «Bildung auf einen Blick 2012». Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden in den Grafiken und im nachfolgenden Text nur folgende Staaten behandelt: Die Schweiz, ihre Nachbarländer (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich), zwei weitere vergleichbare Länder in Europa (Norwegen und Schweden) sowie Länder mit international anerkannten Spitzenuniversitäten (USA, Kanada, Japan und Korea).

5.1 Öffentliche Bildungsausgaben

Ausgaben für Bildungseinrichtungen stellen eine Investition dar, die dazu beitragen kann, das Wirtschaftswachstum zu stärken, die Produktivität zu steigern, die persönliche und gesellschaftliche Entwicklung zu fördern sowie soziale Ungleichheiten zu verringern. Die öffentlichen Bildungsausgaben setzen sich aus den laufenden Ausgaben und den Investitionsausgaben der öffentlichen Hand auf allen Bildungsstufen zusammen. Aufgrund der unterschiedlichen Grössen und Wirtschaftsleistungen der verschiedenen Länder macht ein internationaler Vergleich der absoluten Bildungsausgaben wenig Sinn. Bedeutend mehr Informationen liefert hingegen ein Vergleich der Bildungsausgaben als Prozentsatz des Bruttoinlandprodukts respektive der öffentlichen Gesamtausgaben. Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt erlauben Rückschlüsse darüber, in welchem Ausmass ein Land der Bildung Priorität einräumt.

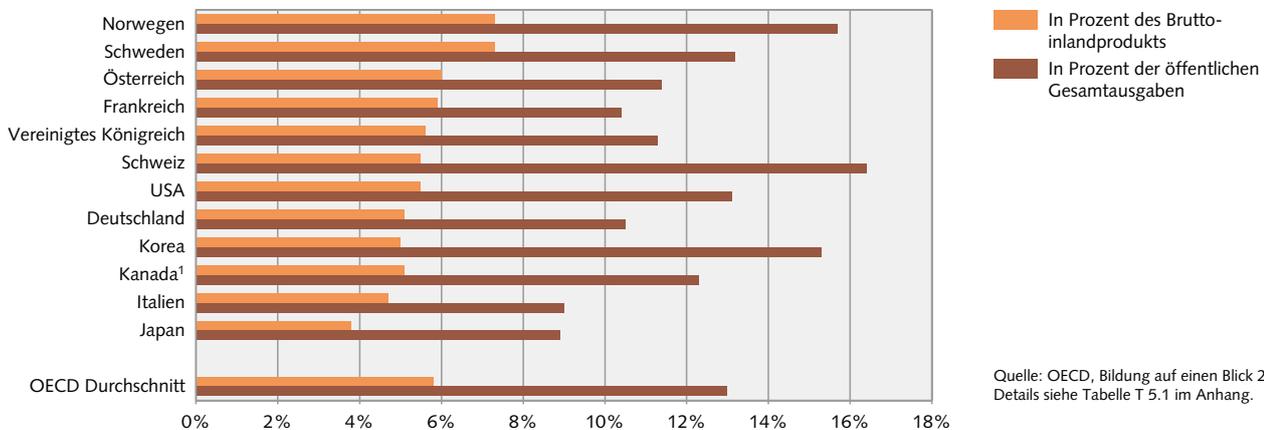
Die Schweiz gab 2009 5,5% des Bruttoinlandprodukts für öffentliche Bildungsausgaben aus. Gemäss Graphik G 5.1 sind das 0,3 Prozentpunkte weniger als der Durchschnitt aller OECD-Länder. Von allen OECD-Staaten investieren Norwegen und Schweden mit 7,3% des Bruttoinlandprodukts am meisten und Japan mit 3,8% am wenigsten in die Bildung. Von besonderem Interesse ist der Vergleich der Schweiz mit den Nachbarländern Österreich und Deutschland, welche über ein ähnlich dezentrales Bildungssystem verfügen. Österreich investiert mit 6% 0,5 Prozentpunkte mehr als die Schweiz. Deutschland hingegen investiert nur 5,1% des Bruttoinlandprodukts in die Bildung, das sind 0,4 Prozentpunkte weniger als die Schweiz.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn der Anteil Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben betrachtet wird. Die öffentlichen Ausgaben für Bildung als Prozentsatz der öffentlichen Gesamtausgaben sind ein Indiz für den Stellenwert, der Bildung im Vergleich zu anderen öffentlichen Aufgabenbereichen wie dem Gesundheitswesen, der sozialen Sicherung, der Verteidigung und der inneren Sicherheit eingeräumt wird. Die Schweiz und Norwegen investieren mit 16,4% respektive 15,7% den grössten Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben in die Bildung. Den kleinsten Anteil der gesamten öffentlichen Ausgaben geben Japan und Italien mit 8,9% und 9,0% für die Bildung aus. Der Durchschnitt aller OECD-Länder beträgt 13%. Österreich und Deutschland investieren einen deutlich kleineren Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben in die Bildung. Bei Österreich liegt der Wert mit 11,4% um 5 Prozentpunkte tiefer als in der Schweiz. Der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten öffentlichen Ausgaben ist in Deutschland mit 10,5% sogar 6 Prozentpunkte geringer als in der Schweiz.

Insgesamt weichen die Ergebnisse der OECD-Länder stark voneinander ab. Eine eindeutige Interpretation dieser Resultate ist schwierig. Die unterschiedlichen Bildungsstrukturen der einzelnen Länder spielen sicher eine Rolle. Zudem hat auch die Demographie (unterschiedlicher Anteil der schulpflichtigen Kinder und der Studierenden an der Gesamtbevölkerung) einen Einfluss auf die Bildungsausgaben. Weiter können unterschiedliche Finanzierungsarten, insbesondere der Anteil der privaten Beteiligung an den Bildungskosten, eine Rolle spielen. Beim Anteil der Bildungskosten an den gesamten öffentlichen Ausgaben spielt zudem die relative Grösse der öffentlichen Haushalte (gemessen als Verhältnis der öffentlichen Ausgaben zum Bruttoinlandprodukt) eine bedeutende Rolle.

Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts und der öffentlichen Gesamtausgaben im internationalen Vergleich 2009 (alle Bildungsstufen zusammen)

G 5.1



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012
Details siehe Tabelle T 5.1 im Anhang.

¹ Referenzjahr 2008

5.2 Bildungsausgaben pro Schüler und Schülerin respektive pro Student und Studentin

Bildung ist eine Investition für die Gesellschaft und den Einzelnen. Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Schüler/-in resp. Student/-in sind ein Indikator für die Bedeutung der Aufwendungen eines Landes zu Gunsten der Bildung und der Entwicklung von Humankapital. Der Indikator liefert aber keine Antwort auf pädagogische Fragen, wie z.B. die ideale Anzahl Schüler und Schülerinnen pro Klasse. Es bedarf künftig noch grosser Anstrengungen, um Querverbindungen zwischen Finanzindikatoren einerseits und qualitativen Aspekten des Bildungsangebots oder den erworbenen Kenntnissen andererseits zu schaffen.

Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Schüler/-in resp. Student/-in umfassen sämtliche öffentliche Ausgaben an öffentlichen Bildungsinstitutionen, d.h. sowohl die laufenden Ausgaben als auch die Investitionsausgaben (also ohne finanzielle Hilfen an Schüler und Schülerinnen respektive Studierende). Sie werden mit der Anzahl der auf der entsprechenden Bildungsstufe unterrichteten Schüler/-innen respektive Studierenden dividiert. Die Ausgaben von Bildungseinrichtungen pro Schüler und Schülerin resp. pro Student und Studentin werden in hohem Mass von den Gehältern der Lehrkräfte beeinflusst, den Ruhestandsregelungen, den Unterrichtsstunden der Schüler sowie den von den Lehrkräften zu unterrichtenden Stunden, den Kosten von Lehrmaterialien und -einrichtungen, der Ausrichtung der angebotenen Bildungs- bzw. Studiengänge (z. B. allgemeinbildend oder berufsbildend) und der Zahl der Schüler/Schülerinnen resp. Studierenden in einem Bildungssystem.

In der Schweiz ist die Berechnung der Ausgaben pro Schüler/Schülerin resp. Student/Studentin auf die Ausgaben öffentlicher Bildungsinstitutionen beschränkt. Ausnahme bildet die berufliche Grundbildung. Bei dieser Bildungsstufe wird eine Schätzung²² für die Kosten der Betriebe für die Ausbildung von Lehrlingen in die Berechnung einbezogen. Aufgrund der dualen Ausbildung besuchen Lehrlinge gleichzeitig auch öffentliche Bildungsinstitutionen und sind dementsprechend auch Teil der in die Berechnung einflussenden Anzahl Lernenden.

Die öffentlichen Bildungsausgaben in nationalen Währungen werden kaufkraftbereinigt in US-Dollar umgerechnet, indem der betreffende Betrag in Landeswährung durch den Kaufkraftparitätsindex (KKP) für das Bruttoinlandprodukt (BIP) geteilt wird. Sie entsprechen damit dem Betrag in Landeswährung, der erforderlich wäre, um dieselben Waren und Dienstleistungen eines Warenkorbs in diesem Land zu erhalten wie mit dem angegebenen Betrag in US-Dollar in den Vereinigten Staaten.

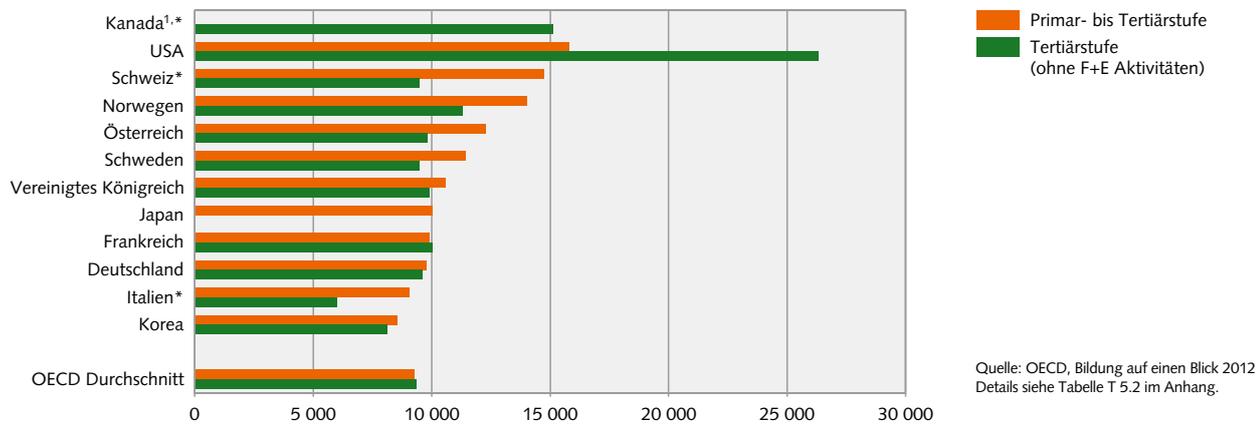
Im internationalen Vergleich über alle Schulstufen von der Primarstufe bis zur Tertiärstufe betrachtet, befindet sich die Schweiz in der Gruppe von Ländern mit den höchsten Bildungsausgaben pro Schüler und Schülerin resp. pro Student und Studentin (siehe Graphik 5.2). Am meisten geben die Vereinigten Staaten mit 15'800 US-Dollar pro Schüler/-in resp. Student/-in aus. Die Schweiz folgt mit 14'700 US-Dollar auf Platz zwei. Der OECD-Durchschnitt beträgt hingegen 9250 US-Dollar. Das heisst, die Schweiz gibt pro Schüler/-in resp. Student/-in über alle Bildungsstufen betrachtet kaufkraftbereinigt rund 1,6-mal mehr aus als der OECD Durchschnitt.

Ein bedeutender Anteil der Unterschiede zwischen den Ländern dürfte auf strukturelle Unterschiede auf der Tertiärstufe zurückzuführen sein. Sowohl die Ausbildungsprogramme als auch deren Dauer variieren zum Teil beträchtlich zwischen den einzelnen Ländern. Aus diesem Grund werden die Bildungsausgaben pro Student und Studentin im Tertiärbereich gesondert analysiert. An den Hochschulen (kantonale Universitäten, eidgenössische technische Hochschulen, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen) gehört neben der Lehre auch die Forschung und Entwicklung zum Aufgabenbereich. Damit effektiv nur die Bildungskosten miteinander verglichen werden, erfolgt der Vergleich der Kosten ohne Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Bei den jährlichen Kosten der Tertiärstufe pro Student und Studentin liegt die Schweiz mit 9450 US-Dollar nur knapp über dem Durchschnitt aller OECD-Staaten, der bei 9350 US-Dollar liegt. Interessant ist dabei auch, dass in der Schweiz die Kosten pro Student/Studentin im Tertiärbereich ca. ein Drittel tiefer liegen als die Kosten über alle Bildungsbereiche betrachtet. Völlig anders präsentiert sich die Situation der USA: Während die Kosten über alle Bildungsbereiche betrachtet ungefähr 7% höher sind als in der Schweiz, sind die jährlichen Kosten pro Student/Studentin im Tertiärbereich mit 26'300 US-Dollar rund 2,8-mal höher als in der Schweiz.

²² Mühlemann, S. et al (2007). Lehrlingsausbildung – ökonomisch betrachtet. Ergebnisse der zweiten Kosten-Nutzen-Studie.

Jährliche Bildungsausgaben pro Schüler/-in resp. Student/-in im internationalen Vergleich 2009 in US-Dollar kaufkraftbereinigt

G 5.2



Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012
Details siehe Tabelle T 5.2 im Anhang.

¹ Referenzjahr 2008

* Nur öffentliche Bildungsinstitutionen

© Bundesamt für Statistik (BFS)

Der Vergleich der jährlichen Ausgaben pro Student und Studentin innerhalb der OECD-Staaten wird durch unterschiedliche Definitionen der einzelnen Länder für Vollzeit-, Teilzeit- und vollzeitäquivalente Bildungsteilnahme erschwert. In einigen OECD-Ländern gelten alle Studierende im Tertiärbereich als Vollzeitstudierende, während in anderen Ländern die Beteiligung aufgrund der innerhalb einer vorgegebenen Referenzzeit für die erfolgreiche Absolvierung bestimmter Module erworbenen ECTS-Credits (Leistungspunkte) beurteilt wird. Bei OECD-Ländern, die genaue Angaben über Teilzeitstudierende machen können, werden sich höhere Ausgaben der Bildungseinrichtungen pro vollzeitäquivalenten Studierenden/Studierende ergeben als bei denjenigen OECD-Ländern, die nicht zwischen den verschiedenen Teilnahmemöglichkeiten differenzieren können.

6 Definitionen und Quellen

Detaillierte Definitionen und/oder Angaben zu den Methoden und Quellen sind über das Statistikportal Schweiz abrufbar: www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15

6.1 Definitionen und Methoden

Fachhochschulen (FH) und pädagogische Hochschulen (PH)

FH

Im Rahmen des Schweizerischen Hochschulinformationssystems (SHIS) sind die untenstehenden Fachhochschulen, die pädagogischen Hochschulen inbegriffen, berücksichtigt.

BFH	Berner Fachhochschule
HES-SO	Haute école spécialisée de la Suisse occidentale
FHNW	Fachhochschule Nordwestschweiz
FHZ	Fachhochschule Zentralschweiz
SUPSI	Scuola Universitaria Professionale della Svizzera Italiana
FHO	Fachhochschule Ostschweiz
ZFH	Zürcher Fachhochschule
KAL FH	Kalaidos Fachhochschule
LRG HES	Les Roches-Gruyère

PH und pädagogische Institutionen

HfH	Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik Zürich
HEP-BEJUNE	Haute école pédagogique BEJUNE
HEP Vaud	Haute école pédagogique du canton de Vaud
HEP VS	Haute école pédagogique du Valais
HEP FR	Haute école pédagogique Fribourg
PHBern	Pädagogische Hochschule Bern
PHZ	Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ – Luzern + PHZ – Schwyz + PHZ – Zug)

PHTG	Pädagogische Hochschule Thurgau
PHSH	Pädagogische Hochschule Schaffhausen
PHGR	Pädagogische Hochschule Graubünden
PHSG	Pädagogische Hochschule des Kantons St.Gallen
PH FHNW	Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
PH Zürich	Pädagogische Hochschule Zürich
SUPSI-DFA	Dipartimento formazione e apprendimento – Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana
EHB	Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung

FH/PH – Fachbereiche

- Architektur, Bau- und Planungswesen
- Technik und Informationstechnologie
- Chemie und Life Sciences
- Land- und Forstwirtschaft
- Wirtschaft und Dienstleistungen
- Design
- Musik, Theater und andere Künste
- Angewandte Linguistik
- Soziale Arbeit
- Angewandte Psychologie
- Gesundheit
- Lehrkräfteausbildung

Anmerkung: Die Studiengänge des Lehrkräfteausbildungsbereiches werden hauptsächlich in den pädagogischen Hochschulen (PH) angeboten, die anderen Bereiche in den Fachhochschulen (FH); eine Ausnahme ist das Angebot eines Studiengangs für Psychomotoriktherapie an der Hochschule für Soziale Arbeit Genf (HETS-GE), die zu der HES-SO gehört. Die Kostenrechnung dieses Studiengangs ist in derjenigen der HES-SO zusammengefasst; deshalb findet man sie in dem den FH gewidmeten Teil.

Das komplette FH Studienangebot findet sich unter dieser Adresse: www.bbt.admin.ch/fachhochschulen/master/index.html?lang=de

Das komplette PH Studienangebot findet sich unter dieser Adresse: www.cohep.ch/de/paedagogische-hochschulen/studiengaenge/

FH/PH – Finanzquellen

Die Finanzquellen der FH/PH lassen sich nach Geldgebern wie folgt klassifizieren:

Bund

- Studierendenpauschale BBT: Beiträge des Bundes pro Studierenden für die Lehre nach Art. 19 Absatz 2a des Fachhochschulgesetzes (FHSG) vom 6. Okt. 1995.
- KTI: Einschliesslich EUREKA- und IMS-Programme, ohne KTI-Start-Up-Initiative.
- Erlöse Schweizerischer Nationalfonds (SNF)
- Beiträge BBT: Finanzhilfen an die Betriebskosten von Studiengängen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Kunst. Grundbeiträge für aF+E, Beiträge an die Dozentenweiterbildung. Projektbeiträge wie z.B. Virtueller Campus, Chancengleichheit etc.
- Erlöse EU- und andere internationale Forschungsprogramme: EU-Rahmenprogramm und andere europäische und internationale Forschungsfonds
- Übrige Erlöse: Prüfungsgebühren, verschiedene Verkäufe, Benutzungsgebühren, Vermögenserträge.

Kanton

- Schulgelder FHV (innerhalb Trägerregion): Beiträge im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV), welche von Kantonen geleistet werden, die sich innerhalb der Region des Hochschulträgers befinden.
- Schulgelder FHV (ausserhalb Trägerregion): Beiträge im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV), welche von Kantonen geleistet werden, die sich ausserhalb der Region des Hochschulträgers befinden.

- Pauschale und/oder Restfinanzierung Träger: Teil des kantonalen Budgets für die FH, interne Verrechnungen (d.h. Leistungen anderer kantonomer Stellen zugunsten der FH), ausserordentliche Beiträge, regelmässige Beiträge von Gemeinden der Trägerkantone.

Private

- Studiengelder: Von der FH eingenommene Studiengebühren für Bachelor-, Master- und Diplomstudiengänge, Studiengänge und Weiterbildungsangebote.
- Erlöse Dritter: Forschungserlöse des privaten Sektors, inklusive Gelder aus Stiftungen und halbprivaten Unternehmen; Erlöse aus Dienstleistungen, sowie Erlöse aus Sponsoring und Schenkungen.
- Übrige Erlöse Bund: Finanzierung spezieller Studiengänge von besonderer Bedeutung durch Bundesstellen, Forschungsmandate des Bundes, Erlöse aus Dienstleistungen für den Bund.

Harmonisiertes Rechnungsmodell des Bundes – HRM

Mit dem Ziel einer möglichst harmonisierten Rechnungslegung in allen Kantonen und Gemeinden hat die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (FDK) im Januar 2008 das Handbuch «Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2» verabschiedet. Das Handbuch ersetzt die Fachempfehlungen der FDK aus dem Jahr 1981 und enthält 20 Fachempfehlungen bzw. Rechnungslegungsstandards zur öffentlichen Rechnungslegung. Dabei wurde das Rechnungsmodell in Anlehnung an die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) weiterentwickelt. Die FDK empfiehlt den Kantonen und Gemeinden, die vorliegende Fachempfehlung innerhalb der kommenden 10 Jahre umzusetzen. Die FDK hatte bereits 1970 Vorarbeiten zur Harmonisierung des finanziellen Rechnungswesens der Kantone und Gemeinden an die Hand genommen. 1977 erschien die erste Ausgabe des «Handbuchs des Rechnungswesens der öffentlichen Haushalte». Das Modell dieses Handbuchs, das sogenannte «Neue Rechnungsmodell» (heute «Harmonisiertes Rechnungsmodell HRM») wurde ab 1977 nach und nach in allen schweizerischen Kantonen und Gemeinden eingeführt, obwohl die Einführung freiwillig war. 1981 wurde eine zweite erweiterte Auflage des Handbuchs publiziert.

Harmos

Die «Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule» (HarmoS-Konkordat) ist ein neues schweizerisches Schulkonkordat. Das Konkordat harmonisiert erstmals auf nationaler Ebene die Dauer und die wichtigsten Ziele der Bildungsstufen sowie deren Übergänge. Gleichzeitig werden die bisherigen nationalen Lösungen im Schulkonkordat von 1970 bezüglich Schuleintrittsalter und Schulpflicht aktualisiert. Über den Beitritt zum Konkordat entscheidet jeder Kanton einzeln.

Höhere Berufsbildung

Die Ausbildung auf der Tertiärstufe setzt eine abgeschlossene, mehrjährige Berufsbildung auf der Sekundarstufe II voraus. Die Ausbildungsgänge sind berufsorientiert, umfassen mehrere Fächer und dauern mindestens ein Jahr. Inhaberinnen und Inhaber eines Diploms anerkannter Höherer Fachschulen (HFS) sollen befähigt werden, Fach- und Führungsverantwortung auf mittlerer Kaderstufe zu übernehmen. Die Ausbildungen weisen einen starken Praxisbezug auf.

ISCED (International Standard Classification of Education)

ISCED wurde von der Unesco zur Klassifizierung und Charakterisierung von Schultypen entwickelt. Es existiert eine schweizerische Klassifikation, die kompatibel mit der ISCED 97 ist. Die ISCED 97 wird derzeit überarbeitet und von der ISCED 11 abgelöst werden.

Konkordate

Konkordate sind interkantonale Vereinbarungen. Sie sind eigenständige Einheiten, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen. Sie werden von verschiedenen Kantonen gleichzeitig finanziert. Für den Bildungsbereich gibt es seit 2008 die folgenden Konkordate:

- Mittelschulen: Maturitätsschule St. Gallen, Gymnase intercantonal de la Broye
- Höhere Berufsbildung: Polizeischule Hitzkirch, Bildungszentrum Wald Maienfeld
- Fachhochschulen: Westschweiz HES-SO, Ostschweiz FHO, Zentralschweiz FHZ, Nordwestschweiz FHNW, Haute école ARC
- Pädagogische Hochschulen: PHZ Zentralschweiz, PH BE-JU-NE

Schweizerisches Hochschulinformationssystem (SHIS)

Das Schweizerische Hochschulinformationssystem SHIS ist eine Institution, in der Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen, der Hochschulkantone und des Bundes zusammenarbeiten, um gesamtschweizerische Hochschulstatistiken zu erstellen. Die ausführende Stelle ist die Abteilung Bevölkerung und Bildung des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Universitäre Hochschule (UH)

Im Rahmen des Schweizerischen Hochschulinformationssystems (SHIS) sind die untenstehenden universitären Hochschulen berücksichtigt.

Die zehn kantonalen Universitäten:

BS	Universität Basel
BE	Universität Bern
FR	Universität Freiburg
GE	Universität Genf
LS	Universität Lausanne
LU	Universität Luzern
NE	Universität Neuchâtel
SG	Universität St. Gallen
UZH	Universität Zürich
USI	Università della Svizzera italiana (ab 1996/97)

Die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen:

EPFL	Ecole polytechnique fédérale de Lausanne
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Andere universitäre Institutionen (Andere UI):

FS-CH	Universitäre Fernstudien Schweiz, Brig
IUKB	Universitäres Institut Kurt Bösch, Sion
PHS	Pädagogische Hochschule St. Gallen

UH – Fachbereiche und Fachbereichsgruppen

- 1 Geistes- und Sozialwissenschaften
 - 1.1 Theologie
 - 1.2 Sprach- und Literaturwissenschaften
 - 1.3 Historische und Kulturwissenschaften
 - 1.4 Sozialwissenschaften
 - 1.5 Geistes- und Sozialwissenschaften fächerübergreif. und übrige

2 Wirtschaftswissenschaften

3 Recht

4 Exakte und Naturwissenschaften

- 4.1 Exakte Wissenschaften
- 4.2 Naturwissenschaften
- 4.3 Exakte und Naturwissenschaften fächerübergreif. und übrige

5 Medizin und Pharmazie

- 5.1 Humanmedizin
- 5.2 Zahnmedizin
- 5.3 Veterinärmedizin
- 5.4 Pharmazie
- 5.5 Medizin und Pharmazie fächerübergreif. und übrige

6 Technische Wissenschaften

- 6.1 Bauwesen und Geodäsie
- 6.2 Maschinen- und Elektroingenieurwesen
- 6.3 Agrar- und Forstwissenschaften
- 6.4 Technische Wissensch. fächerübergreif. und übrige

7 Interdisziplinäre und andere

Das komplette UH Studienangebot findet sich unter dieser Adresse: www.crus.ch/information-programme/studieren-in-der-schweiz/studienangebote.html?L=0

UH – Finanzquellen

Die Finanzquellen der universitären Hochschulen speisen sich aus der Hochschulrechnung mit den Beiträgen der Hochschule, der Standortkantone (eventuell auch Gemeinden), den anderen Kantonen und denen des Bundes. Ausserdem gibt es (sogenannte) Drittmittel.

Hochschule

- Studiengebühren: Von der Hochschule eingekommene Studiengebühren.
- Übrige eigene Mittel der Hochschule: Prüfungsgebühren, verschiedene Verkäufe, Benutzungsgebühren, Vermögenserträge.

Standortkanton (eventuell Standortgemeinde)

- Deckung/Globalbudget: Teil des kantonalen Budgets für die Universität, interne Verrechnungen (d.h. Leistungen anderer kantonalen Stellen zugunsten der Universität), ausserordentliche Beiträge, regelmässige Beiträge von Gemeinden des Standortkantons.

Andere Kantone

- Interkantonale universitäre Vereinbarung (IUV): Beiträge im Rahmen der IUV.
- Weitere Beiträge: Übrige regelmässige Beiträge anderer Kantone, regelmässige Beiträge oder Zahlungen bestimmter Gemeinden anderer Kantone.

Bund

- Grundbeiträge UFG: Grundbeiträge des Bundes nach Art. 14–17 des Universitätsförderungsgesetzes (UFG).
- ETH-Globalbudget
- In der laufenden Rechnung erfasste Investitionsbeiträge: nach Art. 18–19 des UFG. Die Beiträge an den Kanton oder Beiträge, welche nicht in der laufenden Rechnung erscheinen, sind ausgeschlossen.
- Projektgebundene Beiträge: nach Art. 20–21 des UFG. Z.B. Virtueller Campus Schweiz, Aufbau des Informatiknetzes SWITCH, Sondermassnahmen zur Förderung des akademischen Nachwuchses und der Mobilität.
- Übrige Bundesbeiträge: Alle regelmässigen Bundesbeiträge, die nicht unter die bereits erwähnten Kategorien fallen. Z.B. Heilpädagogik, Logopädie, etc.
- Stiftungen: Ordentliche Mittel, die der Hochschule regelmässig durch Stiftungen überwiesen werden.

Drittmittel

- Schweizerischer Nationalfonds (SNF)
- KTI: Einschliesslich EUREKA- und IMS-Programme, ohne KTI-Start-Up-Initiative.
- EU Forschungsprogramme: 5^e programme cadre, Forschungsprogramme des BBW mit Vermerk «EU».
- Andere internationale Forschungsprogramme: COST, CERN, ESO, ESRF.
- Forschungsmandate privater Sektor: Erträge aus Forschungsmandate aus dem privaten Sektor (natürliche und juristische Personen), inklusive Gelder aus Stiftungen und halbprivaten Unternehmen.
- Forschungsmandate Bund: Erträge aus Forschungsmandate des Bundes, exklusive Gelder aus Stiftungen und halbprivaten Unternehmen.
- Forschungsmandate übrige öffentliche Hand: Erträge aus Forschungsmandate von Kantonen und Gemeinden, exklusive Gelder aus Stiftungen und halbprivaten Unternehmen.
- Erträge aus Dienstleistungen: Gesamtsumme der aufgrund von Dienstleistungen (ohne Forschung!) zur Verfügung stehenden Gelder, sowie Erträge aus Sponsoring und Schenkungen.
- Erträge aus der Weiterbildung: Weiterbildung für Personen, welche nicht an einer Hochschule immatrikuliert sind (nach aussen gerichtetes Profitcenter). Ohne Doktoranden/Doktorandinnen. Teilnahmegebühren für Foren, Seminare und Kolloquien.

UH/FH/PH – Leistungsbereiche

Lehre Grundausbildung: alle Leistungen, welche primär dem Unterricht und der Ausbildung der Studierenden in Bachelor-, Master-, Linzient- und Diplomstudiengängen dienen.

Lehre vertiefte Ausbildung: Alle Tätigkeiten, welche primär den Unterricht und die Ausbildung der Studierenden in der vertieften Ausbildung (Doktorat, DEA, DESS) betreffen oder damit zusammenhängen.

Weiterbildung: alle Leistungen, welche primär den Unterricht und die Ausbildung der Studierenden in Weiterbildungsmaster (MAS, EMBA, MBA) und Zertifikatslehrgänge Certificate/Diploma of Advanced Studies, zum Gegenstand haben.

Forschung und Entwicklung (F+E): Forschung und experimentelle Entwicklung (F+E) umfasst alle schöpferischen Arbeiten, welche in einer systematischen Art und Weise unternommen werden, um das Wissen zu vertiefen oder neue Erkenntnisse zu erlangen. Dies umfasst auch die Kenntnisse über den Menschen, über die Kultur und die Gesellschaft sowie die Umsetzung des Wissens für neue Anwendungen. Die F+E umfasst sowohl Aktivitäten der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung und der experimentellen Entwicklung.

Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung (aF+E): alle Leistungen zur Gewinnung neuer Erkenntnisse, sofern sie auf spezifische, praktische Ziele gerichtet sind, die auf die Herstellung neuer Materialien, Produkte und Geräte, neue Verfahren, Systeme und Dienstleistungen etc. abzielen.

Dienstleistung: Alle wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Tätigkeiten, die vorwiegend Routinecharakter aufweisen, erprobte wissenschaftliche Methoden, Prozesse oder Systeme anwenden, aber ohne direkten Bezug zur Forschung und Entwicklung stehen. Dazu zählen auch spezielle, regelmässig ausgeführte Tätigkeiten auf wissenschaftlicher Basis, zur Hauptsache für die öffentliche Hand oder Private, welche durch Gesetz, Leistungsauftrag oder Pflichtenheft den Institutionen übertragen sind und in der Regel verrechnet werden können. Beratungen, Studien und Gutachten etc. sowie Weiterbildungsveranstaltungen, sofern es sich nicht um Veranstaltungen auf Nachdiplomstufe handelt.

6.2 Quellen

Erhebung zu den kantonalen Stipendien und Darlehen

Die Statistik erfasst die Informationen bezüglich den Ausbildungsbeihilfen, die von den Kantonen vergeben werden. Sie basiert auf einer elektronischen Erhebung, die wiederum auf den administrativen Verwaltungsdaten der kantonalen Stellen für Stipendien und Darlehen beruht. Es handelt sich dabei um eine Vollerhebung.

Erhebung zu den Kosten und dem Nutzen der Berufsbildung (KNBB)

Die Forschungsstelle für Bildungsökonomie der Universität Bern hat drei repräsentative Erhebungen zu den Kosten und dem Nutzen der Lehrlingsausbildung aus betrieblicher Sicht 2003, 2007 und 2009 durchgeführt. Die Auswertungen basieren auf Antworten von rund 12'000 ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben.

Hochschulfinanzstatistik

Die Finanzstatistik der drei Hochschultypen setzt sich aus vier unterschiedlichen Erhebungen zusammen: Die Finanzstatistik der universitären Hochschulen basiert derzeit auf zwei separaten Erhebungen. Einerseits wird seit 1996 jährlich der Aufwand nach Kostenarten und Finanzquellen erhoben, andererseits werden seit 2007 zusätzlich die Kosten nach Leistungsbereichen, basierend auf dem Kostenrechnungsmodell der Schweizerischen Universitätskonferenz ermittelt. Die Finanzstatistik der Fachhochschulen basiert auf den Finanzdaten der eidgenössisch subventionierten Fachhochschulen. Diese Daten werden seit 2000 seitens des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) erhoben und kontrolliert und dem BFS jährlich in konsolidierter Form für weitere Analysen und zur Publikation übermittelt. Die Finanzdaten der pädagogischen Hochschulen werden seit 2008 jährlich vom BFS erhoben, kontrolliert und konsolidiert. Die Kostenrechnungen der FH und PH werden auf der Grundlage des entsprechenden BBT-Leitfadens erstellt.

Öffentliche Bildungsfinanzen

Die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben liefert Informationen zur Bildungsfinanzierung der öffentlichen Hand. Die Basisdaten stammen von der Finanzstatistik der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Das BFS berechnet und publiziert jährlich Indikatoren und Kennzahlen zur Beteiligung von Bund, Kantonen und Gemeinden an der Finanzierung der 26 kantonalen Schulsysteme (von der Vorschule bis zur Tertiärstufe).

7 Abkürzungsverzeichnis

ASG	Aggregierte Steuerbemessungsgrundlage	OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
BBT	Bundesamt für Bildung und Technologie	PH	Pädagogische Hochschulen
BFS	Bundesamt für Statistik	SBF	Staatssekretariat für Bildung und Forschung
BIP	Bruttoinlandsprodukt	Sek. I	Sekundarstufe I
CAS	Certificate of Advanced Studies	Sek. II	Sekundarstufe II
DAS	Diploma of Advanced Studies	SHIS	Schweizerisches Hochschulinformationssystem
ECTS	European Credit Transfer System (Leistungspunkte)	SNF	Schweizerischer Nationalfonds
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung	UFG	Universitätsförderungsgesetz
ESVG95	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, 1995	UH	Universitäre Hochschulen
ETH	Eidgenössische technische Hochschulen		
FDK	Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren		
FH	Fachhochschulen		
FHSG	Fachhochschulgesetz		
FHV	Interkantonale Fachhochschulvereinbarung		
FS-Modell	Modell der Finanzstatistik		
HFKG	Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz		
HRM	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell der Kantone und Gemeinden		
IKSK	Interkantonale Stipendien-Konferenz		
IPSAS	International Public Sector Accounting Standards		
IUV	Interkantonale Universitätsvereinbarung		
IT	Informationstechnologie		
KTI	Kommission für Technologie und Innovation		
MAS	Master of Advanced Studies		

8 Literatur

Bundesamt für Statistik (2012):

Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben in der Schweiz – Definitionen und Methode.

Bundesamt für Statistik (2011):

Kantonale Stipendien und Darlehen 2010.

Eidgenössische Finanzverwaltung (2011):

Finanzstatistik der Schweiz 2009, Jahresbericht.

Eidgenössische Finanzverwaltung (2011):

Methoden und Konzepte der Finanzstatistik der Schweiz. Berichterstattung, FS-Methodenband_v1.00.

Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (Hrsg):

Harmonisierte Rechnungslegung, Handbuch (2008).

Schweri J.; Mühlemann, S.; Pescio, Y.; Walther, B.; Wolter, S.C.; Zürcher, L. (2003): Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus Sicht Schweizer Betriebe. Chur: Rügger (Serie der Universität Bern «Beiträge zur Bildungsökonomie», Band 2).

Mühlemann, S.; Wolter, S.C.; Fuhrer, M.; Wüest, A. (2007): Lehrlingsausbildung – ökonomisch betrachtet. Ergebnisse der zweiten Kosten-Nutzen-Studie. Chur: Rügger (Serie der Universität Bern «Beiträge zur Bildungsökonomie», Band 3).

Strupler, M.; Wolter, S.C. (2012): Die duale Lehre: eine Erfolgsgeschichte – auch für die Betriebe. Chur: Rügger (Serie der Universität Bern «Beiträge zur Bildungsökonomie», Band 4)

Anhangtabellen

T3.1 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsstufe und Verwaltungsebene und nach Ausgabenart, 2009

	Total ¹		Träger					
	in Millionen Franken	in %	Bund ²		Kantone und Konkordate ³		Gemeinden ³	
			in Millionen Franken	in %	in Millionen Franken	in %	in Millionen Franken	in %
Total	29 703,3	100,0	1 401,2	4,7	19 435,6	65,4	8 866,5	29,9
Bildungsstufe								
Vorschule	1 048,8	3,5	–	–	598,4	57,1	450,5	42,9
Primar- und Sekundarstufe ⁴	12 899,5	43,4	20,4	0,2	5 332,2	41,3	7 547,0	58,5
Sonderschulen	1 727,9	5,8	–	–	1 309,7	75,8	418,2	24,2
Tagesbetreuung ⁵	143,1	0,5	–	–	–	–	143,1	100,0
Berufliche Grundbildung	3 587,7	12,1	22,7	0,6	3 351,0	93,4	214,1	6,0
Allgemeinbildende Schulen	2 308,1	7,8	1,2	0,1	2 274,2	98,5	32,7	1,4
Höhere Berufsbildung	217,9	0,7	64,0	29,4	153,8	70,6	0,1	0,0
Hochschulen	7 250,5	24,4	1 287,8	17,8	5 934,1	81,8	28,5	0,4
Nicht aufteilbare Aufgaben	519,8	1,8	5,2	1,0	482,4	92,8	32,3	6,2
Ausgabenart								
Laufende Ausgaben	27 407,0	92,3						
Lehrerbesoldung	15 327,4	51,6						
Besoldung übriges Personal	4 295,4	14,5						
Sachausgaben	4 428,6	14,9						
Übrige Ausgaben	3 355,6	11,3						
Investitionsausgaben	2 296,3	7,7						

¹ Mit Ausnahme der Ausgaben für die Bildungsforschung erscheinen die Ausgaben für F+E nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

² Ohne Transfers an Kantone, Konkordate und Gemeinden

³ Ohne Transfers an Bund, Kantone, Konkordate und Gemeinden

⁴ Inkl. Musikschulen und Obligatorische Schule n.a.g.

⁵ Daten ab 2008 verfügbar

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenossenschaft Finanzverwaltung

T3.2 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsstufe und Jahr in Tausend Franken

	Total ¹	Vorschule	Primar- und Sekundarstufe I ²	Tagesbetreuung ³	Sonderschulen	Berufliche Grundbildung	Allgemeinbildende Schulen	Höhere Berufsbildung	Hochschulen	Nicht aufteilbar
1990	16 168 291	557 640	7 539 089	–	485 451	2 253 840	1 303 089	405 204	3 302 415	321 564
1991	18 085 528	630 918	8 414 194	–	575 996	2 602 856	1 410 219	430 533	3 662 356	358 455
1992	19 461 599	677 632	9 043 123	–	641 483	2 758 972	1 552 973	496 296	3 910 918	380 201
1993	19 926 536	673 451	9 220 322	–	675 214	2 870 955	1 587 639	522 537	3 996 509	379 909
1994	20 178 970	691 148	9 414 966	–	740 610	2 885 495	1 581 751	534 176	3 944 221	386 602
1995	20 424 874	719 602	9 650 664	–	749 007	2 895 690	1 608 644	546 724	3 878 901	375 642
1996	20 691 576	761 002	9 704 306	–	769 715	2 919 482	1 624 754	595 197	3 939 618	377 500
1997	20 715 358	749 523	9 793 889	–	796 768	2 768 719	1 587 134	629 909	3 997 943	391 473
1998	20 814 461	774 089	9 872 419	–	831 996	2 798 403	1 759 140	819 034	3 552 103	407 276
1999	21 183 703	788 109	9 756 801	–	849 240	2 775 547	1 840 237	1 067 019	3 737 601	369 148
2000	21 894 526	879 325	9 957 763	–	912 385	2 878 456	1 883 570	349 868	4 616 810	416 350
2001	23 286 450	880 644	10 476 306	–	1 001 401	3 079 822	1 921 052	228 816	5 281 742	416 668
2002	24 895 448	916 186	10 999 177	–	1 097 967	3 329 125	1 997 034	245 514	5 877 511	432 935
2003	25 766 217	920 282	11 350 006	–	1 163 412	3 179 428	2 045 362	243 629	6 362 039	502 057
2004 ⁴	25 839 102	896 550	11 334 165	–	1 225 179	3 183 719	2 079 885	202 695	6 403 510	513 399
2005	26 428 558	963 114	11 525 161	–	1 274 749	3 241 865	2 131 407	129 801	6 640 883	521 578
2006	26 835 267	999 499	11 481 865	–	1 358 276	3 334 827	2 081 692	124 544	6 951 765	502 800
2007	26 397 343	1 022 139	11 501 014	–	1 464 083	3 322 537	2 194 153	132 397	6 008 402	752 617
2008 ⁵	28 083 061	999 312	12 252 973	116 103	1 571 266	3 432 813	2 231 352	193 251	6 758 317	527 673
2009	29 703 324	1 048 835	12 899 509	143 086	1 727 914	3 587 711	2 308 103	217 865	7 250 457	519 844

¹ Mit Ausnahme der Ausgaben für die Bildungsforschung erscheinen die Ausgaben für F+E nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

² Inkl. Musikschulen und Obligatorische Schule n.a.g.

³ Daten ab 2008 verfügbar

⁴ Das Total Bildungsausgaben wird ohne den Betrag von 846'443'401.70 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Transferaufwand: öffentliche Unternehmungen» beim Bund verbucht ist, berechnet

⁵ Das Total Bildungsausgaben wird ohne den einmaligen Kapitaltransfer von 1'175'653'333.00 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Personalaufwand» im Kanton Aargau verbucht ist, berechnet

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.3 Öffentliche Bildungsausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden nach Bildungsstufe, 2009 in Tausend Franken

	Total	Vorschule	Obligatorische Schule	Sekundarstufe II	Tertiärstufe	Nicht aufteilbare Aufgaben
Zürich	5 537 892	175 901	2 838 388	932 584	1 514 623	76 394
Bern	3 297 835	120 347	1 495 819	769 730	838 773	73 166
Luzern	1 292 237	28 851	762 529	318 661	175 794	6 402
Uri	107 875	3 278	66 643	19 439	10 921	7 594
Schwyz	444 399	15 022	274 287	101 496	40 639	12 955
Obwalden	118 449	2 512	65 752	37 369	11 088	1 728
Nidwalden	127 387	4 843	79 371	27 959	13 060	2 155
Glarus	122 980	4 901	77 137	28 580	11 578	785
Zug	470 206	17 811	296 917	114 470	37 387	3 621
Freiburg	1 183 577	31 496	529 077	258 502	355 048	9 454
Solothurn	768 374	29 312	473 089	164 074	98 823	3 076
Basel-Stadt	1 033 449	35 075	362 439	229 241	374 667	32 027
Basel-Land	1 019 692	41 598	537 309	208 413	211 392	20 980
Schaffhausen	217 263	12 051	124 291	56 705	22 348	1 868
Appenzell A.Rh.	164 746	7 322	106 636	30 187	16 398	4 203
Appenzell I-Rh.	52 554	1 772	30 078	14 351	4 810	1 542
St. Gallen	1 942 559	62 948	1 172 184	344 331	328 248	34 847
Graubünden	673 394	19 483	340 582	182 904	126 339	4 086
Aargau	1 983 414	93 371	1 263 934	372 725	213 709	39 675
Thurgau	864 328	33 650	519 180	207 461	82 792	21 245
Tessin	970 990	78 242	400 630	240 394	236 816	14 907
Waadt	2 720 238	101 930	1 295 403	437 383	836 650	48 871
Wallis	919 650	22 012	472 758	218 836	192 426	13 617
Neuenburg	687 883	17 247	272 848	223 482	166 710	7 595
Genf	2 335 104	78 242	800 251	506 002	876 783	73 825
Jura	236 769	9 686	119 619	75 367	25 448	6 648

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabenart und Jahr in Tausend Franken

	Total ¹	Lehrerbesoldung	Besoldung übriges Personal	Sachaufwand	Übrige laufende Ausgaben	Investitionsausgaben
1990	16 168 291	8 867 269	1 931 846	2 182 979	1 372 375	1 813 822
1991	18 085 528	9 700 045	2 302 913	2 384 965	1 657 969	2 039 637
1992	19 461 599	10 397 708	2 552 448	2 464 899	1 853 143	2 193 400
1993	19 926 536	10 742 895	2 512 313	2 466 575	1 961 100	2 243 653
1994	20 178 970	10 927 478	2 584 287	2 526 817	1 991 687	2 148 701
1995	20 424 874	11 206 848	2 587 839	2 557 491	1 958 574	2 114 122
1996	20 691 576	11 353 494	2 784 300	2 619 746	1 925 748	2 008 287
1997	20 715 358	11 428 451	2 689 126	2 708 034	1 890 662	1 999 085
1998	20 814 461	11 447 025	2 593 574	2 718 773	1 979 993	2 075 095
1999	21 183 703	11 653 058	2 555 177	2 804 419	2 040 972	2 130 076
2000	21 894 526	12 165 138	2 815 678	3 014 142	1 717 913	2 181 654
2001	23 286 450	12 796 046	3 050 391	3 250 221	2 195 399	1 994 393
2002	24 895 448	13 584 438	3 231 031	3 416 261	2 355 660	2 308 058
2003	25 766 217	14 005 654	3 491 250	3 484 058	2 446 256	2 338 999
2004 ²	25 839 102	13 478 797	4 205 371	3 571 665	2 382 664	2 200 606
2005	26 428 558	14 423 730	3 580 444	3 711 154	2 464 038	2 249 192
2006	26 835 267	14 600 484	3 638 869	3 872 052	2 597 882	2 125 981
2007	26 397 343	13 947 095	3 931 782	3 764 339	2 861 503	1 892 625
2008 ³	28 083 061	14 682 340	4 100 965	4 108 267	3 104 686	2 086 803
2009	29 703 324	15 333 018	4 289 760	4 432 187	3 351 503	2 296 857

¹ Mit Ausnahme der Ausgaben für die Bildungsforschung erscheinen die Ausgaben für F+E nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

² Das Total Bildungsausgaben wird ohne den Betrag von 846'443'401.7 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Transferaufwand: öffentliche Unternehmungen» beim Bund verbucht ist, berechnet

³ Das Total Bildungsausgaben wird ohne den einmaligen Kapitaltransfer von 1'175'653'333 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Personalaufwand» im Kanton Aargau verbucht ist, berechnet

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.5 Öffentliche Bildungsausgaben der Kantone und ihrer Gemeinden nach Ausgabenart, 2009 in Tausend Franken

	Total	Lehrerbesoldung	Besoldung übriges Personal	Sachaufwand	Übrige laufende Ausgaben	Investitionsausgaben
Zürich	5 537 892	2 720 334	843 921	959 142	527 579	486 916
Bern	3 297 835	1 804 588	448 357	445 146	372 135	227 608
Luzern	1 292 237	670 951	143 313	126 748	259 712	91 513
Uri	107 875	55 574	9 982	11 025	26 303	4 991
Schwyz	444 399	220 423	39 019	49 187	96 383	39 387
Obwalden	118 449	51 430	10 585	11 396	29 206	15 833
Nidwalden	127 387	66 328	15 920	15 836	21 387	7 915
Glarus	122 980	57 086	12 350	13 666	30 359	9 519
Zug	470 206	251 286	40 418	47 337	81 111	50 053
Freiburg	1 183 577	609 903	153 070	155 469	170 273	94 862
Solothurn	768 374	368 288	74 564	86 875	188 066	50 582
Basel-Stadt	1 033 449	475 335	149 686	214 019	155 193	39 217
Basel-Land	1 019 692	482 452	58 678	66 973	368 686	42 904
Schaffhausen	217 263	124 437	23 181	22 302	39 720	7 624
Appenzell A.Rh.	164 746	82 804	18 381	16 154	41 373	6 034
Appenzell I-Rh.	52 554	24 721	4 818	9 349	12 951	716
St. Gallen	1 942 559	906 433	292 284	306 592	326 446	110 804
Graubünden	673 394	260 871	63 159	91 868	199 443	58 052
Aargau	1 983 414	975 464	161 951	199 402	529 373	117 223
Thurgau	864 328	435 514	107 747	103 371	152 311	65 385
Tessin	970 990	567 724	132 431	136 728	86 215	47 892
Waadt	2 720 238	1 352 885	258 404	363 565	607 279	138 104
Wallis	919 650	498 393	71 147	90 399	184 146	75 565
Neuenburg	687 883	353 292	84 705	77 997	99 996	71 893
Genf	2 335 104	1 199 087	402 361	332 468	236 181	165 006
Jura	236 769	123 194	16 888	22 331	59 211	15 144

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.6 Bruttoinlandprodukt und öffentliche Ausgaben seit 1990 in Millionen Franken

	Bruttoinland- produkt	Öffentliche Ausgaben						
		Total	Grundlagen- forschung	Allgemeine Verwaltung	Öffentliche Ord- nung und Sicher- heit, Verteidigung	Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	Gesundheit	Soziale Sicherheit
1990	338 996	105 118,9	441,4	7 296,8	11 613,2	3 146,0	10 769,2	32 188,1
1991	354 060	117 006,9	471,7	8 004,2	12 357,9	3 422,7	11 974,3	36 509,9
1992	361 424	127 281,2	516,8	8 684,6	12 701,9	3 412,4	12 939,4	41 209,8
1993	369 351	139 891,8	579,5	8 774,7	12 293,2	3 266,3	13 677,9	50 736,9
1994	378 471	140 603,6	589,6	8 904,3	12 737,3	3 334,6	13 941,3	50 003,1
1995	383 096	139 873,3	628,2	9 046,9	12 775,7	3 409,7	14 251,1	48 793,4
1996	385 671	145 496,5	660,1	9 101,7	12 635,0	3 584,5	14 621,0	52 862,8
1997	395 146	149 994,3	664,8	9 094,8	12 365,3	3 385,1	14 554,0	57 843,8
1998	404 355	151 390,9	657,2	9 333,8	12 376,9	3 631,4	14 718,9	56 576,8
1999	410 924	148 940,1	650,8	9 536,0	11 976,4	3 645,2	15 095,1	54 422,0
2000	432 405	151 836,7	722,8	9 864,5	12 278,5	3 858,5	15 579,3	54 013,2
2001	443 243	160 553,8	722,0	11 251,8	12 549,6	4 129,1	16 807,7	56 258,5
2002	446 786	166 501,9	777,9	10 891,2	12 675,6	4 146,0	17 982,0	59 403,0
2003	450 572	169 862,6	792,3	11 287,7	12 959,8	4 164,3	18 769,3	62 978,0
2004 ⁴	465 348	172 242,9	992,3	11 032,2	12 960,9	4 198,5	19 285,7	64 707,2
2005	479 088	176 235,8	931,8	11 221,2	13 060,1	4 247,0	19 751,9	66 435,3
2006	508 036	176 973,5	995,4	11 210,3	13 051,4	4 333,3	19 974,5	66 702,5
2007 ⁵	540 800	183 706,3	1 987,6	12 742,0	13 224,6	4 528,8	21 072,4	70 228,9
2008 ⁶	567 852	186 843,0	2 433,5	14 530,2	13 897,8	4 816,7	10 664,0	68 022,1
2009	554 372	185 763,7	2 643,2	13 365,8	14 227,8	4 887,4	11 317,9	72 805,5

	Öffentliche Ausgaben				Öffentliche Bildungsausgaben ¹			
	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Umweltschutz und Raumordnung	Volkswirtschaft	Finanzen und Steuern	Total	Bund ²	Kantone und Konkordate ³	Gemeinden ²
1990	9 255,7	3 631,7	5 297,1	5 311,5	16 168,3	1 114,8	9 780,7	5 272,7
1991	10 302,2	4 111,6	5 831,1	5 935,9	18 085,5	1 265,0	10 858,0	5 962,6
1992	10 705,4	4 327,9	6 094,4	7 226,9	19 461,6	1 355,6	11 635,1	6 470,9
1993	11 446,2	4 418,1	6 885,3	7 887,2	19 926,5	1 398,9	11 930,2	6 597,4
1994	11 634,2	4 477,3	6 210,8	8 592,2	20 179,0	1 405,7	11 991,4	6 781,8
1995	11 416,1	4 381,1	5 976,1	8 770,3	20 424,9	1 394,2	12 092,1	6 938,6
1996	11 823,4	4 463,3	6 463,1	8 590,0	20 691,6	1 443,6	12 284,7	6 963,3
1997	12 079,0	4 516,2	6 080,5	8 695,4	20 715,4	1 355,7	12 380,2	6 979,5
1998	13 604,5	4 670,6	6 015,7	8 990,5	20 814,5	1 381,1	12 299,1	7 134,2
1999	12 158,5	4 749,5	6 505,0	9 018,0	21 183,7	1 500,4	12 628,7	7 054,7
2000	13 056,9	4 747,2	6 761,4	9 059,8	21 894,5	1 593,8	13 057,4	7 243,4
2001	14 194,1	4 923,0	7 072,2	9 359,3	23 286,5	1 755,6	14 055,1	7 475,8
2002	14 656,8	4 833,9	6 981,1	9 258,7	24 895,5	1 995,2	14 838,6	8 061,6
2003	14 023,3	4 852,5	6 358,2	7 910,9	25 766,2	2 191,3	15 345,0	8 229,9
2004 ⁴	14 468,6	4 853,7	6 275,9	7 628,7	25 839,1	2 056,1	15 599,0	8 184,1
2005	14 857,0	4 861,2	6 170,9	8 270,9	26 428,6	2 150,1	15 965,2	8 313,3
2006	14 678,9	4 954,2	6 158,7	8 079,0	26 835,3	2 134,4	16 449,6	8 251,3
2007 ⁵	14 312,3	5 265,5	6 096,1	7 850,9	26 397,3	1 071,3	17 207,1	8 118,9
2008 ⁶	15 758,8	5 831,1	12 967,8	9 837,9	28 083,1	1 253,0	18 460,5	8 369,6
2009	16 613,7	5 747,2	7 867,1	6 584,9	29 703,3	1 401,2	19 435,6	8 866,5

¹ Mit Ausnahme der Ausgaben für die Bildungsforschung erscheinen die Ausgaben für F+E nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben.

² Ohne Transfers an Kantone und Gemeinden

³ Ohne Transfers an Bund, Kanton und Gemeinden

⁴ Die Gesamtausgaben werden ohne den Betrag von 846'443'401.70 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Transferaufwand; öffentliche Unternehmungen» beim Bund im Bildungsbereich verbucht ist, berechnet

⁵ Der Rückgang der öffentlichen Bildungsausgaben auf Bundesebene 2007 ist buchhalterisch bedingt

⁶ Die Gesamtausgaben werden ohne den einmaligen Kapitaltransfer von 1'175' 653'333.00 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Personalaufwand» im Kanton Aargau im Bildungsbereich verbucht ist, berechnet

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.7 Öffentliche Gesamtausgaben, Ressourcenindex und geschätzte Wohnbevölkerung der Kantone und ihrer Gemeinden, 2009

	Gesamtausgaben (in Tausend Franken)	Ressourcenindex	Geschätzte gesamte Wohnbevölkerung
Zürich	20 134 303	131	1 351 297
Bern	13 060 247	77	974 235
Luzern	4 351 019	77	372 964
Uri	470 628	61	35 335
Schwyz	1 486 913	125	144 686
Obwalden	462 841	66	35 032
Nidwalden	450 846	128	40 794
Glarus	455 390	69	38 479
Zug	1 755 664	224	110 890
Freiburg	3 654 462	74	273 159
Solothurn	2 747 850	76	252 748
Basel-Stadt	3 945 260	139	187 898
Basel-Land	3 216 319	103	272 815
Schaffhausen	916 701	96	75 657
Appenzell A.Rh.	615 034	76	53 043
Appenzell I-Rh.	161 732	81	15 681
St. Gallen	5 617 984	76	474 676
Graubünden	3 517 749	81	191 861
Aargau	6 265 907	89	600 040
Thurgau	2 579 618	73	244 805
Tessin	4 262 985	96	335 720
Waadt	10 256 584	102	701 526
Wallis	4 115 440	68	307 392
Neuenburg	2 594 907	98	171 647
Genf	10 141 660	151	453 292
Jura	981 137	69	70 134

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.8 Transfers von Bund, Kantonen und Konkordaten und Gemeinden seit 1990 in Tausend Franken

	Transfers vom Bund an Kantone und Konkordate	Transfers von Kantonen und Konkordaten an andere Kantone und Konkordate	Transfers von Kantonen und Konkordate an Gemeinden	Transfers von Gemeinden an Kantone und Konkordate
1990	879 843	275 056	1 168 855	1 400 336
1991	916 809	296 561	1 315 747	1 591 622
1992	970 640	329 137	1 467 016	1 742 177
1993	990 028	340 077	1 505 631	1 736 631
1994	1 085 221	358 592	1 495 682	1 715 004
1995	1 156 878	436 627	1 533 034	1 830 014
1996	1 041 224	479 783	1 523 343	1 922 954
1997	1 054 334	461 871	1 567 226	1 944 106
1998	1 092 785	458 116	1 512 021	1 909 261
1999	1 116 278	607 160	1 518 371	1 973 668
2000	1 140 032	677 466	1 542 046	2 039 394
2001	1 179 476	774 294	1 499 314	2 187 037
2002	1 283 136	863 450	1 590 266	1 693 598
2003	1 320 794	1 007 415	1 582 090	1 827 346
2004	1 338 580	1 161 126	1 535 035	1 405 704
2005	1 380 647	1 160 280	1 424 694	1 464 333
2006	1 422 308	1 257 498	1 367 297	1 665 221
2007	1 428 349	1 381 274	1 332 736	1 657 493
2008	1 518 634	2 160 191	1 196 034	2 085 736
2009	1 590 865	2 298 000	1 186 576	1 970 258

Mit Ausnahme der Ausgaben für die Bildungsforschung erscheinen die Ausgaben für F+E nicht in der Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.9 Öffentliche Bildungsausgaben der Teilsektoren «Bund», «Kantone und Konkordate» und «Gemeinden insgesamt» seit 1990 in Tausend Franken

	Bund	Kantone und Konkordate	Gemeinden insgesamt
1990	1 995	10 958	6 673
1991	2 182	12 177	7 554
1992	2 326	13 106	8 213
1993	2 389	13 442	8 334
1994	2 491	13 493	8 497
1995	2 551	13 626	8 769
1996	2 485	13 808	8 886
1997	2 410	13 948	8 924
1998	2 474	13 812	9 044
1999	2 617	14 148	9 028
2000	2 734	14 601	9 283
2001	2 935	15 556	9 663
2002	3 278	16 430	9 755
2003	3 512	16 928	10 057
2004 ¹	3 395	17 137	9 590
2005	3 531	17 391	9 778
2006	3 557	17 817	9 917
2007	2 500	18 545	9 776
2008 ²	2 773	19 657	10 455
2009	2 992	20 622	10 837

¹ Das Total Bildungsausgaben wird ohne den Betrag von 846'443'401.70 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Transferaufwand: öffentliche Unternehmungen» beim Bund verbucht ist, berechnet

² Das Total Bildungsausgaben wird ohne den einmaligen Kapitaltransfer von 1'175'653'333.00 Fr., welcher unter «Ausserordentlicher Personalaufwand» im Kanton Aargau verbucht ist, berechnet

Quellen: Bundesamt für Statistik und Eidgenössische Finanzverwaltung

T3.10 Anzahl Schüler/-in bzw. Studenten/-innen pro Rechnungsjahr Gewichtung von zwei Schuljahren, öffentliche und privat subventionierte Schulen

	Total	Vorschule	Primarstufe	Sekundarstufe I	Berufliche Grund- bildung	Allgemein- bildende Ausbildungen	Höhere Berufsbildung	Hochschulen
1990	1 216 939	130 805	410 519	261 618	214 808	76 016	40 445	82 729
1991	1 228 401	132 954	421 855	262 261	204 941	78 891	42 012	85 488
1992	1 242 712	134 939	431 958	266 578	195 113	82 665	43 523	87 937
1993	1 257 966	138 482	438 127	273 058	188 247	86 187	44 936	88 930
1994	1 273 404	143 087	446 409	276 628	184 316	89 055	45 650	88 260
1995	1 290 185	147 185	461 416	274 103	183 096	91 228	46 303	86 854
1996	1 308 783	150 514	473 109	274 132	184 411	92 501	46 508	87 608
1997	1 328 202	152 252	478 789	276 204	187 673	94 359	46 888	92 036
1998	1 348 043	151 068	484 347	275 164	193 769	97 103	47 954	98 639
1999	1 363 669	148 282	491 316	273 974	200 329	98 487	46 043	105 238
2000	1 368 291	146 178	495 321	274 721	205 419	98 314	37 312	111 027
2001	1 368 319	145 397	493 282	275 394	209 680	97 292	30 722	116 553
2002	1 376 675	145 464	491 319	277 553	211 450	96 089	29 963	124 836
2003	1 389 011	144 778	488 737	282 807	212 205	95 363	29 583	135 539
2004	1 397 697	143 987	483 388	287 417	212 919	97 131	28 666	144 189
2005	1 402 430	143 596	476 068	290 787	213 725	99 586	27 728	150 941
2006	1 405 701	141 561	469 031	290 975	217 226	101 827	28 148	156 933
2007	1 407 630	138 670	462 940	286 951	221 122	104 231	31 222	162 494
2008	1 410 554	138 008	456 611	282 554	225 376	105 134	34 228	168 643
2009	1 418 967	140 116	449 820	279 679	231 126	105 935	34 916	177 374

Quelle: Bundesamt für Statistik

T3.11 Stipendienbezüger/-innen und Stipendienbeträge nach Ausbildung und Kanton, 2009

Ausbezahlter Betrag in Franken

	Anzahl Bezüger/-innen	Ausbezahlter Betrag						
		Total	Obligatorische Schule	Allgemeinbildende Schulen	Berufliche Grundbildung	Höhere Berufsbildung	Hochschulen	Weiterbildung
Zürich	4 223	32 314 970	1 066 733	4 832 135	11 415 242	1 864 063	13 128 497	8 300
Bern	4 179	26 221 208	0	4 910 917	8 308 727	1 115 661	11 885 903	0
Luzern	2 111	11 561 433	2 300	1 614 180	2 639 917	642 493	6 630 363	32 180
Uri	230	1 272 500	0	154 700	210 100	162 700	732 000	13 000
Schwyz	910	5 471 335	0	959 344	1 037 716	609 001	2 865 274	0
Obwalden	230	1 224 630	14 170	199 650	212 310	51 400	747 100	0
Nidwalden	158	956 231	0	112 296	177 611	54 790	607 151	4 383
Glarus	253	1 416 550	0	51 200	286 550	51 800	907 300	119 700
Zug	385	2 236 800	5 600	277 600	579 400	49 400	988 500	336 300
Freiburg	2 378	10 748 309	0	2 748 992	3 316 862	433 312	4 235 801	13 342
Solothurn	1 238	7 266 925	0	983 510	1 176 090	377 195	4 730 130	0
Basel-Stadt	2 075	11 422 266	0	1 854 150	3 432 419	646 076	5 368 282	121 339
Basel-Land	2 225	11 058 311	0	1 592 855	2 322 549	673 530	6 317 867	151 510
Schaffhausen	267	1 316 395	7 150	178 500	277 325	113 150	740 270	0
Appenzell A.Rh.	299	1 453 775	0	315 000	214 400	119 800	794 575	10 000
Appenzell I-Rh.	124	774 150	0	38 800	70 450	65 750	599 150	0
St. Gallen	2 229	14 125 203	84 600	3 232 725	5 043 075	169 400	5 491 103	104 300
Graubünden	2 924	13 803 125	0	2 745 875	2 277 625	600 725	8 178 900	0
Aargau	2 994	14 479 625	0	3 167 350	3 135 675	610 050	7 561 550	5 000
Thurgau	1 276	7 568 000	0	1 598 150	1 274 650	459 450	4 235 750	0
Tessin	3 424	17 379 747	136 260	1 610 026	4 362 522	1 613 389	8 966 635	690 915
Waadt	5 743	33 781 585	0	4 781 960	11 596 305	2 094 150	15 309 170	0
Wallis	3 589	14 057 150	0	3 164 775	2 153 525	1 020 750	7 617 175	100 925
Neuenburg	1 812	5 866 769	0	550 970	1 639 910	314 060	3 316 129	45 700
Genf ¹	3 994	24 781 904	0	5 317 747	8 061 648	662 315	10 476 001	264 193
Jura	1 090	6 508 088	1 430	475 810	1 187 540	761 255	3 792 733	289 320
Schweiz	50 360	279 066 984	1 318 243	47 469 217	76 410 143	15 335 665	136 223 309	2 310 407

¹ Ohne Bildungsgutscheine des Kantons Genf im Gesamtbetrag von 3'074'737.00 Fr. für 5'042 Bezüger/-innen

Quellen: Bundesamt für Statistik und Kantonale Stellen für Stipendien und Darlehen

T3.12 Ausbezahlte Stipendien seit 1990

in Tausend Franken

1990	248 390
1991	258 733
1992	292 078
1993	321 829
1994	320 884
1995	283 412
1996	287 207
1997	287 700
1998	286 226
1999	274 539
2000	277 454
2001	277 273
2002	272 116
2003	285 633
2004	283 118
2005	278 880
2006	283 933
2007	280 671
2008	276 492
2009	279 067

Quellen: Bundesamt für Statistik und Kantonale Stellen für Stipendien und Darlehen

T4.1 Vollkosten der UH nach Kostenträger und Fachbereichsgruppe, 2005 und 2010 in Tausend Franken

		Lehre Grundausbildung	Lehre vertiefte Ausbildung	Forschung + Entwicklung	Weiterbildung	Dienstleistungen	Total CH
Geistes- und Sozialwissenschaften	2005	445 874	58 675	312 920	24 194	39 118	880 780
	2010	482 255	90 575	517 898	37 235	49 015	1 176 979
Wirtschaftswissenschaften	2005	136 128	29 276	128 217	31 391	11 824	336 836
	2010	153 603	31 138	174 097	42 690	26 828	428 357
Recht	2005	99 879	18 385	82 011	14 945	7 392	222 613
	2010	118 085	17 776	115 672	18 698	11 992	282 223
Exakte und Naturwissenschaften	2005	370 528	187 752	1 041 111	30 143	87 156	1 716 690
	2010	375 375	185 043	1 326 162	28 178	118 038	2 032 796
Medizin und Pharmazie	2005	287 536	84 826	730 260	81 203	241 388	1 425 213
	2010	345 394	110 134	996 403	126 145	253 377	1 831 453
Technische Wissenschaften	2005	222 999	74 090	492 139	9 655	68 107	866 991
	2010	287 867	89 053	574 075	10 263	93 483	1 054 741
Interdisziplinäre und Andere	2005	38 776	7 684	71 408	5 981	7 076	130 925
	2010	44 570	7 780	40 528	6 139	8 689	107 706
Total	2005	1 601 719	460 689	2 858 066	197 511	462 062	5 580 046
	2010	1 807 148	531 500	3 744 835	269 348	561 423	6 914 254
Total %	2005	29	8	51	4	8	100
	2010	26	8	54	4	8	100

Quellen: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der universitären Hochschulen 2005 bis 2010

T4.2 Vollkosten und Anzahl Studierende der UH nach Fachbereichsgruppe, 2010 in Tausend Franken

	Kosten	Studierende
Exakte und Naturwissenschaften	2 032 796	22 197
Medizin und Pharmazie	1 831 453	13 256
Geistes- und Sozialwissenschaften	1 176 979	43 874
Technische Wissenschaften	1 054 741	14 214
Wirtschaftswissenschaften	428 357	19 060
Recht	282 223	14 835
Interdisziplinäre und Andere	107 706	4 088

Quellen: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der universitären Hochschulen 2010, Studierende an den universitären Hochschulen, 2010

T4.3 Finanzierung des Aufwands der UH nach Geldgeber, 2005 und 2010 in Tausend Franken

		Bund	Kantone	Private
Universitäten	2005	881 352	2 002 602	627 947
	2010	1 175 705	2 511 013	883 776
ETH	2005	1 449 351	2 884	125 022
	2010	1 970 797	7 746	188 352
Total	2005	2 330 703	2 005 486	752 969
	2010	3 146 502	2 518 759	1 072 128

Quellen: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der universitären Hochschulen 2005 bis 2010

T4.4 Vollkosten der FH nach Leistungsart, 2005 bis 2010 in Tausend Franken

	Grundausbildung	aF+E	Weiterbildung	Dienstleistungen	Total
2005	914 438	197 396	98 620	87 393	1 297 848
2006	919 072	218 590	106 233	93 113	1 337 009
2007	1 138 445	290 082	117 510	102 072	1 648 109
2008	1 264 106	351 883	130 230	111 068	1 857 286
2009	1 393 198	411 649	150 623	112 973	2 068 445
2010	1 486 917	429 512	156 979	106 213	2 179 620

Quellen: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2005 bis 2010

T4.5 Vollkosten der FH nach Leistungsart und Fachbereich, 2010 in Tausend Franken

		Grundausbildung	aF+E	Weiterbildung	Dienstleistungen	Total
Architektur, Bauwesen und Planung	2005	77 826	4 636	18 395	7 391	108 248
	2010	119 208	6 181	41 152	11 903	178 444
Technik und IT	2005	280 271	17 882	99 150	19 108	416 410
	2010	350 450	21 801	199 161	20 128	591 540
Chemie und Life Sciences	2005	64 956	1 403	17 111	8 442	91 911
	2010	101 098	1 984	37 516	6 498	147 096
Land- und Forstwirtschaft	2005	0	0	0	0	0
	2010	23 934	297	2 329	1 756	28 316
Wirtsch. und Dienstleistungen	2005	180 561	53 709	29 324	23 898	287 491
	2010	266 747	69 349	57 863	26 924	420 883
Design	2005	70 132	2 605	9 330	2 734	84 801
	2010	112 848	3 831	14 831	1 931	133 442
Musik, Theater und andere Künste	2005	95 693	1 860	4 824	3 538	105 915
	2010	248 666	7 348	20 608	10 159	286 780
Angewandte Linguistik	2005	5 715	436	492	2 194	8 837
	2010	12 730	675	2 671	2 177	18 253
Soziale Arbeit	2005	68 183	14 168	14 169	11 125	107 646
	2010	110 965	25 072	26 870	11 696	174 603
Angewandte Psychologie	2005	4 972	5 146	1 282	3 746	15 147
	2010	8 992	7 603	5 473	6 103	28 171
Gesundheit	2005	69 138	2 839	3 707	5 218	80 902
	2010	128 734	12 653	20 844	6 826	169 057
Lehrkräfteausbildung (HES-SO)	2005	0	0	0	0	0
	2010	2 545	195	185	111	3 036
Total	2005	917 448	104 684	197 783	87 393	1 307 308
	2010	1 486 917	156 989	429 502	106 213	2 179 620

Quellen: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2005 bis 2010

T4.6 Vollkosten und Anzahl Studierende der FH nach Fachbereich, 2010 in Tausend Franken

	Kosten	Studierende
Technik und IT	591 540	10 391
Wirtsch. und Dienstleistungen	420 883	19 817
Musik, Theater und andere Künste	286 780	5 679
Architektur, Bauwesen und Planung	178 444	3 527
Soziale Arbeit	174 603	7 198
Gesundheit	169 057	5 287
Chemie und Life Sciences	147 096	2 279
Design	133 442	2 901
Land- und Forstwirtschaft	28 316	404
Angewandte Psychologie	28 171	1 036
Angewandte Linguistik	18 253	509
Lehrkräfteausbildung (HES-SO)	3 036	87
Total	2 179 620	59 115

Quellen: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2010, Bundesamt für Statistik, Studierende an den Fachhochschulen 2010

T4.7 Erlöse der FH nach Fachbereich und Geldgeber, 2005 und 2010

		Bund	Kantone	Private	Total
Architektur, Bauwesen und Planung	2005	29 244 408	63 477 666	16 499 995	109 222 068
	2010	38 012 843	80 601 012	29 615 249	148 229 103
Technik und IT	2005	120 390 567	233 423 781	66 154 386	419 968 734
	2010	137 437 984	263 523 570	97 712 084	498 673 638
Chemie und Life Sciences	2005	28 096 439	49 656 386	15 562 259	93 315 084
	2010	31 591 379	68 916 116	18 355 285	118 862 780
Land- und Forstwirtschaft	2005	0	0	0	0
	2010	8 791 299	14 569 712	2 004 583	25 365 594
Wirtsch. und Dienstleistungen	2005	63 909 091	117 555 403	122 476 212	303 940 706
	2010	79 600 359	166 462 449	148 120 811	394 183 618
Design	2005	25 927 025	48 885 191	9 986 829	84 799 046
	2010	30 329 535	65 017 386	10 483 544	105 830 465
Musik, Theater und andere Künste	2005	4 663 285	87 570 505	13 513 183	105 746 973
	2010	58 990 354	164 501 825	23 297 083	246 789 262
Angewandte Linguistik	2005	415 756	6 362 945	2 726 176	9 504 877
	2010	3 124 864	8 444 739	3 629 997	15 199 600
Soziale Arbeit	2005	21 740 284	62 683 345	26 858 449	111 282 077
	2010	31 143 016	86 792 688	41 454 330	159 390 035
Angewandte Psychologie	2005	368 206	4 991 034	9 664 610	15 023 850
	2010	3 799 613	8 592 327	14 473 913	26 865 854
Gesundheit	2005	5 416 549	69 637 202	5 842 657	80 896 409
	2010	38 468 948	96 656 307	18 513 703	153 638 958
Lehrkräfteausbildung (HES-SO)	2005	0	0	0	0
	2010	13 051	2 701 075	91 076	2 805 202
Total	2005	300 171 610	744 243 458	289 284 756	1 333 699 824
	2010	461 303 245	1 026 779 207	407 751 657	1 895 834 109

Quellen: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2005 bis 2010

T4.8 Erlöse der FH nach Leistungsart und Geldgeber, 2010

in Tausend Franken

	Bund	Kantone	Private
Grundausbildung	356 790	824 620	124 101
aF+E	101 195	169 253	88 186
Weiterbildung	323	20 253	119 190
Dienstleistungen	2 995	12 653	76 275
Total	461 303	1 026 779	407 752

Quellen: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2010

T4.9 Betriebskosten der PH nach Leistungsart, 2010

in Tausend Franken

	Grundausbildung	aF+E	Weiterbildung	Dienstleistungen	Total
Total PH	356 550	48 454	74 501	52 662	532 166

Quellen: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der Pädagogischen Hochschulen 2010

T4.10 Betriebserlöse der PH nach Leistungsart und Geldgeber, 2010

in Tausend Franken

	Bund	Kantone	Private	Total
Grundausbildung	322	339 864	22 306	362 493
aF+E	423	35 507	34 595	70 526
Weiterbildung	3 266	36 793	7 002	47 061
Dienstleistungen	619	33 109	16 683	50 410
Total	4 630	445 273	80 586	530 490

Quellen: Bundesamt für Statistik, Finanzerhebungen der Pädagogischen Hochschulen 2010

T5.1 Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts und der öffentlichen Gesamtausgaben im internationalen Vergleich, 2009 (alle Bildungsstufen zusammen)

	In Prozent des Bruttoinlandprodukts	In Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben
Australien	5,0	14,2
Österreich	6,0	11,4
Belgien	6,6	12,2
Kanada ¹	5,1	12,3
Chile ²	4,5	19,1
Tschechien	4,4	9,8
Dänemark	8,7	15,1
Estland	6,1	13,5
Finnland	6,8	12,2
Frankreich	5,9	10,4
Deutschland	5,1	10,5
Griechenland	m	m
Ungarn	5,1	10,0
Island	7,8	15,3
Irland	6,5	13,4
Israel	5,8	13,6
Italien	4,7	9,0
Japan	3,8	8,9
Korea	5,0	15,3
Luxemburg	m	m
Mexiko	5,3	20,3
Niederlande	5,9	11,5
Neuseeland	7,2	21,2
Norwegen	7,3	15,7
Polen	5,1	11,5
Portugal	5,8	11,6
Slowakei	4,1	9,8
Slowenien	5,7	11,6
Spanien	5,0	10,8
Schweden	7,3	13,2
Schweiz	5,5	16,4
Türkei	m	m
Vereinigtes Königreich	5,6	11,3
Vereinigte Staaten	5,5	13,1
OECD-Durchschnitt	5,8	13,0

m keine Daten verfügbar

¹ Referenzjahr 2008

² Referenzjahr 2010

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012

T 5.2 Jährliche Bildungsausgaben pro Schüler/-in resp. Student/-in im internationalen Vergleich, 2009
in US-Dollar kaufkraftbereinigt

	Tertiärstufe (ohne F+E Aktivitäten)	Primar- bis Tertiärstufe
Australien	9867	10407
Österreich	9811	12285
Belgien	10001	10758
Kanada ^{1*}	15126	m
Chile ²	6390	3860
Tschechien	6672	6216
Dänemark	m	12523
Estland	3968	6210
Finnland	10085	9910
Frankreich	10042	9913
Deutschland	9594	9779
Griechenland	m	m
Ungarn*	6645	5227
Island	m	9429
Irland*	11256	10713
Israel	m	6410
Italien*	5980	9055
Japan	m	10035
Korea	8096	8542
Luxemburg	m	m
Mexiko	6756	2875
Niederlande	11479	11493
Neuseeland	8939	8117
Norwegen	11290	14020
Polen*	6502	5666
Portugal	5504	7829
Slowakei	5919	5134
Slowenien	7510	8826
Spanien	9656	9800
Schweden	9464	11400
Schweiz*	9465	14716
Türkei	m	m
Vereinigtes Königreich	9889	10587
Vereinigte Staaten	26313	15812
OECD-Durchschnitt	9341	9252

m Keine Daten verfügbar

¹ Referenzjahr 2008

² Referenzjahr 2010

* Nur öffentliche Bildungsinstitutionen

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick 2012

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

Diffusionsmittel

Individuelle Auskünfte

Das BFS im Internet

Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse

Publikationen zur vertieften Information

Online Datenrecherche (Datenbanken)

Kontakt

032 713 60 11

info@bfs.admin.ch

www.statistik.admin.ch

www.news-stat.admin.ch

032 713 60 60

order@bfs.admin.ch

www.stattab.bfs.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln im Internet unter der Adresse www.statistik.admin.ch → Dienstleistungen → Publikationen Statistik Schweiz

Bildung

Im Bereich Bildung arbeiten im Bundesamt für Statistik zwei Fachsektionen mit folgenden Schwerpunkten:

Sektion Bildungsprozesse (BILD-P)

- Ressourcen und Infrastruktur (Lehrkräfte, Finanzen und Kosten, Schulen)
- Personal und Finanzen der Hochschulen (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen)
- Lernende und Abschlüsse (Schüler/-innen und Studierende, Berufsbildung und Bildungsabschlüsse)
- Studierende und Abschlüsse an Hochschulen (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen)

Sektion Bildungssystem (BILD-S)

- Bildungsprognosen (Lernende, Abschlüsse und Lehrkörper aller Stufen)
- Bildung und Arbeitsmarkt (Kompetenzen von Erwachsenen, Absolventenstudien, Weiterbildung)
- Bildungssystem (Bildungssystemindikatoren)
- Spezifische Themen und Querschnittsaktivitäten (z.B. Soziale Lage der Studierenden)

Zu diesen Bereichen erscheinen regel mässig Statistiken und thematische Publikationen. Bitte konsultieren Sie unsere Webseite:

www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15.html

Der Bildung kommt in der heutigen Gesellschaft eine Schlüsselrolle zu. Investitionen in das sogenannte Humankapital gelten allgemein als wirtschaftspolitischer Schlüssel für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend wissensbasierten Volkswirtschaft. Investitionen in die Bildung bestimmen daher auch die bildungspolitische Debatte.

Das BFS hat bisher regelmässig statistische Informationen zu einzelnen Aspekten der Bildungsfinanzen veröffentlicht. Mit dieser Studie legen wir erstmals einen Gesamtüberblick zu den Bildungsfinanzen vor, unter Berücksichtigung verschiedener Datenquellen.

Wie viel geben Bund, Kantone und Gemeinden für Bildungszwecke aus? Wie verteilen sich diese Ausgaben auf die verschiedenen Bildungsstufen, von der Vorschule bis zur Tertiärstufe? Wie hoch sind die Kosten pro Schülerin und Schüler? Wie hoch sind die Kosten pro Studierende? Wie hoch sind die öffentlichen Bildungsausgaben in Prozent des BIP im Vergleich zu anderen Ländern? Auf diese und andere Fragen zu den Bildungsfinanzen gibt diese Publikationen interessante Antworten.

Bestellnummer

1286-1200

Bestellungen

Tel.: 032 713 60 60

Fax: 032 713 60 61

E-Mail: order@bfs.admin.ch

Preis

Fr. 15.– (exkl. MWST)

ISBN 978-3-303-15553-0



Erratum

Zur Publikation «Bildungsfinanzen – Ausgabe 2012»

ISBN: 978-3-303-15553-0

Auf der Seite 61 der Publikation ist die Tabelle T4.7 falsch.
Die nachfolgende Tabelle «Erlöse der FH nach Fachbereich und Geldgeber, 2005 und 2010» ersetzt sie.

T4.7 Erlöse der FH nach Fachbereich und Geldgeber, 2005 und 2010

		Bund	Kantone	Private	Total
Architektur, Bauwesen und Planung	2005	29 244 408	63 477 666	16 499 995	109 222 068
	2010	38 012 843	80 601 012	29 615 249	148 229 103
Technik und IT	2005	120 390 567	233 423 781	66 154 386	419 968 734
	2010	137 437 984	263 523 570	97 712 084	498 673 638
Chemie und Life Sciences	2005	28 096 439	49 656 386	15 562 259	93 315 084
	2010	31 591 379	68 916 116	18 355 285	118 862 780
Land- und Forstwirtschaft	2005	0	0	0	0
	2010	8 791 299	14 569 712	2 004 583	25 365 594
Wirtsch. und Dienstleistungen	2005	63 909 091	117 555 403	122 476 212	303 940 706
	2010	79 600 359	166 462 449	148 120 811	394 183 618
Design	2005	25 927 025	48 885 191	9 986 829	84 799 046
	2010	30 329 535	65 017 386	10 483 544	105 830 465
Musik, Theater und andere Künste	2005	4 663 285	87 570 505	13 513 183	105 746 973
	2010	58 990 354	164 501 825	23 297 083	246 789 262
Angewandte Linguistik	2005	415 756	6 362 945	2 726 176	9 504 877
	2010	3 124 864	8 444 739	3 629 997	15 199 600
Soziale Arbeit	2005	21 740 284	62 683 345	26 858 449	111 282 077
	2010	31 143 016	86 792 688	41 454 330	159 390 035
Angewandte Psychologie	2005	368 206	4 991 034	9 664 610	15 023 850
	2010	3 799 613	8 592 327	14 473 913	26 865 854
Gesundheit	2005	5 416 549	69 637 202	5 842 657	80 896 409
	2010	38 468 948	96 656 307	18 513 703	153 638 958
Lehrkräfteausbildung (HES-SO)	2005	0	0	0	0
	2010	13 051	2 701 075	91 076	2 805 202
Total	2005	300 171 610	744 243 458	289 284 756	1 333 699 824
	2010	461 303 245	1 026 779 207	407 751 657	1 895 834 109

Quellen: Bundesamt für Berufsbildung und Technologie, Finanzerhebungen der Fachhochschulen 2005 bis 2010